

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Klaus Holetschek
Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Gerd Mannes
Abg. Katharina Schulze
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Toni Schuberl
Abg. Ulrich Singer
Abg. Holger Gießhammer
Abg. Kerstin Schreyer
Abg. Felix Locke
Abg. Volkmar Halbleib
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Thomas Pirner
Abg. Andreas Winhart
Abg. Tanja Schorer-Dremel

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute geht es um eine Standortbestimmung, um eine ehrliche Bestandsaufnahme und um einen Ausblick in die Zukunft. Wo stehen wir in Bayern? Wohin geht die Reise gerade in den nächsten Jahren? Wie können wir bewahren, was uns allen so wichtig und wertvoll ist?

Wir leben in stürmischen Zeiten. Ich bin seit 1994 Mitglied des Hohen Hauses und solche Situationen, wie wir sie derzeit fast täglich erleben, habe ich noch nie gesehen. Immer neue Kriege und Krisen spalten ganze Gesellschaften, und die neue globale Normalität ist disruptiv und rücksichtslos wie nie.

Die einzige Konstante scheint die Veränderung. Veränderung führt bei vielen Menschen aber zu Unsicherheit, Unsicherheit führt wiederum zu Angst, und Angst führt leider oft auch zu Radikalität.

Wir Demokraten sind mehr denn je gefordert, nicht einfach nachzuplappern, was digitale Echokammern uns suggerieren, oder Gefühlen ängstlich nachzugeben, wo es klaren Verstand erfordert; wir müssen mit eigenen Ideen und Konzepten Wege aus der Krise aufzeigen und das Rückgrat besitzen, das durchzuhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seit Jahren leidet unser Land unter Dauerstress. Corona, der Ukrainekrieg und die Gaskrise, jetzt der Irankrieg und die Ölkrise – für keine dieser Krisen liegt die Verantwortung bei uns im Land. Alles kommt irgendwie von außen, wie jüngst die unselige

Zollpolitik der Vereinigten Staaten, die vor allem den bayerischen Mittelstand und den Maschinenbau bis ins Mark trifft.

Ähnlich herausfordernd und neu ist der brutale Wettbewerb mit China. Durch billige Rohstoffe, massive staatliche Subventionen und hochwertigste Technologie, wie bei Robotern, bedrängt uns China auf allen unseren Exportmärkten.

Hilft es, jetzt bloß zu jammern oder zu klagen? – Nein, wir müssen uns auf die Hinterbeine stellen und selbst besser werden. Das ist die Antwort, die wir als Land, als Gemeinschaft geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der erste und vielleicht wichtigste Schritt ist, die Realität anzuerkennen und auch manche Selbsttäuschung zu überwinden. Fakt ist: Wir müssen uns verändern, um zu erhalten, was uns wichtig ist.

Daher ist der Reformprozess in Berlin so entscheidend, auch wenn er zäh ist und nach außen zäh wirkt. Die Bundesregierung geht jetzt umfassende Reformen in Kranken- und Rentenversicherung an und plant eine moderne Arbeitsmarkt- und Steuerreform. Ich hoffe sehr, dass dies alles gelingt. Die Bayerische Staatsregierung achtet dabei sehr auf soziale Balance und Gerechtigkeit, auf Entlastung statt Umverteilung und vor allem auf Leistungsfähigkeit und Wachstum. Am Ende – das ist die zentrale Aufgabe, die unter dem Strich herauskommen muss – muss unsere Wirtschaft gestärkt werden. Ohne Wirtschaft ist alles andere nichts. "Economy first" ist das Generalmotto für den Bund und auch für uns in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um zu sehen, wohin die Reise geht, müssen wir sehen, wo wir derzeit sind. Bayern ist trotz der Krisen in der Welt und der Krise, die auch für Deutschland schwierig ist, weiter Stabilitätsanker in Deutschland. Wir sind der Fels in der Brandung, oder, um es mit der Zeitschrift "The Economist" zu sagen: Bayern ist ein Wirtschaftskraftwerk. Es

beginnt beim Geld. Während die ganze Welt Schulden macht, sind solide Finanzen weiter Bayerns Markenkern. Wir machen keine Schulden, wir halten die schwarze Null. Das schaffen übrigens nur 4 von 27 Ländern in der Europäischen Union. Dank auch an unseren Finanzminister Albert Füracker und die Mehrheit im Landtag, dass wir diesen Weg weitergehen können! Er ist richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Trotz Länderfinanzausgleichs erreichen wir eine Rekordinvestitionsquote von 17 %. Damit stellen wir die Weichen für die nächsten Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Das ist Zukunft pur. Wir haben mehr Wirtschaftswachstum als andere Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, oder der Bund; bei unseren Freunden in Baden-Württemberg ist es sogar geschrumpft. Ich möchte an der Stelle übrigens ausdrücklich sagen: Vergleiche sind wichtig, weil sie einem zeigen, wo man steht. Es kommt nicht darauf an, andere zu übertrumpfen oder sich selbst zu loben, sondern zu erkennen: Wo stehen wir? Was müssen wir tun, um uns zu motivieren? Wir müssen im Dienste der Menschen schauen, dass wir alle miteinander jeden Tag besser werden, nicht nur Bayern. Wir sind aber mit die Lokomotive in Deutschland, und wir wollen diese Lokomotive bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So belegt Bayern im Vergleich mit allen EU-Staaten beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf Platz fünf. Im weltweiten Vergleich läge Bayern sogar vor 90 % der Nationen. Wir haben mit 4,1 % die niedrigste Arbeitslosenquote aller Länder, und das übrigens konstant seit 16 Jahren. Die Arbeitslosenquote liegt im Bund höher, in NRW fast doppelt so hoch, leider auch in Baden-Württemberg. Nach dem neuesten Ranking des Instituts der deutschen Wirtschaft aus Köln – das ist besonders spannend – baut Bayern seinen Vorsprung übrigens weiter aus. Sieben der zehn Topregionen in Deutschland liegen in Bayern,

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

von den TOP 100 sind es sogar 58. Das Institut bescheinigt Bayern – Zitat – einen geradezu lehrbuchhaften Wandel in den letzten zehn Jahren, getrieben durch die Hightech Agenda.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das sind nur Zwischenschritte, aber sie zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Neben unserem starken Mittelstand, Familienbetrieben und dem Handwerk, die unsere bayerische Wirtschaft prägen, sind wir auch mit Global Playern stark vertreten. BMW ist trotz der Krise der profitabelste Autobauer in Deutschland, die Allianz Nummer eins beim Jahresgewinn und Siemens mittlerweile sogar das wertvollste Unternehmen im DAX. Die Substanz ist also nach wie vor stark, aber natürlich leiden alle Unternehmen, von den großen bis zu den kleinen, unter den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen, den Rahmenbedingungen. Daher werden und müssen wir uns in Bayern zusätzlich anstrengen und mehr Tempo machen. Wirtschaftspolitik ist in diesen Zeiten Kährnerarbeit und auch Gemeinschaftsleistung. Der Wirtschaftsminister und alle anderen, auch meine Person, kämpfen täglich zusammen um Investitionen und Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Braucht es dabei einen grundlegenden Kurswechsel? – Nein, wir müssen nicht alles neu erfinden. Wir müssen nur verlässlich, planbar und konsequent den Weg gehen, den wir uns gegeben haben. Strategie und Vision ist die Bayern-Agenda 2030 mit dem Dreiklang aus Innovation, Transformation und Investition. Das wirkt jetzt, das wirkt für die Zukunft und kann Bayern bis in die nächsten Jahrzehnte hinein prägen. Im Kern geht es darum, unsere Stellung als Technologiemacht weiter auszubauen. So wie die Wittelsbacher damals entschieden haben, Kultur und Wissenschaft für den Standort Bayern, für das bayerische Land starkzumachen, um ein Land der Talente zu formen und die besten der Welt zu uns zu holen, tun wir das im Grunde genommen genauso in unserer Zeit. Nur so sichern wir Wohlstand, Stabilität und Demokratie. Wir

sind Innovationsland und wollen nie Billiglohnland werden. Das ist der Unterschied zu anderen Philosophien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Innovation, Transformation und Investition – Innovation schafft neue Produkte und Wettbewerbsfähigkeit. Transformation hilft Unternehmen, sich auf neue Zeiten einzustellen. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge helfen unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur für die Zukunft, sondern auch im unmittelbaren Alltag.

Fangen wir mit Innovation an. In Bayern gilt der Grundsatz: Innovation statt Subvention. Jedem muss klar sein: Es hilft nichts, veraltete Industrien durch Subventionen aufrechtzuerhalten, wenn neue Zeiten anbrechen. Ob Pferdetrochsen, Grundig-Fernseher oder Quelle-Katalog: Die Zeit hält keiner auf, man kann nur mit ihr gehen. Wir handeln hier in der Tradition von Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber: von Airbus über den Garching-er Forschungsreaktor bis hin zu unserer Hightech Agenda. Das ist die lange Linie bayerischer Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor uns allen liegt ein neues Zeitalter der Technologie. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind so fundamental wie die Erfindung von Feuer, Rad und Dampfmaschine zusammen. Vielen ist noch gar nicht bewusst, in welchem Wandel wir stehen. Worum geht es eigentlich? Wer schafft es als Erster, aus einem Tropfen Blut die Krankheitsgeschichte eines Menschen zwanzig Jahre in die Zukunft zu erkennen und ihn sofort zu behandeln? Wer wird als Erster neurale Chips bauen, um Gelähmten eine echte Bewegung zu ermöglichen? Wer erschafft humanoide Industrie- und Haushaltsroboter, die Wirtschaft und Alltag revolutionieren und verbessern? Wer nutzt das Weltall als neuen Wirtschaftsraum, verlagert ganze Rechenzentren dorthin und wird damit Naturereignisse vorhersagen und Klimakatastrophen verhindern können? Das ist keine Science-Fiction. Das kann Realität in 10 bis 15 Jahren werden. Deswegen gilt: Entweder ist man dabei oder man verliert den Anschluss. Das ist der neue

globale Wettbewerb bei Technologie. Meine und unsere Philosophie ist: Bayern muss unbedingt dabei sein. Wir wollen in der Welt weiter in der ersten Reihe sitzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nicht einfach. Im weltweiten Technologiewettbewerb wetteifern China und die USA mit Hunderten Milliardeninvestitionen. Deutschland rüstet jetzt langsam auf. Nach bayerischem Vorbild plant auch der Bund eine Hightechoffensive. Aber seien wir ehrlich: Das ist ein Anfang, nicht mehr. Wir in Bayern haben die Zeichen der Zeit früher als andere erkannt. Mit unserer Hightech Agenda investieren wir seit Beginn meiner Amtszeit rund sechs Milliarden Euro in Hightech. Das ist sehr viel Geld, aber es lohnt sich. Das ist unser zentrales Asset, übrigens um den Faktor fünf höher als in den Zeiten von Edmund Stoiber. Anfangs wurde die Hightech Agenda noch belächelt, heute wird sie im Grunde genommen bewundert und von vielen kopiert, und sie wirkt. Die "Financial Times" nennt München einen der dynamischsten Techkorridore Europas. Darauf sollten wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Stärken definiert und entwickelt: KI, Supercomputer, Mikroelektronik, Robotik, Defense, Luft- und Raumfahrt, Medizin und Biochemie – genau die Trends, die heute im weltweiten Wettbewerb über Erfolg entscheiden.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Hochschulen. Die beiden Münchner Universitäten sind mittlerweile die besten in der Europäischen Union. Darüber freut sich nicht nur unser sehr aktiver Wissenschaftsminister Markus Blume. Herzlichen Dank für die Arbeit an der Stelle!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben für Bayern 1.000 neue Professorenstellen geschaffen und dazu zwanzig internationale Spitzenforschungszentren gegründet. Bayern ist bei KI mittlerweile Spitzenreiter: über neunzig Studiengänge in unserem Land; das sind mehr als in den fünf

Nordländern zusammen. In Nürnberg etablieren wir gerade die erste KI-Universität in Deutschland.

Besonders wichtig ist die Entwicklung des Quantencomputings. Am Leibniz-Rechenzentrum Garching – ich würde jedem einen Besuch dort empfehlen –, unserem Superhirn, wird seit Februar der erste hybride europäische Quantencomputer entwickelt. Um mal eine Dimension zu bekommen: Bisher ist das Maß aller Dinge unser Spitzensupercomputer Blue Lion. Meine sehr verehrten Damen und Herren, er schafft in einer einzigen Sekunde sieben Trillionen Rechnungen. Das ist eine Sieben mit 18 Nullen. Das ist ungefähr so, wie wenn ein Mensch seit dem Urknall jede Sekunde eine Rechenaufgabe gelöst hätte. Das ist schon Wahnsinn, oder? Der Quantencomputer, an dem wir jetzt arbeiten, übertrifft das noch: Er rechnet in Minuten, wofür ein Supercomputer Tausende Jahre bräuchte. Deswegen sind die Sprünge in diesen Dimensionen so unglaublich gewaltig. Bei Supercomputern messen wir uns übrigens in Bayern mit den großen Nationen. In Bayern stehen die meisten in Deutschland, mehr als in Großbritannien, Norwegen, Australien oder Russland.

Parallel zu der Entwicklung der Supercomputer und des Quantencomputings bauen wir auch – und versuchen uns damit unabhängig zu machen – mit Halbleitern Chipinitiativen, um Bayern auch hier zu einem führenden Standort in Deutschland und Europa zu machen. Wir fördern – das kostet ja alles viel Geld – über zehn bayerische Projekte im Bereich der Chip- und Mikroelektronik mit über 700 Millionen Euro. Bis 2031 werden es sogar drei Milliarden Euro sein. Das kann kein anderes Bundesland.

Luft- und Raumfahrt: Was gab es da für Skepsis, auch hier im Hohen Haus! Herr Vizepräsident Rinderspacher spottete damals über "Söderchens Mondfahrt". Frau Osgyan fand es noch im April 2024 überhaupt nicht nachvollziehbar – Zitat –, warum man sich überhaupt bei der Raumfahrt engagiert. Heute sind wir mit die dynamischste Region in Europa. Aktuell erwirtschaften im Bereich Luft- und Raumfahrt rund 550 Unternehmen mit 40.000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von insgesamt zwölf Milliarden Euro. Die Gründung der TUM-Fakultät für Luft- und Raumfahrt war dafür der Schlüsselmoment.

Sie wird die größte Raumfahrt fakultät Europas werden. Wir haben in Bayern mehr Raumfahrtstudiengänge als die Freunde in Baden-Württemberg, NRW und Hessen zusammen. Übrigens haben sieben Bundesländer dazu überhaupt keine Studiengänge.

Am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen laufen schon heute die Koordinationen der ISS-Missionen und auch der jüngsten Artemis-Mission mit dem Flug um den Mond. Bis 2030 entsteht jetzt das neue ESA-Kontrollzentrum, das in Kooperation mit der NASA sogar mögliche Mars-Missionen vorbereiten wird.

Bei meiner USA-Reise haben wir die Zusammenarbeit noch einmal vertieft. Es war beeindruckend zu sehen, dass im Kontrollzentrum in Houston, genau in dem, in dem die Artemis-Mission begleitet wird, eine direkte Leitung nach Oberpfaffenhofen eingerichtet war. Wir sitzen am Tisch mit den Raumfahrtnationen der Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir bieten jetzt auch an, das Bundeswehr-Kompetenzzentrum für Satelliten und Welt- raumabwehr neu zu etablieren. In Bayern wäre genau die richtige Stelle, weil wir das Know-how haben. Übrigens machen wir das nicht etwa aus Ehrgeiz, um da oder dort eine Flagge zu haben oder Bayern zu sehen. All das schafft Arbeitsplätze der Zukunft. Dort, wo alte Arbeitsplätze verloren gehen, müssen wir für junge Menschen neue schaffen. Das tun wir nur mit Technologie. Nur deswegen machen wir das.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ähnlich erfolgreich sind wir im klassischen Verteidigungssektor. Sechs der zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen sitzen in Bayern. Auch da gibt es eine lange Linie, von Strauß beginnend bis heute. 50.000 Beschäftigte erbringen hier neun Milliarden Euro Wertschöpfung im Jahr.

Besonders beeindruckend ist: Neben den Standardplayern, die wir haben, entstehen im Defense-Sektor bärenstarke bayerische Start-ups, zum Beispiel im Drohnenbereich. Viele der Drohnen, die im Ukrainekrieg zum Schutz der Ukraine eingesetzt werden, werden in Bayern entwickelt. Präsident Selenskyj war anlässlich der Sicherheitskonferenz, bevor er zur Konferenz gegangen ist, als Erstes bei den Unternehmen, die ihm helfen, sein Land zu schützen.

Mit dem neuen Defense Lab in Erding entsteht das modernste Kreativlabor der Bundeswehr. Hier kommen Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups – alle Unternehmen – zusammen. Übrigens ist dort auch in Rekordzeit das neue Drohnenabwehrzentrum der Bayerischen Polizei entstanden. Auch damit sind wir Vorreiter in den Ländern. Wir versuchen einfach, im Trend der Zeit vorne mit dabei zu sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es ganz deutlich: Deutschland braucht auch ein eigenes Kampfflugzeug, Stichwort FCAS. Die Zeit drängt. Airbus und MTU stehen bereit. Positiv ist, dass sich bei KNDS dieser Tage unser massiver Einsatz – ich danke auch dem Wirtschaftsminister und allen, die sich da beteiligt haben – bei der Bundesregierung gelohnt hat. Mit dem Einstieg des Bundes bleiben der Standort, die Standortqualität und die Arbeitsplätze in Bayern erhalten. Das ist ein gutes Signal für den heutigen Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich boomen in Bayern auch Medizin, Bio-Science und Life-Science, einige der zentralen Fragen, die für das Leben der Menschen relevant sind. Als Base Camp, als Nukleus, als Zentrum bauen wir das stärkste Life-Science-Areal Deutschlands in Martinsried auf, gemeinsam mit der Max-Planck-Gesellschaft. In Kürze werden wir die Baupläne präsentieren. Dort entstehen neue Forschungscluster für Biointelligenz und Biochemie und ein großer Bio-Campus für eine halbe Milliarde Euro.

Parallel dazu entsteht ein neues Helmholtz-Institut in Würzburg. Das wird übrigens ein Meilenstein für die Infektionsforschung in Europa werden und passt auch zu dem Universitätsmedizinstandort Würzburg. Wir planen – auch das ist ganz neu – an der Universitätsklinik Erlangen das weltweit stärkste MRT, mit dem wir völlig neue Maßstäbe in der biomedizinischen Bildgebung und Forschung setzen können.

Überhaupt werden wir in den nächsten zwanzig Jahren einen zweistelligen Milliardenbetrag – das ist auch viel Geld – in alle bayerischen Universitätskliniken investieren müssen und können. Damit werden wir neben den Forschungsleistungen vor allen Dingen rund 24.000 neue Ärztinnen und Ärzte ausbilden können. Damit sind wir vorne in Deutschland. Aber das ist auch wichtig; denn unser Ziel muss nicht nur die Forschung sein, sondern wir wollen auch die medizinische Versorgung im ganzen Land und im ländlichen Raum auf Dauer sichern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Viele Medizin- und Pharmaunternehmen investieren übrigens gerade deshalb in Bayern, weil wir das tun. Siemens Healthineers investiert über eine halbe Milliarde Euro in bayerische Standorte wie Forchheim. Roche investiert in Penzberg über 850 Millionen Euro, und der japanische Weltkonzern Daiichi Sankyo investiert sogar eine Milliarde Euro in Pfaffenhofen. Meine Damen und Herren, wo gibt es das noch?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Spitzentechnologie in den Zentren wird im ganzen Land durch die Technologietransferzentren ergänzt und ausgerollt, die für den Mittelstand im ländlichen Raum genau die Chancen bieten, an diese Technologieeinheiten anzuknüpfen. Bisher haben wir 52, und unser Ziel ist ein TTZ pro Landkreis. Bis Anfang 2027 kommen die nächsten vier. Die Bewerbungsphase läuft und wird beizeiten abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, mit dieser gesamten Strategie schießen im ganzen Land erfolgreiche Start-ups wie Pilze aus dem Boden. Mit unserem Superrisikokapitalfonds

von 750 Millionen Euro begleiten wir diese Unternehmen und stellen Kapital zur Verfügung. 40 % des gesamten Wagniskapitals in Deutschland flossen im letzten Jahr nach Bayern, eine Milliarde mehr als im Vorjahr.

Übrigens sind nicht nur wir erfolgreich, sondern ganz besonders sind auch private Initiativen da, zum Beispiel das Erfolgsmodell UnternehmerTUM. Ich sage ausdrücklich Frau Klatten und allen, die dabei mithelfen, ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Gesamtgemeinschaftsleistung, auch aus dem Wirtschaftsministerium – Hubert Aiwanger – und dem Wissenschaftsministerium – Markus Blume –, bringt den Erfolg. Heute sind wir bei Start-ups Nummer eins und haben Berlin deutlich überholt, was jahrelang unvorstellbar war. München belegt im weltweiten Vergleich der besten Tech-Ökosysteme Platz 17 vor Größen wie Peking, Seattle oder Mumbai. Jedes fünfte neue Start-up in Deutschland wird mittlerweile in Bayern gegründet. Das ist ein Plus von fast 50 %. Die beiden Münchner Start-ups Helsing und Celonis – nur um sich die Dimension einmal bewusst zu machen – haben heute jeweils einen mehr als doppelt so hohen Marktwert wie der größte deutsche Stahlhersteller Thyssenkrupp. Deswegen sage ich Ihnen: Unsere Philosophie lautet, auf das Neue zu setzen, und damit werden wir auch auf Dauer erfolgreich im globalen Wettbewerb sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Tech-Ökosystem ist aber so stark, dass nicht nur Start-ups blühen – wir haben jetzt auch einen eigenen Start-up-Rat gegründet, wo wir die Rahmenbedingungen koordinieren –, sondern auch traditionelle Unternehmen steigen deswegen ein, zum Beispiel die Deutsche Telekom. Mit 1 Milliarde Euro Investitionen in das neue KI-Superrechenzentrum in München wird die Schlagkraft der gesamten deutschen KI-Rechenleistung um 50 % erhöht. Telekom-Chef Höttges – die Telekom hat ihren Sitz in Bonn – hat sich anlässlich der Eröffnung bei seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn

Klingbeil fast entschuldigt und gesagt: Guck nach Bayern, was da alles möglich ist – Zitat –, Bayern ist bei der Digitalisierung mit Abstand die Nummer eins in Deutschland. – Das stimmt, aber wir wollen noch besser werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei aller auch berechtigten Kritik an manchen Dingen, die in den USA stattfinden, ist es trotzdem wichtig, dass Unternehmen wie Meta, OpenAI, Apple, Amazon, Google und Microsoft ihre Hauptstandorte oder Europazentralen bei uns haben, meine Damen und Herren; denn nur so können wir für die Zukunft in diesem globalen Wettbewerb erfolgreich sein. Ich habe den globalen Wettbewerb nicht gemacht, und er ist auch schwer für uns alle; aber nicht beteiligt zu sein, ist die denkbar schlechteste Alternative. Deswegen reicht uns der Zwischenstand, den wir haben, nicht aus. Es geht heute nicht um Selbstbeweihräucherung und darum zu sagen: Wir sind gut.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Oh! – Unruhe)

– Bedenken Sie das dann bei Ihrer Kritik, was Sie kritisieren und wie, ob das auch in Ordnung ist oder ob das dem Stand der Realität entspricht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau!)

Es zeigt nur eines: Wenn es uns nicht gelingt zu verstehen, was derzeit in der Welt stattfindet, wenn wir glauben, immer mit den alten Mustern der letzten zehn und zwanzig Jahre arbeiten zu können, dann haben wir international absolut keine Chance, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen bleiben wir nicht stehen. Stehen bleiben heißt zurückfallen. Wir gehen weiter, weiter, immer weiter – powern, powern ohne Ende. Deswegen haben wir im Doppelhaushalt noch einmal 1 Milliarde Euro zusätzlich für Wissenschaft und For-

schung; denn jeder Euro bringt ein Vielfaches zurück. Auch neue Projekte schaffen neue Möglichkeiten. So bewerben wir uns um eine der KI-Gigafactories der EU in Schweinfurt. Das könnte eine Mega-Investition und Chance werden, gerade auch für den Raum Schweinfurt, der in der Transformation steht.

Ich erinnere an die Kernfusion. Wir dürfen doch diese Technologie nicht den USA und China alleine überlassen. Für dieses Ziel haben wir jetzt mit ersten Unterschriften die Grundlagen gelegt. Wir haben das erste Fusionsdemokraftwerk in Gundremmingen und einen Demoreaktor in Garching mit RWE, Proxima Fusion und unserem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, das in der Magnetfusion weltweit führend ist. Meine Damen und Herren, so wie beim Garchinger Atom-Ei und beim Forschungsreaktor FRM II ist Bayern wieder Taktgeber in der modernen Technologieforschung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir pushen auch die erneuerbaren Energien. Darüber gibt es oft Diskussionen. Ich will hier einfach einmal Bilanz ziehen, um den Standort für die Zukunft zu markieren. Den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung haben wir seit meinem Amtsantritt und dem Amtsantritt dieser Koalition um 40 % gesteigert auf aktuell rund 75 %. Damit sind wir ganz vorne in Deutschland. Das wird auch nicht dadurch unwahr, dass oft und stets das Gegenteil behauptet wird. Frau Schulze, Sie hatten letzten Monat gesagt, Bayern würde die Hausaufgaben nicht machen – Zitat –, wir wären nicht an der Spitze und wir verwischen die Realität. – Wir haben einen anderen Eindruck von Ihren Aussagen. Wir haben in Bayern – Stand heute – doppelt so viel installierte Leistung wie Baden-Württemberg und über 60 % mehr als NRW im letzten Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Hören Sie sich die Fakten an. Sie können andere Meinungen haben, aber Fakten kann man nicht ständig bestreiten.

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

Das ist dann ein Problem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

20 % des nationalen Zubaus aus Bayern, und wir werden zum Beispiel bei Photovoltaik in den nächsten fünf Jahren noch einmal um 50 % zulegen können. Wir sind fast überall die Nummer eins. Ja, bei der Windenergie waren wir es nicht. Wir haben da die Grundlagen komplett geändert; aber Fakt ist heute: Wir haben das Ziel ausgegeben – und das wurde von vielen akzeptiert, auch damals noch von der Ampel-Regierung als gut angesehen –: 1.000 neue Windräder bis 2030. Bislang liegen schon 740 Anträge vor, und ich muss einmal sagen: Das ist harte Kärnerarbeit. Danke auch an Hubert Aiwanger und Thorsten Glauber, die sich beide wirklich intensiv darum kümmern, die Standorte möglich zu machen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden uns übrigens natürlich auf Bundesseite massiv einbringen, damit auch genügend Fairness in dem Erneuerbare-Energien-Gesetz besteht; denn der Süden darf hier nicht benachteiligt werden, meine Damen und Herren. Wir sind immer noch die mit Abstand energiehungrigste Region, und deswegen brauchen wir Unterstützung; denn jedem muss klar sein: Digitalisierung, E-Autos und vor allem neue Rechenzentren verschlingen Unmengen mehr Energie, als wir je zuvor hatten. Deswegen müssen wir auch genau überlegen, wie wir den Energiemix aufstellen. Ich glaube, dass die erneuerbaren Energien eine große Chance sind. Ich glaube, dass die erneuerbaren Energien allein nicht reichen werden, das verlässlich, stabil und preisgünstig zu machen.

Das sehen Sie jetzt an der Irankrise. Nur 18 % der Primärenergie in Deutschland kommen aus erneuerbaren Energien. Deswegen braucht es Gaskraftwerke. Wir reden im Moment intensivst mit vielen Kraftwerksbetreibern wie RWE, Uniper, Onyx, LEAG.

Ich darf Ihnen als Zwischenstand vermelden: Es sieht gut aus. Warum? – Wir wollen verlässliche Stromversorgung, wir wollen stabile Stromversorgung, und wir wollen sie für unsere Wirtschaft auch preisgünstig haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich mache eine kleine Anmerkung zu den Spritpreisen: Wie wurde ich ganz persönlich im vergangenen Jahr für die Erhöhung der Pendlerpauschale kritisiert! Im Ergebnis dessen, was schon beschlossen wurde, können Pendler ab zwanzig Kilometern jetzt 352 Euro mehr an Werbungskosten absetzen. Das ist übrigens definitiv mehr als das, was der Tankrabbatt, wenn er für die Zeit begrenzt ist, bringen wird. Was will ich damit sagen? – Es ist auch manchmal gut, nicht gleich dagegen zu sein. Vieles, was man auf den Weg bringt, nutzt dem Land mehr, als man denkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist der Innovationsblock, und der ist unglaublich stark; aber Innovation allein ohne Transformation wäre zu wenig; denn wir müssen den Unternehmen auch die Chance bieten, dass sie in diesen Prozess einsteigen können. Deswegen unterstützen wir unsere bayerischen Unternehmen mit rund einer halben Milliarde Euro aus unserem Transformationsfonds und der LfA. Wir sind fast das einzige Bundesland, das in dieser Dimension seinen Unternehmen hilft. Das haben übrigens DGB und vbw in der letzten Woche in unserem Gespräch ausdrücklich bestätigt. Seit 2022 habe ich selbst – Hubert Aiwanger und die Sozialministerin Ulrike Scharf sowieso – über dreißigmal mit DGB oder vbw geredet. Ich muss ehrlich sagen: Ich schätze die gemeinsame, gelebte Sozialpartnerschaft sehr. Das ist auch ein wichtiges Element für Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Transformation brauchen wir das vor allem bei den vielen Zulieferern in der Autobranche; denn dort sind Arbeitsplätze bedroht. Einer der Gründe ist das – jeden-

falls bisherige – starre europäische Verbrenner-Aus. Ich glaube schon, dass das ein großes industriepolitisches Eigentor war. Ich habe in Berlin lange für einen Kurswechsel gekämpft – mit Erfolg. Übrigens war auch Winfried Kretschmann am Ende an meiner Seite. Die Bundesregierung fordert nun das Aus vom starren Verbrenner-Aus und setzt sich für die Technologieoffenheit und die Zukunft des Hightech-Verbrenners ein. Wir sind für E-Autos, kein Zweifel, aber nicht für ein Verbot des Hightech-Verbrenners. Beides muss möglich sein: Technologieoffenheit, meine Damen und Herren. Wir brauchen kein Verbot, sondern Technologieoffenheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Große Teile der Welt fahren eben noch nicht E-Auto, übrigens auch viele Menschen in Deutschland nicht. Im Moment sind es nur rund 4 %. Wir arbeiten an dem Ausbau der Ladeinfrastruktur. Wir haben heute schon über 38.000 E-Ladepunkte und liegen damit ganz gut auf Platz zwei. Wir wollen das Volumen bis zum Jahr 2030 mehr als verdoppeln. Meine Damen und Herren, es wird nicht funktionieren, zwischendrin einfach die Entwicklung durch Verbote zu regeln. Bayern bleibt Autoland, ob elektrisch oder mit Verbrenner. Wir stehen zum Auto. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Innovation, Transformation, Investition, vor allem in Alltags- und Daseinsvorsorge – auch das ist ein Schwerpunkt unserer gemeinsamen Agenda. Dabei ist der Wohnungsbau das zentrale gesellschaftliche Thema. Hier legen wir auch noch einmal nach und eine deutliche Schippe drauf. Im Doppelhaushalt sind es jetzt 3,6 Milliarden Euro. Das ist 1 Milliarde plus und eine Verdoppelung seit dem Jahr 2018. Absoluter Schwerpunkt ist die Förderung des kommunalen Wohnungsbaus. Wir machen – auch das ist ganz neu – aus dem Bundes-Bau-Turbo einen bayerischen Bau-Turbo und erklären den Wohnungsbau zum überragenden öffentlichen Interesse in der Bayerischen Bauordnung. Damit hat bezahlbarer Wohnraum Vorrang vor anderen Interessen. Der neue

Münchner Oberbürgermeister hat sich gerade bei diesem Thema extremst ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir als Staat sind dabei übrigens gerne Partner und fördern auf dem Gelände der ehemaligen Bayern-Kaserne zum Beispiel das neue Viertel Neufreimann mit 5.500 Wohnungen, Schulen und Kitas.

Insgesamt haben wir seit dem Jahr 2018 lang nicht so viel bauen können, wie es die Attraktivität für Bayern verlangt; denn all das, was wir tun, führt zu mehr Zuzug. Die positive Leistung führt dazu, dass mehr Menschen kommen. Deswegen ist der Wohnungsmarkt bei uns auch immer angespannter als woanders. Wir haben jedoch seit dem Jahr 2018 schon 85.000 Wohnungen und Wohnheimplätze auf den Weg gebracht.

Eines sage ich auch immer: Die Mietpreise in München sind deutlich höher als in Berlin, aber was in Berlin jetzt überlegt wird, ist nicht der richtige Weg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Enteignung von privaten Wohnungsunternehmen ist eine Schnapsidee.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist das Ende des privaten Wohnungsbaus und mutet wie Sozialismus an. Das lehnen wir ab. Weil diese Wohnungsunternehmen deutschlandweit auftreten, könnten solche Enteignungen schlimmste Folgen für fast alle Bundesländer haben. Deswegen werden wir über den Bundesrat eine Initiative starten, die solche Enteignungen verbietet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir gehen genau den umgekehrten Weg. Wir enteignen nicht, sondern schaffen mehr Eigentum. Das gilt gerade für junge Familien, denen wir den Traum vom Eigenheim ermöglichen wollen. Bauminister Christian Bernreiter hat jüngst wieder ein Zinsverbilligungsprogramm aufgeknüpft, das früher Kerstin Schreyer gemacht hat, um für Familien neue Möglichkeiten für ein Eigenheim zu schaffen. Seit meinem Amtsantritt

haben wir bereits über 13.000 Familien unterstützt. Ich danke übrigens ausdrücklich allen, die sich bei uns für Bau einsetzen, insbesondere Christian Bernreiter und Jürgen Baumgärtner von der Baunova. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sehen das Thema als absolutes Top-Thema und nehmen es sehr ernst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als Flächenland pushen bis zum Jahr 2030 mit bis zu 5 Milliarden Euro den Bau von Straßen und Brücken. Allein in den nächsten beiden Jahren stellen wir 5 Milliarden Euro für die Schiene zur Verfügung, übrigens auch wieder mehr als im Jahr 2025.

Weil es oft Diskussionen gibt, will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Auch der Flughafen und der Flugraum sind für Bayern als internationaler Standort extrem wichtig. Der Flughafen München wurde im aktuellen Weltranking wieder als bester Flughafen Europas ausgezeichnet. Unser gemeinsames Eingreifen im Jahr 2024 hatte also Erfolg. Nach wie vor bringen 37.000 Beschäftigte jährlich 7,3 Milliarden Euro an Wertschöpfung. Wir bauen das jetzt aus. Einige von Ihnen waren dabei. Mit der Erweiterung des Terminals 1 für 660 Millionen Euro schaffen wir zusätzliche Kapazität für 6 Millionen Passagiere. Das ist übrigens die Größe des Flughafens Hannover. Die Lufthansa, die unser Partner beim Terminal 2 ist, committet sich auch klar. Gestern kam die Nachricht, dass der Ausbau am Terminal 2 eine zusätzliche Kapazität von 10 Millionen Passagieren ermöglicht. Das ist so viel wie der Flughafen Stuttgart. Die Lufthansa sagt, dass sie zwölf neue Langstreckenflugzeuge stationieren wird. Damit wären rund 2.400 Arbeitsplätze verbunden. All das schafft Internationalität und Zentralität. All das hilft uns im globalen Wettbewerb. So ist der Franz-Josef-Strauß-Flughafen einfach unser Tor zur Welt. Ich muss es einmal sagen: Wer grundsätzlich gegen den Flughafen ist, der schadet den Interessen Bayerns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei der digitalen Verwaltung machen wir Tempo. Das ist gefühlt nicht überall der Fall. Aber es stimmt: Wir liegen da ziemlich gut. Unser Ziel ist, dass der Abruf

staatlicher Leistungen genauso schnell und einfach möglich ist wie das Einkaufen im Internet. Bilanz heute: Von den 100 besten Kommunen in Deutschland kommen 88 aus Bayern. Die Zahlen stammen von dieser Woche. Die Kommunen sind gut unterwegs. Wir wollen sie noch weiter stützen. Bis Ende des Jahres 2026 werden wir alle unsere 300 staatlichen Förderverfahren auf eine staatliche digitale Förderplattform bringen. Wir schaffen einen zentralen IT-Dienstleister für alle Kommunen. Ich danke Albert Füracker und Fabian Mehring für den gemeinsamen Einsatz für die Digitalisierung in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu passt auch unser massiver Einsatz zur Entbürokratisierung. Wir haben seit dem Jahr 2023 im großen Stil überzogene Standards und landesweite Berichts- und Genehmigungspflichten trotz großer Debatten hier im Landtag abgebaut. Wir schaffen jetzt auf Initiative der CSU-Fraktion und vor allem auf persönlicher Initiative von Klaus Holetschek Modellregionen für mehr Freiheit und Kreativität der Kommunen. Ich danke den FREIEN WÄHLERN, dass wir das eins zu eins sehen. Das macht übrigens wirklich nur Bayern. Der Bayerische Rundfunk hat jüngst in einer Umfrage unter Ländern genau dies bestätigt. Wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen, aber wir sind auf einem guten Weg, um das auch weiter umzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir schaffen jetzt – auch das ist neu – alle Statistikpflichten im Landesrecht ab, die wir aktuell nur ausgesetzt haben. Beim Datenschutz reduzieren wir von zwei Datenschutzbehörden auf eine. Ich glaube, das reicht. Wir bauen bis zum Jahr 2028 1.000 und bis zum Jahr 2040 sogar 10.000 Stellen ab. Ausnahmen – das sage ich ausdrücklich – sind Lehrer und Polizisten. Dort müssen wir eher drauflegen. Insgesamt gilt aber: Der Staat muss effizienter und schlanker werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Spannend wird die neue Kommission "Staatsreform" werden. Wir wollen ein umfassendes Update für alle staatlichen Verwaltungs- und Behördenstrukturen diskutieren, wie es unsere Junge Gruppe immer formuliert – ohne Tabus und Denkverbote. Ich bin mal gespannt, wie mutig am Ende alle sind. Einem, der mutig ist, danke ich ganz besonders. Ich danke Florian Herrmann für seinen unermüdlichen Einsatz an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Übrigens danke ich auch Eric Beißwenger in der Staatskanzlei für seinen Einsatz und das Knüpfen vieler Kontakte, die nicht immer für jeden sichtbar, aber für Bayern im Netzwerk Europa wichtig sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Last, but not least: Ein ganz besonderes Herzensanliegen ist uns der Ausbau der Kinderbetreuung, meine Damen und Herren. Bei uns zählen – ich glaube, das können wir alle sagen – nicht nur Raketen, Drohnen und Computer, sondern auch Bauklötze, Tretroller und Sprachkompetenz unserer Jüngsten. Kinder sind und bleiben, ob man sie selber hat oder nicht, einfach das höchste Glück. Dabei ist es egal, woher sie kommen und wo sie geboren sind. Alle Kinder in Bayern sind unsere Kinder und verdienen unsere ganze Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um ihnen eine Zukunft zu ermöglichen, ist es wichtig, dass sie unsere Sprache sprechen. Wir haben als eines der ersten Bundesländer Sprachtests und Sprachkurse eingeführt. In diesem Schuljahr profitieren 42.000 Kinder davon. Zudem haben wir seit meinem Amtsantritt über 100.000 neue Kitaplätze gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern auf den Weg gebracht. Im Jahr 2026 investieren wir noch einmal 500 Millionen Euro. Das ist doppelt so viel wie im Jahr 2018.

Ich verstehe all diejenigen, die aufgrund der Abschaffung des Familiengeldes verunsichert und verärgert waren. Das kann ich verstehen. Nicht ganz verstanden habe ich die Debatten hier im Parlament, meine Damen und Herren. Eigentlich dachten wir, es gibt dafür wenigstens einmal zumindest Verständnis. Ende des Jahres 2023 haben die GRÜNEN eine Studie in Auftrag gegeben, wonach das Familiengeld besser in Betreuungsplätze investiert wäre. Frau Celina forderte im November 2024 noch sehr engagiert, das Familiengeld nicht mit der Gießkanne zu verteilen, sondern stattdessen in Kitas und Infrastruktur zu stecken. Das war ein Zitat.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Nein!)

Jetzt, da wir es tun, gab es darüber Riesendebatten. Sorry, das ist intellektuell nicht redlich, meine Damen und Herren. Das ist nicht redlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man kann immer sagen, das ist zu wenig usw. Keine Frage. Aber man muss dann schon versuchen, konsistent zu bleiben.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Wie bei der Atomkraft!)

Die neue Stadtratsmehrheit in München aus GRÜNEN, SPD und FREIEN WÄHLERN muss oder will jetzt die Krippengebühren für viele Familien erhöhen. Ich respektiere das. Ich kritisiere das nicht. Das ist eine Entscheidung der Münchner. Aber die Aussage, die Erhöhung sei zwingend, weil der Freistaat Bayern Mittel kürze, sorry, ist schlichtweg falsch, meine Damen und Herren. Die ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gehört zur Anerkennung dazu. Das haben das städtische Bildungsreferat und der Oberbürgermeister jetzt auch mehr oder weniger eingeräumt. Damit ist die Sache für uns erledigt; denn im Gegensatz zu einer Kürzung ist es so: München erhält allein

dieses Jahr 50 Millionen Euro mehr und bis 2029 sogar insgesamt – nur München – 275 Millionen Euro mehr für seine Kitas und Krippen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Das gilt aber nicht nur für München, sondern für ganz Bayern. Wir haben das Familiengeld gestrichen, aber wir stecken das gesamte Geld in die Unterstützung von Kitas und Kindergärten. Das sind fast 3 Milliarden Euro plus bis 2030 und eine Erhöhung der öffentlichen Förderung auf bis zu 75 %. Das gab es in Bayern noch nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Danke an Uli Scharf und alle Erzieherinnen und Erzieher im Freistaat Bayern.

All das, was ich jetzt genannt habe, diese gesamte Mischung aus Innovation, Investition und Transformation, ist letztlich ein Paket, das wir als Bayern-Agenda und Zukunft sehen. Es ist auch entscheidend, sich immer wieder zu vergewissern, ob wir auf dem richtigen Weg sind,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist nichts Neues!)

ob andere es auch so oder besser machen, ob wir von anderen lernen können oder die von uns.

So jedenfalls stellen wir Weichen für die nächsten Jahre, und Sie werden es ganz sicher erleben: Wenn wir hier alle nicht mehr im Landtag sitzen, wird man auf diese Epoche zurückblicken und sagen, Bayern hat den Strukturwandel der Welt an dieser Stelle besser überstanden als andere. Danke, dass Sie dabei mitziehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist wichtig.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben Fakten und Ideen noch ein weiterer Punkt: Natürlich braucht es für all die Entscheidungen, die wir treffen, immer wieder Kompromisse. Nichts ist in Stein gemeißelt, und keiner hat die Weisheit allein gepachtet. Der Kompromiss ist das Wesen der Demokratie. Wer übrigens den Kompromiss, ob in einer Koalition oder im Parlament, ständig schlechtredet und ihn von vornherein als faul bezeichnet und wer immer nur seine Meinung zu hundert Prozent durchsetzen will, kann kein guter Demokrat sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist das Wesen der Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn es geht, ist Kooperation besser als reine Konfrontation. Ich glaube, die Lage des Landes und unserer Demokratie ist anders als noch vor drei, vier, fünf Jahren. Sie hat sich verändert. Das spüren wir alle. Ich sehe heute die jüngsten Umfragen in einigen Bundesländern. Es ist eine andere Zeit. Man muss auf die Zeit reagieren und darf nicht in der falschen Vergangenheit hängen bleiben. Die Lage des Landes jedenfalls ist zu ernst für klassische Rituale.

Deswegen zunächst einmal danke, ganz besonders für die Zusammenarbeit in der Bayernkoalition. Dank an die beiden Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek und Florian Streibl, auch an meinen Stellvertreter Hubert Aiwanger. Diese Koalition funktioniert. Diese Koalition streitet nicht nach außen. Wir haben manchmal interne Debatten – das ist gut so –, aber nach außen arbeiten wir zusammen, und wir werden das bis 2028 kraftvoll gemeinsam fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wichtig und wünschenswert ist dabei, dass wir gerade in diesen schweren Zeiten als Regierung füreinander einstehen, hier drinnen, aber auch draußen vor Ort. Regieren heißt, Verantwortung gemeinsam zu teilen. Kein Abgeordneter, egal welcher Regierungsfraktion, soll sich vor Ort diesem gemeinsamen Auftrag entziehen. Wir müssen genau darauf achten. Nur wenn wir die gleiche Sprache sprechen und in die gleiche

Richtung gehen, werden wir erfolgreich sein. Einigkeit macht stark. Das muss unser Ziel in dieser Koalition sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Wort auch zum Verhältnis zur Opposition: Nach all dem, was ich erlebe, höre und spüre, auch draußen im Land, bin ich überzeugter denn je, dass es wichtig ist, wenn es irgendwie möglich ist, einander mehr zuzuhören, statt sich nur zu beschimpfen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Aha!)

Daher nehme ich verstärkt an Plenardebatten teil, übrigens auch oft im Stream,

(Widerspruch bei der AfD, den GRÜNEN und der SPD)

und sehe immer sehr wenige Leute von Ihnen, die dabei sind, wenn ich das sagen darf. Ich sehe immer sehr wenige Leute von Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will einfach für mich ganz persönlich sagen: Ich trete auch in Berlin anders auf, weil ich glaube, dass das klassische, auch sehr temperamentvolle bayerische Ritual, das ich als Vorsitzender meiner Partei eigentlich gelegentlich pflegen könnte und dürfte, an der Stelle manche Entscheidungen in Berlin eher erschweren als erleichtern könnte. Darum achte ich darauf. Das muss keiner gut finden, aber ich sage nur, was ich für richtig halte. Deswegen sage ich hier auch: Auch ich habe in der Vergangenheit hier und gegenüber anderen deutliche Worte gewählt. Aber ich werde künftig noch stärker darauf achten und versuchen, dass Ton und Stil der Lage unserer Demokratie angemessen sind.

(Unruhe bei der AfD)

– Jetzt hören Sie halt einmal zu! Hören Sie einmal zu, wenn es auch für Sie relevant ist. – So sehr wir als Demokraten auch unterschiedlicher Meinung sein müssen, weil

Demokratie Pluralität bedeutet – wir sind kein Einheitsland, haben keine Einheitsmeinung –, so wichtig ist es, dass wir einen Grundrespekt haben und nicht bei jeder Gelegenheit nur sagen, dass der und die an allem schuld sind. Wir müssen erkennen: Je schlechter wir uns machen, desto leichter fällt es denen, die unser gesamtes System infrage stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Gestatten Sie mir, noch dies zu sagen: Als Ministerpräsident und Vorsitzender der mit Abstand stärksten demokratischen Kraft in unserem Freistaat sehe ich mich eben nicht nur, wie wir das vorhin am Anfang gehört haben, als oberster Manager und Kümmerer des Freistaats,

(Unruhe)

sondern auch als Hüter und Schützer der Bayerischen Verfassung und einer liberalen Demokratie. Wir achten immer die Mehrheit,

(Christoph Maier (AfD): Aber nicht die Meinungsfreiheit!)

aber wir schützen auch die Minderheiten, die andere ausgrenzen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch Minderheiten können sich auf uns verlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darauf dürfen sich die Freunde der Demokratie genauso verlassen wie die Feinde der Demokratie. Auch sie sollten es so sehen. Deswegen noch ein Wort an Sie, die AfD, ganz kurz:

(Widerspruch bei und Zurufe von der AfD: Unverschämtheit!)

Trennen Sie sich von radikalen Inhalten. Trennen Sie sich von radikalen Personen.

(Lachen bei der AfD – Christoph Maier (AfD): Wir brauchen keine Belehrung von Ihnen!)

Befreien Sie sich aus der Abhängigkeit von Moskau. Es muss Ihnen doch zu denken geben,

(Zurufe von der AfD: So ein Schmarrn!)

dass Frau Le Pen sich massiv von Ihnen distanziert. Halb Europa gruselt sich vor der deutschen AfD. Ändern Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kehren Sie endlich in der Mitte ein!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, wir befinden uns in einer schwierigen Phase, objektiv wie subjektiv.

(Unruhe)

Land und Demokratie sind herausgefordert wie nie. Bayern ist davon nicht ausgenommen. Wir sind nicht allein auf der Welt. Aber ich bin überzeugt, wir kommen da durch; denn wir Bayern haben es immer wieder geschafft, auch in Krisen Mut und Kraft zu finden. Wir werden im In- und Ausland doch von vielen gemocht, geschätzt, vielleicht manchmal sogar bewundert. Jedenfalls nannte NATO-Generalsekretär Mark Rutte Bayern jüngst eine der Zitadellen in Europa.

Bayern ist das sicherste Bundesland. Im letzten Jahr hatten wir so wenige Straftaten wie zuletzt 1978, ausgenommen die Corona-Zeit, und einen massiven Rückgang der illegalen Migration. Es wurde hier oft hart diskutiert, aber Grenzpolizei und Bezahlkarte wirken. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer langen konsequenten Politik auch dieser Regierung. Dank an Joachim Herrmann, Dank an Georg Eisenreich, Dank

an alle Polizistinnen und Polizisten und die bayerische Justiz für ihre Arbeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ähnliches gilt bei Bildung: Wir haben langfristige Bildungskonzepte statt kurzfristiger Bildungsideologien. Bei uns gibt es kein Hin und Her oder Vor und Zurück, sondern wir setzen auf langfristige Ideen. Bei uns zählt Leistung. Bayerische Abschlüsse sind etwas wert. Es ist doch kein Zufall, dass der neu gewählte Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz im "heute journal" seine Entscheidung für unsere frühere Kollegin damit begründet hat, dass man von Bayern auch etwas lernen kann, weil Bayern in der Bildungspolitik seit vielen Jahren vorn ist. Ich möchte meinen Glückwunsch an die Kollegin aussprechen und Frau Stolz sowie allen Lehrerinnen und Lehrern für die hervorragende Arbeit, die in Bayern geleistet wird, ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen zu, dass wir die Krankenhausreform des Bundes so umsetzen werden und müssen, dass im ganzen Freistaat die Notfallversorgung und die Spitzenmedizin weiterhin verlässlich bleiben. Das wird uns in diesem Jahr noch beschäftigen. Unsere Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat einen wirklich harten Job und arbeitet dafür rund um die Uhr. Auch an dieser Stelle möchte ich einfach einmal meinen herzlichen Dank ausdrücken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die "New York Times" schreibt: Bayern ist sexy und trendy. – Ich schließe mich dem an. Aber was ist eigentlich das Erfolgsgeheimnis bei all diesen Hunderten von Details? – Es ist das große Bild.

(Zuruf von der SPD: Es kann nur einen geben!)

Wir verbinden Leistung und Lebensfreude wie kein anderes Land. Früher hieß es: Laptop und Lederhose. Heute heißt es vielleicht: Hightech und Heimat. – Das ist unser Bavarian way of life. Diesen gehen wir weiter, von Generation zu Generation. Alle kommen gern zu uns. Als Tourismusland übertreffen wir mittlerweile sogar Griechenland oder Thailand. Übrigens: Die Mehrwertsteuer von 7 % für Hotellerie, Tourismus und Gastronomie erweist sich auf Dauer als völlig richtige Entscheidung. Danke an unsere Familienbetriebe, aber auch an unsere Tourismusministerin Michaela Kaniber für ihren Einsatz für eine der wichtigsten Branchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein Dank geht an diejenigen, die mithelfen, dass sich 90 % der Menschen hier in Bayern wohl fühlen. Das sind unsere 5 Millionen Ehrenamtlichen. Das ist mir ein Anliegen. Ich werde oft kritisiert, dass ich am Wochenende zu vielen Veranstaltungen des Ehrenamts gehe. Ich mache das gerne als Wertschätzung und sage jedem Einzelnen, der sich in Bayern engagiert, stellvertretend unseren Gebirgsschützen, Trachtlern, Blaulichtorganisationen, Burschen- und Sportvereinen, Kirchen sowie unseren über 7.400 freiwilligen Feuerwehren, von denen viele derzeit ihr 150-jähriges Jubiläum feiern: Herzliches Dankeschön. Wir schätzen dieses Engagement wert und sind deswegen gern dort; denn ohne euch wäre Bayern ärmer und kälter. Vergelts Gott dafür!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin überzeugt, für uns alle ist es Lebensaufgabe, den Menschen und dem Land zu dienen. Das spreche ich keinem Einzelnen ab, der hier in diesem Hohen Haus sitzt. Wir alle tragen das Trikot des Freistaats Bayern mit Dankbarkeit, wie ich hoffe, Demut und vielleicht auch ein bisschen Freude am Gestalten.

Zum Stichwort Trikot: Ja, wir wollen die Olympischen Spiele nach Bayern holen. Wir glauben, dass Bayern und vor allem München als Austragungsort die besten Chancen für Deutschland bietet, erfolgreich zu sein; denn München ist laut einem internationalen Ranking mit Platz 7 die einzige deutsche Sportstadt von Weltrang. Berlin liegt da-

hinter auf Platz 35, Hamburg auf Platz 79 und Köln jenseits der Top 100. Wir können Großveranstaltungen, Sicherheit und gleichzeitig Freude, European Championships, Champions League, Großkonzerte wie von Adele, Taylor Swift und AC/DC, und das alles nachhaltig und mit viel Lebensfreude.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Coldplay!)

– Auch das, Frau Müller. Auch Ihr spezieller Musikwunsch wird aufgenommen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich bin übrigens ausdrücklich froh, dass sich der neue Oberbürgermeister mit großem Engagement ganz klar zu Olympia bekennt. Gemeinsam werden wir beim DOSB für München werben. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist gutes Teamwork zum Wohle Münchens und Bayerns. Danke an der Stelle an die Stadt München.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Das Fazit lautet: Auch wenn Bayern in vielen Bereichen führend ist, ist uns schon bewusst, dass die Zeiten für viele schwierig sind und sich die Stimmung bei einigen sehr verdüstert hat. Die lauten Parolen begleiten das. Manche Menschen sind mehr herausgefordert als wir. Bayern ist ein Land mit vielen Sonnenseiten, aber natürlich gibt es auch Schatten. Auch die vielen Alleinerziehenden oder Älteren müssen am Ende wissen, dass sie sich auf uns verlassen können. Dazu braucht es aber wirtschaftlichen Erfolg; denn ohne wirtschaftlichen Erfolg können wir den Sozialstaat in dieser Form nicht erhalten, den sozialen Frieden nicht bewahren und damit die Demokratie nicht sichern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da ich aus den Fraktionen den großen Wunsch danach höre, sage ich: Wann immer es möglich ist, werden wir versuchen, noch vor 2028 ein Angebot für das Gehörlosengeld zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher gilt: Bei aller Sorge lassen wir uns nicht verunsichern. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir müssen immer wieder nachprüfen, ob er stimmt und richtig justiert ist und an einigen Stellen nachbessern und manches neu aufstellen, aber am Ende glaube ich, die Richtung und der Kompass stimmen. Wir haben alle Chancen. Die Geschichte, davon bin ich überzeugt, ist auf unserer Seite. Als bayerische Patrioten ist es unsere Pflicht, alles dafür zu tun, dass unsere Kinder eine gute Zukunft haben. Das ist das Kernmotiv. Wir stehen in der Mehrheit für ein stabiles Land und eine stabile Demokratie – souverän statt fiebrig, mutig statt ängstlich und optimistisch statt nur negativ. Daher bitte ich Sie ganz herzlich: Lassen Sie uns gemeinsam anpacken! Lassen Sie uns unserem schönen Bayern dienen! Verändern wir uns, um das Gute und Wertvolle zu erhalten! Gott schütze die Menschen und den Freistaat Bayern! Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Standing Ovationen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der sich nun anschließenden Debatte ist mit 150 Minuten vereinbart. Die Regierungserklärung hat die Redezeit etwas verlängert. Die CSU erhält zusätzlich fünf Minuten, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die GRÜNEN je zwei Minuten und die SPD eine Minute. – Als Erste hat Frau Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die Fraktion der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben erwartungsgemäß viel Selbstlob des Herrn Ministerpräsidenten und leider auch sehr viel Wirklichkeitsflucht und Wahrheitsvermeidung gehört. Kehren Sie lieber vor Ihrer eigenen Tür. Wir brauchen keine Belehrungen von Ihnen;

(Beifall bei der AfD)

denn die Union hat dieses Land an den Rand des Abgrunds geführt. Sie machen zwar keine Schulden, doch Sie machen diese Schulden im Bund und geben sie an Bayern weiter. Das ist doch nichts als Augenschere. Sie wollen Enteignungen verbieten. Ich sage Ihnen eines: Die Bürger hier in Bayern werden schon genug mit Steuern und Abgaben belastet. Laut BDI-Chef Peter Leibinger ist der Wirtschaftsstandort Deutschland "nicht mehr wettbewerbsfähig". Bayern steht im Ländervergleich noch etwas besser da, aber nicht wegen Ihnen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach so! Wieswegen? Wegen des Heiligen Geistes?)

sondern wegen der Leistung aller Unternehmer und aller Arbeitnehmer, die frühmorgens zur Arbeit fahren,

(Martin Wagle (CSU): Wer setzt den Rahmen?)

trotz der hohen Spritpreise. Auch hier bei uns in Bayern stehen die Zeichen auf Niedergang. Das hat nicht die AfD zu verantworten. Die CSU ist mitverantwortlich für den Atomausstieg, die Zerstörung eines funktionierenden Energiesystems und damit des Wirtschaftsstandorts Bayern. Auch die massive Ausweitung des Staatssektors und der Bürokratie, das alles geht auf Ihr Konto.

(Beifall bei der AfD)

Und natürlich die anhaltende Masseninvasion in die Sozialsysteme, während Sie in Bayern das versprochene Kinderstartgeld streichen. Ich sage Ihnen eines: Eltern wissen selbst am besten, was gut für ihre Kinder ist. Wir wollen keine staatliche Hoheit über unsere Kinderbetten.

(Beifall bei der AfD)

Ehrlich gesagt bin ich schon froh, dass Sie es heute einmal nach München geschafft haben; denn in letzter Zeit treten Sie ja mehr in Berlin in Erscheinung, etwa um Ihrer

Schwesterpartei CDU bei der 1.000-Euro-Prämie im Bundesrat in den Rücken zu fallen. Dabei werden Ihre eigentlichen Absichten sichtbar. Der Bart ist ab. Dafür sitzt jetzt die Krawatte. Sie geben sich bei Carmen Miosga auffällig staatsmännisch und betonen Ihre Regierungserfahrung. Sie haben das Ende Ihrer Zweitkarriere als "Wurst-blogger" bekannt gegeben. Mit den GRÜNEN gehen Sie zunehmend auf Kuschelkurs.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ist das alles?)

Sie wollen Bundeskanzler werden und sich dafür alle Optionen mit Links-Grün offenhalten.

(Michael Hofmann (CSU): Ist das flach!)

Damit zeigen Sie, dass Sie den katastrophalen Irrweg der letzten Jahrzehnte fortsetzen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb steht die AfD jetzt im Bund bei 29 %

(Beifall bei der AfD)

und, nebenbei bemerkt, die Union gerade noch bei 22 %. Sie haben sich bereits so tief eingebrennmauert, dass Ihre Brandmauer zum Mausoleum der Union wird.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das Land, Herr Söder, das Sie zusammen mit SPD und GRÜNEN geschaffen haben, wird auf der ganzen Welt nur noch kopfschüttelnd belächelt. Die Eliten fliehen auch aus Bayern. Die hier Gebliebenen ersticken an der höchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt, den höchsten Energiepreisen, Inflation und steigender Arbeitslosigkeit.

Im ersten Quartal 2026 gingen in Deutschland 486.000 Arbeitsplätze verloren, über 60.000 mehr, als saisonbedingt zu erwarten war. In Bayern sieht es nicht besser aus. Laut IHK gehen jeden Monat 2.000 Jobs in der bayerischen Industrie verloren. Das

sind nicht nur Jobs: Dahinter stehen Familien, Kinder, Existenzen und Schicksale. Deutschland hat seit 2018 kein reales Wirtschaftswachstum mehr. Seit über drei Jahren herrscht hier Rezession. Industriearbeitsplätze wandern zu Hunderttausenden ab.

Der Staat soll effizienter und schlanker werden, haben Sie gesagt. Sie aber stellen in Bayern über 100.000 Staatsbedienstete mehr ein.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: 100.000? – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zahlen sind nicht Ihre Stärke, oder?)

Es wachsen nur noch Staatssektor, Insolvenzzahlen und Staatsschulden. Sozialsystem, Renten- und Gesundheitssystem sind faktisch zusammengebrochen und ohne massive Steuerzuschüsse oder Beitragserhöhungen nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Das Bildungssystem haben Sie mittlerweile auch ruiniert. Laut einer aktuellen UNICEF-Studie erreichen rund 40 % der 15-Jährigen nicht mehr die Mindestfähigkeit im Lesen und Rechnen. Deutschland landet auf Platz 34 von 41 Staaten.

(Beifall bei der AfD)

Den Irrweg der Klimareligion wollen Sie auch weiter beschreiten. Dabei hat doch gerade selbst der sogenannte Weltklimarat – IPCC – sein apokalyptisches Klimaszenario revidiert. Der Weltuntergang wurde abgesagt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, das stimmt nicht! – Alexander Flierl (CSU): In welcher Welt leben Sie denn?)

Weltweit nimmt doch keiner mehr Notiz vom Klimakult.

Eben haben Sie den Herrn Aiwanger gelobt für seine Windkraftoffensive. Wenn man die Studie der Universität Mainz anschaut, dann steht da ganz klar drin: Der Infraschall von Windrädern greift das Herz an, und PFAS und andere Giftstoffe führen zu einer Vergiftung der Felder und unseres Trinkwassers.

(Zuruf von den GRÜNEN: Fake News!)

Nur im schwarz-rot-grün geführten Deutschland zerstört man auch weiterhin die eigenen Schlüsselindustrien Automobil- und Maschinenbau, Chemie und Pharmazie, sprengt seine Kraftwerke und wundert sich dann auch noch, warum die Steuereinnahmen einbrechen.

Jetzt sprechen Sie vom Aus für das Verbrenner-Aus und die Zukunft des Hightech-Verbrenners. Das alles haben Sie von der AfD abgeschrieben, Herr Söder!

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU)

In Ihrer Verzweiflung über die politische Wende in Deutschland, den Niedergang Ihrer Bundesregierung und die Rekordumfragen für die AfD haben Sie neulich die AfD als "schlimmste rechte Organisation in ganz Europa" bezeichnet.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Rechtsextrem! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Stimmt auch!)

Lassen Sie mich Ihnen mit den Worten eines mutmaßlichen Rechtspopulisten ein wenig auf die Sprünge helfen. Zitat: In vielen deutschen Vorstädten fühlt sich der eine oder andere nicht mehr daheim. Es ist unser Land, und unser Land muss von uns geprägt und geführt werden. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Mancher weiß gar nicht mehr, in welchem Land er eigentlich lebt. Unser Land ist finanziell und kulturell überfordert. In manchen Klassenzimmern wird kaum noch Deutsch gesprochen. Die Migration, die wächst uns über den Kopf. Wir sollten selber entscheiden können, wer ins Land kommt. – Dieses Zitat stammt nicht etwa von einem AfD-Politiker,

(Michael Hofmann (CSU): Nein, ihr macht Schlimmere!)

nein, es stammt von Ihnen, Herr Ministerpräsident!

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Es ist samt und sonders die Pointe eines Markus Söder, der ein um das andere Mal wieder versucht, wie ein AfD-Politiker zu klingen. Sie führen die Stadtbilddebatte weiter, für die man hier im Hause der Opposition das Mikrofon abdreht. Sie leihen sich nach Bedarf mal eben von uns den Mut zur Wahrheit aus, machen dann aber weiter wie bisher. Das ist billiger Populismus!

(Beifall bei der AfD)

Letztlich ist es nichts anderes als Wählertäuschung. Der Satz, den Sie zurzeit geföhlt am häufigsten sagen, ist: Wir müssen eine Lösung finden. – Das ist wenigstens mal eine ehrliche Aussage. Sie zeigen damit nämlich, dass Sie keine Lösungen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Fangen Sie doch einmal damit an, Andersdenkende und politische Mitbewerber nicht als Extremisten zu beschimpfen. Tun Sie das, was im Interesse Bayerns ist: Runter mit allen Landessteuern und Abgaben. Nicht nur die Grunderwerbsteuer und Erbschaftsteuer, sondern auch die Biersteuer muss runter. Bier muss in diesen Zeiten wieder günstiger werden in Bayern!

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Schaffen Sie endlich die Bürokratie und die Berichtspflichten bis auf ein Minimum ab! Schaffen Sie Sonderwirtschaftszonen und stoppen Sie die selbstmörderische Energiewende! Errichten Sie endlich eine Forschungs- und Entwicklungseinrichtung für Thorium-Flüssigsalzreaktoren, damit die Anlagen serienreif sind, wenn wir mit unserer Kanzlerin der Herzen, Dr. Alice Weidel, an der Spitze der deutschen Bundesregierung stehen!

(Beifall bei der AfD)

Ihre heutige Rede verdeutlicht vor allem eines, Herr Ministerpräsident: Sie scheinen noch immer nicht verstanden zu haben, welche Herausforderungen vor uns liegen,

was passiert, wenn durch KI und Automatisierung plötzlich über 50 % der Arbeitsplätze in Deutschland nicht mehr gebraucht werden, wie das eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vor Jahren schon prognostiziert hat. Was machen Sie dann mit all Ihren importierten Fachkräften?

Bayern muss Weltspitze in generativer KI und Automatisierung werden, in Quantencomputing und Genetik. Wir müssen diese Technologien federführend beherrschen, um sie zum Wohle unserer Bürger einzusetzen und Schaden von ihnen abzuwenden.

(Alexander Flierl (CSU): Hätten Sie halt zugehört! – Michael Hofmann (CSU):
Reden Sie nicht von Dingen, die Sie nicht verstehen!)

Im technologieoffenen Fahrzeugbau müssen wir Weltspitze bleiben. Wir als AfD stehen für eine realistische Sachpolitik zur Verfügung,

(Lachen des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

parteiübergreifend, ideologiefrei und zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Die Umfragen zeigen: Heute gibt es in Deutschland nur noch eine einzige Volkspartei, die Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Zukunft unseres Landes positiv gestalten wollen, dann geht das nur mit der AfD und nicht gegen uns.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Sicher nicht!)

Ich gebe Ihnen recht: Kompromiss ist Teil der Demokratie, Kompromiss ist die Lösung. Packen wir es an! Gott schütze Bayern und unsere Landsleute!

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Klaus Holetschek für die CSU-Fraktion.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schwierig, jetzt auf das zu antworten, was hier gerade am Rednerpult von der AfD gesagt worden ist, weil es ein Bild zeichnet, dass tatsächlich die AfD die Partei des Untergangs für diese Republik ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe in dieser Rede keine einzige konstruktive Lösung und kein einziges Thema gehört, über das man sagen könnte: Sie haben wirkliches Interesse daran, dass bestimmte Probleme gelöst werden oder sich Dinge zum Guten verändern.

(Zuruf von der AfD: Dann haben Sie nicht zugehört! – Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Ich habe gelesen, Sie von der AfD haben gestern eine Doppelspitze gewählt – wahrscheinlich aus Misstrauen gegen die bisherige Führung. Das ist aber nicht mein Thema.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Irgendjemand hat gesagt: "Doppelspitze" heißt, wenn aus einem Problem zwei werden.

(Heiterkeit bei der CSU)

Möglicherweise ist das auch ein Teil der Wahrheit. Ich will das aber nicht länger bewerten. Sie haben jetzt fünf Vizechefs und zwei Parlamentarische Geschäftsführer. Jeder Abgeordnete hat mittlerweile eine Funktion. Ich bin gespannt, wie Sie in Zukunft damit zurechtkommen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Gegenruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

Ich will Ihnen eines sagen: Solange Sie sich so verhalten, wie Sie sich hier verhalten, wird es nirgends eine Zusammenarbeit – keine Kooperation, keine Koalition und nichts anderes – mit Ihnen geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Christoph Maier (AfD) und Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Sie meinen es nicht gut mit unserem Land, das muss ich Ihnen deutlich sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Sie haben eine völlig andere Idee von unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer Demokratie. Wir werden das nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD) – Gegenruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Umso besser ist es, dass wir vorher in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört haben: Unser Plan für Bayern. Ich halte das für etwas ganz Zentrales und Wichtiges.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Meier (AfD))

Die Menschen erwarten von uns, dass wir ihnen Verlässlichkeit und Planbarkeit geben, dass wir ihnen sagen, in welche Richtung wir gehen. Ich glaube, das ist auch zum Ausdruck gekommen. Unser Land ist beim Ministerpräsidenten und den Regierungsfractionen in guten Händen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich sind die Zeiten herausfordernd. Wir spüren das. Wir spüren das, weil wir alle draußen sind, weil wir bei den Menschen sind. Wenn wir mit ihnen diskutieren, spüren wir ihre Ängste. Wir spüren Vertrauensverlust. Wir sprechen über Dinge und spüren dabei die Fragen der Leute: Was kommt denn? Worauf können wir uns verlassen? Was ist morgen? Was ist mit meinen Kindern? Wie geht es mit der Rente weiter? – Das sind existenzielle Fragen. Auf diese Fragen wollen wir Antworten geben. Diese Antworten sind in der Bayern-Agenda hinterlegt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Es geht nur mit einer starken Wirtschaft. Deswegen möchte ich in meiner Rede das Thema Mittelstand ins Zentrum stellen. Es geht um familiengeführte Unternehmen. Das Handwerk ist die Basis der Erfolgsgeschichte unseres Landes.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass wir die richtigen Weichen stellen – ob es bei der Energie ist, ob es bei der Entbürokratisierung ist oder ob es bei anderen Fragen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Wir tun das auch, indem wir für die Wirtschaft das Thema Innovation in den Mittelpunkt stellen, indem wir mit der Hightech Agenda, mit KI, mit Digitalisierung und vielen anderen Dingen der Motor einer wirtschaftlichen Entwicklung sind, die Wohlstand für alle zum Ziel hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am Ende geht es uns auch darum, den Sozialstaat zu erhalten,

(Christoph Maier (AfD): Aber nicht für alle!)

weil das der Dreiklang ist: Wirtschaft, Wohlstand und Sozialstaat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

– Ihr Zwischenrufen von der rechten Seite entlarvt Sie von der AfD immer wieder. Jetzt will ich Ihnen mal etwas sagen: Ich bin auch für diejenigen dankbar, die in unser Land kommen, um in der Pflege und in den Krankenhäusern zu arbeiten. Das sage ich hier ausdrücklich. Ohne sie würde das Land gar nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Überlegen Sie sich mal, was Sie ständig sagen! Überlegen Sie mal, was Sie der Pflegekraft sagen, die seit zwanzig Jahren jeden Tag hier bei uns zur Arbeit geht, die sich jeden Tag aufopferungsvoll um andere kümmert! Die wollt ihr von der AfD in ihr Heimatland zurückschicken! Das ist eure Idee und nichts anderes!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CSU: Genau so ist es!)

Ich will Ihnen auch sagen: Ich bin Alexander Dobrindt und Joachim Herrmann für ihre Konsequenz dankbar. Wir gehen einen geraden Weg. Wir wissen aber auch, dass es zwei Seiten einer Medaille sind. Wir sind dankbar für all diejenigen, die sich hier integrieren. Die anderen wollen wir in unserem Land nicht haben. Das sind zwei Seiten einer Medaille, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen sind Innovation, Transformation und Investition – und damit komme ich auf den Kern der Regierungserklärung zurück – genau der richtige Plan für unser Land. Das ist genau der richtige Plan, auf den wir aufsetzen können und mit dem wir jetzt für die Zukunft unseres Land arbeiten. Die Menschen draußen müssen wissen: Sie können sich auf uns verlassen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Botschaft. Man merkt: Das Gefühl mancher Menschen und die Faktenlage gehen auseinander. Weil Ihr vorhin dazwischengerufen habt: Es geht nicht um Selbstlob, aber man muss anerkennen, was wir geleistet haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist nicht nur eine Leistung der Regierung oder von uns allen hier im Hohen Haus, sondern eine Leistung der Menschen in unserem Land. Das müssen wir ihnen auch sagen: Orientierung, Zuversicht, Haltung – die Menschen sind das Kapital. Wir setzen auf das Gemeinwohl und den Gemeinschaftssinn. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf setzen wir auch in Zukunft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Ministerpräsident hat es richtig gesagt: Wir dürfen uns nicht ausruhen. Es ist nicht an der Zeit, sich zurückzulehnen und zu sagen: Ja, es läuft schon. – Nein, die Zeit ist eine völlig andere. Die Verhältnisse haben sich geändert. Man muss sich anpassen, aber man muss immer auch nach vorne gehen. Genau das tun wir in Bayern. Wir gehen voran. Wir wissen aber auch, dass das mit Verantwortung zu tun hat, dass das mit Stabilität zu tun hat. Mir ist wichtig – das dürfen wir am Ende des Tages bei aller KI und allen wichtigen Themen nicht vergessen –: Bei allen wichtigen Themen geht es auch um die Grundwerte unserer Gesellschaft. Es geht um das "C" und um das "S". Es geht um die Frage der Solidarität und des Zusammenhalts. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen das in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am Ende des Tages – das ist die Konsequenz, die beschrieben worden ist – ist die Wirtschaft wichtig für den Sozialstaat. Den Sozialstaat in seinem Kern zu erhalten als fürsorgenden Staat, der Menschen nicht im Stich lässt, wenn es darauf ankommt, ist eine wichtige Botschaft für uns alle. Das gilt gleichermaßen auch für Menschen mit Handicap und auch Menschen am Rande der Gesellschaft. Wir alle wissen: Für sie müssen wir auch da sein. Genau das wollen wir auch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In dieser schwierigen Zeit müssen wir auch sehen, dass wir solide Finanzen haben. Ich bin wirklich dankbar, dass wir keine neuen Schulden aufnehmen. Wir haben hohe Investitionen und fahren die Personalquote im öffentlichen Dienst herunter. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch wissen, dass wir mehr Spielraum brauchen. Wir haben vorher mit der Katholischen Jugendfürsorge und anderen eine Diskussion über die Frage geführt, wie wir zusammenrücken können. Es darf kein Gegeneinander werden; es geht nur mit einem Gemeinsam. Wir haben von ihnen viel Verständnis dafür bekommen, dass diese Zeit schwierig ist. Deswegen müssen wir mehr Möglichkeiten schaffen, mehr Vertrauen in diejenigen schaffen, die draußen sind und wissen, wie die Dinge funktionieren. Lasst uns diesen Mentalitätswechsel nach vorne bringen. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Leistungsträger und in die Menschen, die die Dinge draußen in Ordnung bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bleibe dabei: Das Thema Entbürokratisierung und Deregulierung ist eines der Kernthemen. Wir haben dazu gemeinsam viel auf den Weg gebracht. Man muss es nur noch mehr spüren. Das Fünfte Modernisierungs- und Beschleunigungsgesetz ist gekommen. Florian Herrmann wurde mit der Kommission für Staatsmodernisierung erwähnt. Die Junge Gruppe hat uns dazu Anstöße mitgegeben, zum Beispiel das Bayern-Update und andere Dinge. Wir haben eine Enquete-Kommission. Steffen Vogel hat gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen dazu wirklich ausgezeichnete Arbeit geleistet. Lieber Steffen, vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben mit Walter Nussel jemanden, der draußen unglaublich arbeitet. Er macht Praxis-Checks und Digital-Checks. Er nimmt sich jedes kleinen Problems an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist genau die richtige Arbeit, die Probleme der Menschen im Alltag aufzunehmen und Lösungen anzubieten. Ich habe es schon mal gesagt – das gilt übrigens für alle Ministerien und für alle, die als Bürgermeister oder Landräte usw. in Verantwortung sind –: Es nützt niemandem etwas, wenn man den Menschen sagt, wie es nicht geht. Wir müssen den Menschen sagen, wie wir es machen. Es nützt auch niemandem zu sagen, wir seien nicht zuständig. Wir müssen Lösungen suchen. Dann werden wir es schaffen, dass da drüben irgendwann einmal viel, viel weniger als jetzt sitzen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um Mut für die Zukunft, um Verantwortung. Es geht aber auch um die Alltagsprobleme, die jetzt da sind. Es geht um Ängste, es geht um Gefühle. Wir in der Politik müssen diese Dinge aufgreifen, und das tun wir.

Wir haben zur Halbzeit unserer Koalition – das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen – viele Gesetzesvorhaben abgearbeitet: Ladenschlussgesetz, Wasserent, Dinge, die auf dem Tisch lagen und die gemeinsam – ich bedanke mich da auch beim Koalitionspartner – gut funktioniert haben.

Wir haben noch viel vor uns. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. Wir werden nicht zurückweichen. Wir werden uns auch nicht abbringen lassen.

Ich will noch einmal deutlich machen: Ich bin froh, dass Markus Söder an der Spitze dieser Regierung steht und er sich nie von einem Weg hat abbringen lassen, der von Anfang an so nicht vorgezeichnet war. Viele haben ihn belächelt und haben gesagt: Muss das denn sein? So viel Geld? Können wir das nicht für etwas anderes brauchen? – Du hast hier Haltung, Orientierung und Innovation für den richtigen Weg für Bayern bewiesen. Du bist einer der Großen in der Reihenfolge von Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber und anderen. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD: Oje!)

– Na ja, auch da müsst ihr, ehrlich gesagt, nicht herummurren. Die Geschichte wird beweisen, dass ich recht habe. Und auch bei euch wird die Geschichte beweisen, dass ich recht habe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Die Geschichte?)

Ich glaube, deswegen ist es heute kurz vor Pfingsten – wir alle, vielleicht nicht mehr alle, aber hoffentlich noch viele wissen: das ist das Fest des Heiligen Geistes – gut für uns, noch einmal eine Standortbestimmung zu machen: Wir sind auf einem guten Weg. Es wird nicht einfach, es wird herausfordernd. Wir machen auch nicht alles richtig.

Ich finde es auch gut, dass der Ministerpräsident das heute auch so dargestellt hat. Das ist übrigens wahre Größe, auch einmal zu sagen, nicht alles ist immer optimal. Ich mache jeden Tag Fehler. Viele von uns machen Fehler – in den Ministerien, in den Landratsämtern, in den Verwaltungen. Wir müssen die Leute stützen. Mir ist es lieber, jemand tut etwas und macht einmal einen Fehler, als wenn er nichts tut und darauf wartet, dass etwas passiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und ich will am Ende noch einmal – das ist mir wichtig – sagen, dass wir mit den demokratischen Fraktionen gut zusammenarbeiten,

(Lachen bei der AfD)

auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind. Ich will noch dem Kollegen Grießhammer gratulieren, er ist gestern wiedergewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Schuber!!)

Wir sind uns in vielen Dingen einig, wenn es um unsere Demokratie, wenn es um unsere Werte geht. Das ist auch wichtig.

Wir streiten auch. Wir sagen uns auch einmal die Meinung. Wir werden das gleich hören. Ich bin immer noch optimistisch, dass die nächste Rednerin, die GRÜNEN-Vorsitzende, das jetzt erkennt

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU):
Wir geben die Hoffnung nicht auf! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Pfingstsonntag!)

und auch so ausführen wird.

Natürlich gehört eine demokratische Opposition zu den Regierungen dazu. Wir werden weiter ringen, wir werden weiter kämpfen, wir werden für dieses Land weiter Leidenschaft und Herzblut aufbringen, weil wir alle im Team Bayern spielen, liebe Freunde. Das ist die Zukunft. Wir kümmern uns, wir setzen uns ein, wir kämpfen für die Menschen, wir wollen den Menschen in diesem Land dienen, und das mit Gottes Hilfe. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Holetschek, Sie haben versucht, uns geschichtlich zu belehren. Jetzt tue ich das auch einmal: Den Begriff "Unsere Demokratie" hat Erich Honecker geprägt. Das müssen Sie sich einmal merken.

(Beifall bei der AfD)

Das Andere ist: Sie und auch der Herr Ministerpräsident Söder haben hier Reden gehalten, die Sie auch vor drei Jahren hätten halten können. Das hätte keiner gemerkt. Sie haben hier überhaupt kein wirkliches großes Problem angesprochen.

Die großen Probleme sind die kollabierenden Sozialsysteme und die kollabierende Industrie. Sie haben hier überhaupt keine Lösungen angeboten.

Aber wir, die AfD, wir haben zu diesen Themen schon Lösungen, und das wissen Sie auch.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht zugehört!)

Und jetzt noch eine Sache:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hören Sie auf zu sagen, wir würden die ganzen Leute, die Krankenpfleger sind und aus dem Ausland kommen, abschieben wollen. Das stimmt nicht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie wollen Millionen vertreiben!)

Millionen von Leuten, Millionen von Ausländern sind in unsere Sozialsysteme eingewandert, sind im Bürgergeld. Diese illegale Migration wollen wir beenden. Sie tun es nicht. Die AfD ist angetreten, um das zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Klaus Holetschek (CSU): Mir ist jetzt nicht ganz klar, was Sie mich tatsächlich fragen wollten. Ich habe Ihnen klipp und klar gesagt, dass wir diesen Weg, den wir hier in Bayern gehen, konsequent und klar gehen.

(Ulrich Singer (AfD): Wo denn?)

Wir haben Reformvorhaben im Bund. Das wissen Sie genau.

(Zurufe von der AfD)

– Schreien Sie halt nicht dauernd rein! Sie können doch einmal zuhören, zuhören hilft manchmal unglaublich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU):
Wahnsinnsdemokratieverständnis!)

Das ist ja manchmal ganz wohltuend.

(Andreas Winhart (AfD): Jetzt muss Substanz kommen!)

Wir haben Reformvorhaben, die auf dem Weg sind,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Ja, wo denn?)

in Berlin, in den Sozialbereichen. Sie sind nicht einfach. Wir ringen da um gute Lösungen. Ich bin da auch nicht mit jedem Detail zufrieden. Das sage ich an dieser Stelle auch, weil für mich der Kern des Sozialstaats wichtig ist. Ich werde das auch immer hochhalten: der Mensch im Mittelpunkt. Wir werden aber einen konsequenten Weg gehen.

Das, was Sie hier erzählen, hat doch am Ende des Tages keine Substanz.

(Ulrich Singer (AfD): Wo ist Ihre?)

Sie haben einfach eine andere Vorstellung vom System. Sie wollen letztendlich ein anderes Land, einen anderen Staat. Und natürlich haben Sie auch eine andere Idee von der verfassungsmäßigen Grundordnung dieses Landes.

(Andreas Winhart (AfD): So ein Schmarrn!)

Deswegen muss man das ansprechen. Je mehr Sie schreien, desto deutlicher wird es.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Vorsitzende Katharina Schulze, bitte.

(Zuruf von der AfD: Applaus?)

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen wurde wild spekuliert: Kommt jetzt der neue Markus Söder? Ist der Leberkas out und der Landesvater in?

Herr Söder, ich habe Ihnen jetzt eine Stunde sehr interessiert zugehört und würde sagen: Der Befreiungsschlag war es nicht. Es war eher eine Stunde markiger Worte, mit denen Sie probiert haben zu übertünchen, dass dort, wo Sie überall Verantwortung tragen, nicht so viel vorangeht, wie eigentlich vorangehen müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oje!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich führe Sie da gerne einmal durch: Ich möchte Sie daran erinnern, Sie regieren in Bayern, und zwar schon sehr, sehr lange. Sie regieren jetzt auch wieder im Bund. Der Herr Ministerpräsident als Parteivorsitzender sitzt im Koalitionsausschuss und reklamiert ständig Einfluss auf die Bundespolitik.

Dann gilt aber auch: Wer Einfluss beansprucht, trägt Verantwortung für die Ergebnisse. Und die Ergebnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde ich als mau bezeichnen.

Wo ist denn der Herbst der Reformen gewesen?

(Steffen Vogel (CSU): Das ist eine Bundesangelegenheit!)

Wo ist denn der Aufbruch? Wo ist der Wirtschaftsaufschwung? Wo sind denn die Entscheidungen, die unser Land wirklich moderner, gerechter und wirtschaftlich stärker machen?

Ganz ehrlich, in unserem Land ist all das doch vorhanden: Wir haben kluge Menschen, wir haben innovative Unternehmen, wir haben eine große Innovationskraft, wir haben engagierte Kommunen, wir haben ein starkes Ehrenamt.

Wir haben im Moment aber eine Politik, die nicht nach vorne führt, sondern die eher bremst. Wir haben eine Politik, die das viele Geld, was die Bundesregierung zur Verfügung hat – auch weil wir GRÜNEN aus richtigen Gründen für das Sondervermögen gestimmt haben –, nicht dafür ausgibt, wofür man es eigentlich ausgeben sollte, nämlich für Investitionen.

Sie feiern zum Beispiel die Mütterrente und die Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie. Das feiern Sie, obwohl Sie genauso gut wissen wie ich, dass man das Geld, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gegen die Mütter!)

Wenn Sie dieses Land wirklich modernisieren wollten, könnten Sie doch bitte einmal investieren – in die Schulen, in die Straßen, in die Energiewende, in den Klimaschutz –, sodass wir ein moderner Staat werden, und das Sondervermögen dafür nutzen, wofür es eingerichtet wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das tun wir doch! Lesen Sie den Haushalt! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das habe ich vorhin doch gerade gesagt!)

Wenn wir uns jetzt Bayern anschauen, sehen wir, dass die Liste der Dinge, die zu tun sind, lang ist: Die Wohnungsnot wächst; 200.000 Wohnungen fehlen. Die zweite Energiekrise nach 2022 ist da, und wieder ist Bayern nicht gut genug darauf vorbereitet. Beim Windkraftausbau treten Sie weiterhin auf die Bremse. Der Sanierungsstau in Universitäten und Polizeiinspektionen ist massiv. Gleichzeitig verschieben Sie die Klimaziele nach hinten, als ob die Realität draußen einfach warten würde, bis die CSU bereit ist.

Herr Söder,

(Michael Hofmann (CSU): Ministerpräsident vielleicht?)

Sie sind heute nicht den ersten Tag im Amt, sondern Sie regieren dieses Land seit acht Jahren.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Sehr gut! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gott sei Dank!)

Wenn man sich heute die Bilanz anschaut, muss man ganz klar sagen: Sie haben von dem, was notwendig ist, erstaunlich wenig geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Und in Baden-Württemberg ist es besser? – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Liegt Bayern vorn oder nicht, Frau Schulze?)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: In Ihrer Grundanalyse stimme ich Ihnen zu. Dies sind keine einfachen Zeiten. Die Welt hat sich massiv, rasant verändert. Die Demokratien – nicht nur bei uns, sondern weltweit – stehen unter Druck. Und ja, wir brauchen dringend – dringend! – Reformen in unserem Land.

Wissen Sie was? Ich bin fest davon überzeugt, dass dies auch die allermeisten Menschen in unserem Land wissen. Sie wissen, dass sich Dinge verändern müssen, damit es auch ihre Kinder gut haben werden. Sie wissen, dass sich Dinge verändern müssen, damit sie ihre Arbeitsplätze erhalten und wir auch in Zukunft frei, sicher und unabhängig leben können.

Aber, Herr Ministerpräsident – an dieser Stelle sage ich auch: liebe Bundesregierung –, Reformen funktionieren doch nur dann, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, wenn nicht immer zuerst auf die Schwächsten gezeigt wird, wenn gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt wird und wenn alle ihren Teil beitragen. Wer Veränderung will, Kolleginnen und Kollegen, muss auch Zusammenhalt organisieren können. Deswegen gilt der Grundsatz: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt: Wenn Menschen sehen, dass Reformen fair erfolgen bzw. Belastungen fair verteilt sind, dann sind sie auch bereit, ihren Beitrag zu leisten. Wenn ich das als Grundlage der Bewertung Ihrer Politik nehme, dann muss ich feststellen: Daran scheitert Ihre Politik immer öfter.

Ich gebe Ihnen drei Beispiele:

Wer das selbstgenutzte Familienhaus erbt, soll es natürlich steuerfrei bekommen; das ist völlig richtig. Wer aber heutzutage 300 Wohnungen erbt, zahlt nach aktueller Gesetzeslage keinen Cent Erbschaftsteuer. Ist das gerecht? – Ich finde, nein.

Oder nehmen wir den Tankrabatt: 1,6 Milliarden Euro kostet diese Maßnahme. Ein Großteil geht an die Ölkonzerne. Gleichzeitig sollen 350 Millionen Euro beim Elterngeld gespart werden – also wieder auf Kosten von Familien. Ist das gerecht? – Ich finde, nein.

Oder Ihre Ideen zur Einkommensteuerreform: Damit würden vor allem die Bezieher der obersten Einkommen entlastet, während gleichzeitig über Kürzungen bei Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderung diskutiert wird. Ist das gerecht? – Ich finde, nein.

Und wissen Sie was? Diese Ungerechtigkeiten spüren die Menschen jeden Tag: beim Einkaufen im Supermarkt, am Ende des Monats auf dem Konto, bei der Miete.

Ich glaube, wir alle müssen uns einmal Folgendes klarmachen: Unser Bayern und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt werden nicht von einigen wenigen Superreichen, sondern von der Mitte der Gesellschaft getragen, von Millionen Menschen, die jeden Tag arbeiten, ihr Bestes geben, Verantwortung übernehmen und unser Land am Laufen halten. Diese Menschen verdienen Respekt. Sie verdienen eine Politik, die ihren Alltag besser macht. Sie verdienen einen Staat, der für bezahlbare Wohnungen und eine verlässliche Kitabetreuung sorgt, der pünktliche Züge bereitstellt, der für Sicherheit sorgt und für gute Löhne, damit ein normales Leben auch in Zukunft

bezahlbar bleibt. All das verdienen die Menschen. Dass ich das der Christlich-Sozialen Union einmal erklären muss, hätte ich auch nicht gedacht; aber die Zeiten sind eben andere.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Versuch fehlgeschlagen!)

Ich gehe jetzt in das nächste Thema hinein, in das Thema bezahlbares Wohnen – die soziale Frage unserer Zeit. Bei diesem Thema merken die Menschen in Bayern jeden Tag, dass die Bayerische Staatsregierung nicht das liefert, was sie liefern sollte. Denn: Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist nicht nur in München, sondern mittlerweile in fast allen Teilen Bayerns ein Problem. Familien finden kaum mehr ein bezahlbares Zuhause. Junge Menschen können sich Eigentum kaum noch leisten. Selbst Menschen, die gut verdienen, fragen sich: Wo geht die Reise eigentlich noch hin?

Wenn wir uns diese Gemengelage anschauen, müssen wir doch klar feststellen: Wohnungen zu bauen ist keine Raketenwissenschaft. Wir haben tolle Architektinnen und Architekten. Wir haben großartige Handwerkerinnen und Handwerker. Wir haben Bauunternehmen. Wir haben Ingenieurinnen und Ingenieure. Das Können fehlt hier in Bayern nicht. Es fehlt der politische Wille!

Für uns GRÜNE ist klar, was zu tun ist: Wir müssen Leerstand und Spekulation bekämpfen. Wir müssen schneller und einfacher neuen Wohnraum schaffen. Wir brauchen weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wo waren denn die Standards von Herrn Habeck?
– Robert Brannekämper (CSU): Wer genehmigt denn, die Stadt oder wir?)

Und: Wir müssen privates Kapital für bezahlbares Wohnen mobilisieren.

Wenn Sie über die Wichtigkeit von Eigentum sprechen: Schaffen Sie doch die Grunderwerbsteuer für die erste eigengenutzte Immobilie ab. Das wäre ein Schritt, der es für manche einfacher machen würde, an Wohneigentum zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, selbstverständlich haben Sie total recht, wenn Sie sagen: Die Wirtschaft anzukurbeln ist die zentrale Aufgabe. – Erst gestern kam wieder ein Konjunkturbericht heraus, in dem auch mit Blick auf Bayern die Stimmungslage als weiterhin schlecht beschrieben wird. Angekreidet werden die negativen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere die hohen Energiepreise. Die Aufgaben, die vor Ihnen liegen, sind also massiv.

Deswegen braucht Bayern jetzt vor allem eines – davon bin ich überzeugt –: den Mut, wieder nach vorne zu gehen. Wenn wir in die Geschichte schauen und uns erinnern, sehen wir: Bayern war immer dann stark, wenn es mutig nach vorn gegangen ist – technologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hightech Agenda!)

– Zur Hightech Agenda komme ich gleich; keine Sorge. Ich will nur kurz den Bogen spannen, damit wir uns einig sind, worüber wir gerade sprechen.

Aus einem Agrarland wurde ein moderner Industriestandort. Aus Ideen wurden Weltmarktführer. So entstand der Wohlstand, von dem Bayern bis heute lebt.

Ich bin sehr dankbar – ich glaube, die Menschen, die in Bayern leben, sind es ebenfalls –, dass das hier in Bayern funktioniert hat. Daran müssen wir wieder anknüpfen. Ich nämlich glaube an die Stärken in diesem Land. Ich glaube an die Menschen in diesem Land. Ich glaube an die klugen Köpfe, an die anpackenden Hände, an die Innovationskraft. Jetzt braucht es im Bund und im Land Regierungen, die diese Kräfte entfesseln und nicht niederdrücken.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Bisher haben Sie nur zur Bundespolitik gesprochen!)

Ja, den Mut zur Modernisierung brauchen wir. Die Hightech Agenda ist dabei ein sehr guter Schritt. Natürlich müssen wir in Zukunftstechnologien investieren und diese fördern – Zustimmung! Wenn das aber Ihr einziger Leuchtturm ist, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten, dann ist das ein bisschen wenig, wenn es auf der anderen Seite in die Universitäten hineinregnet und manche Schülerinnen und Schüler nicht auf die Toilette gehen wollen, weil es dort eklig ist.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wo?)

Das nächste Wirtschaftswunder beginnt doch nicht im Forschungslabor, sondern in der Kita und der Schule. Deswegen sind Investitionen in die Bildung das Entscheidende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nicht nur Hightech, sondern auch frühkindliche Bildung. Wir brauchen auch Investitionen in die Schulen, in die Lehrkräfte, in die Ganztagsbetreuung.

(Michael Hofmann (CSU): Ein Drittel des Haushalts wird in Bildung investiert! Erzählen Sie doch nichts!)

Herr Söder hat auch heute wieder gesagt: Kinder sind das Wichtigste. – Ich unterschreibe das. Nur würde ich mir dann eine richtige Prioritätensetzung wünschen, damit zum Beispiel mehr Lehrkräfte eingestellt werden. Dann muss man sich darum kümmern, dass es mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen gibt. Dann muss man schauen, dass Kinder und Jugendliche, die psychosoziale Beratung brauchen, diese schnell bekommen, und dass die Kommunen beim Thema Ganztage nicht alleingelassen werden. Es reicht nicht aus, zu sagen: Wir lassen die Kinder nicht allein; man muss diese Aussage auch mit konkreter Politik unterfüttern. Das ist der Anspruch, den ich an eine Bayerische Staatsregierung habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investitionen in Bildung und Betreuung sind nicht nur für die Kinder und das Wirtschaftswunder von morgen wichtig, sondern auch für die Familien, dort vor allem für die Frauen; denn wir haben in diesem Land sehr viele topqualifizierte Frauen, die gern mehr arbeiten möchten, die ihre Ideen und ihre Leistungsbereitschaft einbringen möchten, dies aber nicht können. Warum können sie es nicht? – Weil die Sorgearbeit in diesem Land immer noch vor allem auf den Schultern der Frauen lastet. Wenn wir es nicht schaffen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen genauso leicht möglich zu machen wie für Männer, dann vergeben wir uns etwas – strategisch, wirtschaftspolitisch und auch gesellschaftlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu möchte ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, große Ideen und auch einmal eine klare Ansage hören: Wie schaffen wir es, dass die Sorgearbeit nicht nur auf dem Rücken der Frauen lastet, sondern dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle möglich wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen also, um die Wirtschaft anzukurbeln, bessere politische Rahmenbedingungen im Bund und im Land. Wir müssen in die Bildung investieren. Wir müssen das Potenzial von Frauen heben, und wir müssen für günstige Energie sorgen. Alle Unternehmerinnen und Unternehmer sagen: Eine große Herausforderung ist die Verfügbarkeit günstiger Energie.

Herr Ministerpräsident, Sie haben von Fakten gesprochen; auch ich bin ein großer Fan davon. Sie haben den Irankrieg erwähnt und gesagt, deswegen seien die Energiepreise gestiegen. Das stimmt. Aber Ihre Ableitung daraus ist ein bisschen kurzfristig; denn die Energiepreise sind deshalb gestiegen, weil wir eine Fossile-Energien-Krise haben.

Wenn Sie dann sagen, wir müssten trotzdem weiter auch auf fossile Brennstoffe setzen, dann machen Sie genau das Gegenteil dessen, was notwendig ist. Wenn wir nicht schon erneuerbare Energien hätten, wären die Preise noch höher. Das heißt, die Lösung des Dilemmas ist, die Freiheitsenergien weiter auszubauen. Das macht uns unabhängig von Preisschocks bei fossilen Energieträgern, und das macht uns unabhängig von Autokraten und Diktatoren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir schon gedacht, dass Sie die Zahlen des Ausbaus der erneuerbaren Energien in Bayern hier vortragen werden. Das ist auch richtig und gut.

(Michael Hofmann (CSU): Selbstverständlich!)

Das ist Ihre Aufgabe, genau dies zu tun.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Meine Aufgabe als Oppositionsführerin ist es aber, ganz klar zu sagen, dass man Zahlen natürlich vergleichen muss.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Seit wann sind Sie hier Oppositionsführerin?)

Bayern ist das größte Bundesland. Wir müssen also den Ausbau, den wir schaffen, auf die Größe unseres Bundeslandes umrechnen, und dann liegt Bayern nicht ganz vorne, sondern im Mittelfeld. Ich habe den Anspruch, dass wir dabei ganz nach vorne kommen. Deswegen müssen Sie noch einiges tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben in diesem Jahr gerade mal sieben Windkraftanlagen in Betrieb genommen und bei neuen Solaranlagen einen Einbruch um 43 % hinnehmen müssen. Wie Sie das als Erfolg verkaufen können, ist mir ehrlich gesagt schleierhaft, vor allem, wenn wir Ihr Agieren auf Bundesebene sehen. Dort arbeiten Sie nämlich Hand in Hand mit

der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche am – so würde ich es nennen – ideologischen Feldzug gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das schadet Bayern.

(Martin Wagle (CSU): Jetzt wird es abenteuerlich!)

– Nein, ich erkläre Ihnen das sehr gerne. – Sie feiern sich nämlich dafür, dass Sie das Gebäudeenergiegesetz verändert haben, dass Menschen jetzt auch – wenn sie das möchten – Öl- und Gasheizungen weiter einbauen können und damit eine Kostenfalle im Keller haben. Das feiern Sie, während vor allem die bayerischen Bürgerinnen und Bürger von der Wärmepumpenförderung profitiert haben. Ich sage Ihnen klar und deutlich: Wer heute Wärmepumpen ausbremst, bremst auch unsere Heizungsbauer, die mittelständischen Betriebe, unsere Innovationskraft und am Ende auch bezahlbare Energiepreise aus.

(Martin Wagle (CSU): Vollkommener Unsinn! Nichts wird hier ausgebremst! –
Michael Hofmann (CSU): Die Leute sollen frei entscheiden können!)

Wir müssen in die Elektrifizierung gehen, und dabei ist die Wärmepumpe essenziell.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Gleiche sehen wir bei dem nächsten Fehler: Es gibt einen Vorschlag aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der vorsieht, die Vergütung für Strom vom eigenen Hausdach zu streichen. Auch dieser Vorschlag trifft besonders die Menschen in Bayern; denn kaum ein anderes Bundesland – das sagen Sie, Herr Söder, auch immer – hat so viele Solaranlagen. Ich bin sehr stolz darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger die Energiewende einfach von unten umsetzen. Wenn dieser Vorschlag von Katherina Reiche durchgeht, dann wird es im Solarland Bayern dunkel, und genau das möchten wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir merken doch bei den erneuerbaren Energien, dass Bürgerinnen und Bürger investieren wollen. Handwerksbetriebe haben sich darauf spezialisiert. Viele Familien wollen von steigenden Strompreisen unabhängiger werden. Katherina Reiches Agieren im Bund sendet genau diesen Menschen das Signal: Wer in die Zukunft investiert, wird bestraft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Wirtschaftspolitik für Bayern, das ist Politik gegen Bayerns Interessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Themaverfehlung!)

Lieber Herr Ministerpräsident Söder, Sie hatten einen schönen Satz gesagt, den ich mitgeschrieben habe: Man kann in einer veränderten Welt auf diese Veränderung nicht mit alten Antworten und alten Technologien reagieren. – Ich habe mir gedacht: Ja, da hat der Mann recht. – Dann habe ich daran gedacht, dass dies der gleiche Mann sagt, der in Bayern weiter nach Gas bohren lässt und auf die Mini-AKW's setzt, obwohl wir eigentlich das, was wir brauchen, schon längst hier haben. Was braucht Bayern, um unabhängig zu werden? Was braucht Bayern, um günstige Energie zu bekommen? Und was braucht Bayern, um auch die Klimakrise einzudämmen? – Mehr Windkraft, mehr Sonnenenergie, mehr Speicher, mehr Leitungen und das erste Wasserstoffkraftwerk.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Träumerei!)

Das ist der Weg, den wir gehen müssen. – Wenn hier "Träumerei" dazwischengerufen wird, kann ich nur sagen: Bitte wachen Sie auf! Das wird die Zukunft sein. Dort müssen wir investieren, und es ist Ihre Aufgabe, diesen Weg zu begleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Auf dem Weg in die Zukunft wollen wir das Land nicht abreißen! Das ist doch irre! Sie tun so, als käme das vom Himmel!)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist auch eine Branche. Dort arbeiten Tausende von Menschen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hochsubventioniert!)

Es wäre doch absurd, diese Branche jetzt abzuwürgen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, diese Branche weiter voranzutreiben. Wir haben letztes Jahr 6,5 Milliarden Euro gezahlt für Öl und Gas. Wir haben dieses Geld unter anderem an Autokraten und Diktatoren gezahlt.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Alles die Politik von Habeck! – Michael Hofmann (CSU): Wie viel Geld haben wir an das Ausland gezahlt, damit sie uns den Strom abnehmen?)

Wissen Sie, was wir mit diesem Geld hier alles machen könnten? Investieren wir das doch hier bei uns, schaffen wir hier Arbeitsplätze, produzieren wir hier die erneuerbaren Energien. Das ist die Zukunft, und diese Idee müssen Sie weiter vorantreiben. Daran werden Sie gemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, Sie sind ein großer Fan der Zukunft. Das bin ich auch. Ich möchte Sie fragen: Stehen bei uns in zwanzig Jahren immer noch Ölheizungen als Kostenfalle im Keller, während Menschen in anderen Ländern schon flächendeckend mit Wärmepumpen heizen, und fahren wir als Letzte die alten Diesel, während die anderen schon elektrisch unterwegs sind?

(Michael Hofmann (CSU): Darf ein Mensch das nicht frei entscheiden?)

Ist das das Bayern, wie Sie es sich vorstellen? – Ich sehe das nicht so. Ich finde, mit dieser Politik machen Sie dieses Land kleiner, als es ist.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie reden seine Innovationskraft klein, und Sie bremsen den Modernisierungsschub aus, den Bayern dringend braucht. Deswegen gilt – das sagen alle Expertinnen und Experten und die Wissenschaft –: Wenn wir Klimaschutz, also Ökonomie und Ökologie, zusammenbringen wollen, geht das nur über den massiven Ausbau erneuerbarer Energien und mit dem Mut, in diese Zukunftstechnologie weiter zu investieren. Daran werden wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sie immer messen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Sie waren gegen Wasserkraft und jetzt bräuchten wir sie!)

– Wir waren nie gegen Wasserkraft. Unser Vorschlag war zum Beispiel, dass wir die bayerischen Wasserkraftwerke von Uniper zurückkaufen. Der Bund hat sich jetzt dahingehend auf den Weg gemacht. Das wäre doch eine gute Möglichkeit, die Wasserkraft wieder in die staatliche Hand Bayerns zu holen.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Wasserkraftwerke, die wir haben, die möchten wir halten und modernisieren, weil Wasserkraft zu den wichtigen grundlastfähigen neuen Energien gehört. Pumpspeicherkraftwerk Riedl finden wir gut. Das möchten wir auch haben, weil wir wissen, dass wir das Kraftwerk für die Grundlastfähigkeit brauchen.

(Michael Hofmann (CSU): Seit wann?)

Weil jetzt sicher der Nächste gleich noch das Thema Wasserstoff anbringt: Auch beim Wasserstoff sehen wir sehr differenziert hin. Wir haben nicht den Traum von Hubert Aiwanger, dass wir jedes Auto mit Wasserstoff fahren lassen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben andere Träume!)

Das macht energetisch keinen Sinn. Dafür ist das E-Auto perfekt. Den Wasserstoff braucht unsere Industrie. Deswegen möchten wir, dass das erste Wasserstoffkraftwerk nach Bayern kommt, damit wir diese Technologie bei uns haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Aufgaben und die Herausforderungen sind groß; aber in meinen Augen ist es der falsche Ansatz zu meinen, wir müssten uns kampflös ergeben, weil wir das nicht schaffen. Wenn wir mutig sind, wenn wir zusammenhalten und wenn wir in die Zukunft investieren, dann werden wir mit der Kraft der Menschen in diesem Land für alle eine gute Zukunft gestalten können.

Ich würde es folgendermaßen zusammenfassen: Unser Land braucht jetzt gerechte Reformen im Inneren und Freiheit und Stärke nach außen. Herr Ministerpräsident, ich teile Ihre Sorge über die geopolitische Lage. Mit Russland haben wir einen Aggressor, der sich schon längst in einem hybriden Konflikt mit uns befindet: Desinformationskampagnen und Sabotageakte finden auch bei uns in Bayern statt. Die Demokratiefeinde weltweit möchten unsere Art zu leben natürlich kaputt machen, weil sie es nicht ertragen, dass wir hier in einem freiheitlichen, sicheren, weltoffenen Land leben. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns verteidigungsfähig machen, um uns nicht verteidigen zu müssen. Ich begrüße ausdrücklich, dass auf Bundesebene mehr Geld bereitgestellt wurde, um unsere Bundeswehr fit zu machen. Das ist gut. Ich finde es auch gut, wenn wir in Bayern in die moderne Rüstungsindustrie investieren.

Bei diesem ganzen Thema darf aber nicht zu kurz kommen, dass wir auch den Zivilschutz in den Blick nehmen; denn Resilienz bedeutet nicht nur, eine starke Bundeswehr zu haben, sondern Resilienz bedeutet auch, dass die ganze Gesellschaft stark aufgestellt ist. Als GRÜNE haben wir schon viele Vorschläge gemacht: vom Bayerischen Zivilschutzgesetz bis hin zur Aufstockung des Sirenenprogramms, ein Notfallrucksack für alle Haushalte und Investitionen, um Desinformationskampagnen besser zu erkennen. Ich glaube, dass es elementar für unsere Demokratie ist, an diesem Thema stärker und intensiver zu arbeiten, da die geopolitischen Entwicklungen eine Bedrohung für unsere Art zu leben darstellen.

Nun möchte ich schließen. Herr Ministerpräsident Söder, ich habe Ihren Ausführungen gerade zum Thema Demokratie und zu Ihrer Rolle sehr aufmerksam gelauscht. Ich finde es gut, dass Sie das so klar gesagt und auch reflektiert haben. Ich habe das gehört und bin jetzt auf die Umsetzung gespannt. Ich kann von unserer Seite nur wiederholen, was wir GRÜNE immer sagen: Selbstverständlich stehen wir für einen Schulterschluss der demokratischen Kräfte immer bereit. Die Zeiten sind zu ernst, um mit der anderen demokratischen Kraft nur deshalb nicht zu sprechen, weil sie eine andere Farbe hat. Wir können immer gerne inhaltlich, in der Sache hart streiten, diskutieren. Sie müssen es aushalten, wenn ich nicht alle Ihre Ideen gut finde, und ich muss es aushalten, wenn Sie nicht alle meine Ideen gut finden.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Genau das ist die Schönheit der Demokratie. Was jedoch nicht geht, sind persönliche Herabsetzungen oder uns in Ecken zu stellen, in die wir einfach nicht gehören.

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine Kraft der politischen Mitte.

(Zurufe von der CSU)

Wir haben eine hohe staatspolitische Verantwortung. Wir brennen für dieses Land. Wir sind bereit, es zu gestalten; denn wir wissen, wie ernst diese Zeit ist.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Deswegen freue ich mich auf weitere gute Debatten im Bayerischen Landtag. Außerdem freue ich mich, wenn Sie Anträgen von uns zustimmen; denn Sie wissen, dass wir Ihren Anträgen und Gesetzentwürfen, die wir als sinnvoll erachten, auch zustimmen.

Denn eine Sache ist doch klar: Diese Demokratie und unser Land sind viel zu schön und wertvoll, als dass wir sie den Demokratiefeinden überlassen. Es ist unsere Demokratie. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion: Danke für den lang anhaltenden Beifall. Ich fürchte aber, es wird der einzige bei meiner Rede sein.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das hängt von Ihnen ab, Herr Kollege Pohl!)

Liebe Kollegin Schulze, tun Sie mir bitte einen Gefallen. Sagen Sie mir Bescheid, ob nach Ihrer Rede der Kollege Eike Hallitzky, der sich so massiv gegen das Pumpspeicherkraftwerk Riedl eingesetzt hat,

(Zuruf von den GRÜNEN: Er hat sich dafür ausgesprochen!)

nach dieser Rede aus der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN austritt oder trotzdem noch dabeibleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben von Fakten gesprochen. Frau Kollegin Schulze redet von der Mitte, aber auch von Unterschieden. Ich stimme zu: Unterschiede müssen deutlich werden. Das betrifft gerade auch Ihre Definition von Mitte, die ich nicht teile. Wenn die GRÜNEN in der Mitte sind, dann muss ich schon sagen, dass wir beide eine grundlegend unterschiedliche Auffassung von Geometrie und Geografie haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, Ihre Rede fasse ich mit den Worten zusammen: Bayern trotz erfolgreich der Krise. – Das ist Ihr Verdienst, das ist das Verdienst der Staatsregierung, und das ist das Verdienst der Regierungsfractionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn wir treffen – das unterscheidet uns ein Stück weit vom Bund – auch unangenehme Entscheidungen, und das wird in nächster Zeit vermehrt der Fall sein.

Wir werden auf die Probe gestellt, und zwar international. America First: Das ist nur eine Probe auf der wirtschaftlichen Ebene. Hier wird mit Ellbogen gekämpft, und es werden Instrumentarien ausgefahren, die uns nicht passen können. Schlimmer ist jedoch, was im Osten, in Russland und im Iran, passiert. Ich möchte hier den Iran durchaus nennen; denn das segelt so ein bisschen im Verborgenen. Wir haben einen abscheulichen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Aber ein enger Verbündeter Russlands, nämlich der Iran, gefährdet seit Jahrzehnten Israel und spricht ihm sogar das Existenzrecht ab. Das bitte ich auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Deswegen möchte ich als Allererstes an dieser Stelle sagen: Es ist die Aufgabe aller Demokraten, sich klar und unmissverständlich an die Seite Israels zu stellen. Wenn wir den Schutz Israels schon als Staatsräson haben, dann darf das kein Lippenbekenntnis sein. Es ist nicht hinnehmbar, dass Palästinenser bei Demonstrationen in Deutschland mit dem Finger auf Israel zeigen, das sich seit Jahrzehnten erfolgreich verteidigt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in den vergangenen Jahren etwas getan, was wir ein Stück weit revidieren müssen. Wir haben uns, und da nehme ich keinen Abgeordneten, keinen Kommunalpolitiker und auch keinen Bundespolitiker aus, als eine Art Wunscherfüllungsautomat verstanden. Die Menschen kamen zu uns, sie haben ein Problem geschildert, und wir haben gesagt: Das kriegen wir schon irgendwie hin.

Ja, wir sind für alle Menschen da. Wir können aber nicht jedes Partikularinteresse befriedigen, sondern wir müssen uns wieder stärker auf das Wesentliche konzentrieren. Gerade in Zeiten von schwierigen Finanzen und einer stagnierenden Wirtschaft können wir nicht jeden Wunsch erfüllen, und es ist eine der Grundvoraussetzungen einer vertrauenswürdigen, verlässlichen Politik, den Menschen auch einmal zu sagen: "Das geht nicht", "Das geht nicht so schnell" oder "Davon müssen wir uns verabschieden."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wird viel von Leistung geredet. Wir müssten mehr in diesem Land leisten. Das unterstreiche ich. Wir müssen in diesem Land mehr leisten. Ob wir mehr arbeiten müssen? – Das wäre nur ein Teilbereich. Denn Arbeit, Effizienz und Innovation sowie Risiko sind die Punkte, die dazu führen, dass es in der Wirtschaft wieder aufwärtsgeht.

Ich spreche jetzt zunächst diejenigen an, die für unseren Wohlstand sorgen, nämlich die Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, die zu unserem Bruttosozialprodukt beitragen. Da haben wir, liebe Kollegin Schulze, deutliche Unterschiede. Bei Ihnen höre ich als zentrale Aussage: Wenn wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen, wenn wir Frauen in Arbeit kriegen – das unterstütze ich –, dann sind alle Probleme gelöst.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das habe ich so nicht gesagt!)

Mitnichten sind dann alle Probleme gelöst.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ein Teil davon!)

Sie haben noch etwas ganz anderes gesagt. Sie sagten: "Starke Schultern müssen mehr tragen", und es war wieder von den sogenannten Superreichen die Rede. Dazu antworte ich Ihnen jetzt einmal: Das allererste Konjunkturprogramm ist eine Wertschätzung derjenigen, die den Karren ziehen – dazu gehören auch diejenigen, die sehr viel Geld verdienen, die Leistungsträger der Gesellschaft, die 90 % des

Steueraufkommens erwirtschaften –, und natürlich auch derjenigen, die etwas weniger Steuern zahlen.

(Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Kollege Halbleib, ich sage das, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen. Beim letzten Mal gab es darüber einen Dissens.

Sie sagen: "Starke Schultern müssen mehr tragen" und führen die Erbschaftsteuer an. Dann behaupten Sie auch noch wirklichkeitsfremd, Frau Kollegin Schulze – denn das glauben Sie doch selbst nicht –,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

dass jemand, der 300 Wohnungen erbt, keine Erbschaftsteuer zahlen müsse. Das ist blanker Unsinn! Ich kann Ihnen gerne einen Crashkurs in Erbschaftsteuerrecht geben, wenn Sie das wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Wertschätzung der Leistungsträger ist ein wichtiger Punkt. Wenn man auf der einen Seite in einzelnen Bereichen sagt, wir müssen hier etwas umsteuern, dann werden wir auch auf Verständnis treffen, wenn wir – und zwar nicht nur der Ministerpräsident, sondern das hätte ich von Ihnen ebenso erwartet – auf der anderen Seite hier sehr deutlich gegen irgendwelche verfassungsfeindlichen Enteignungsfantasien das Wort ergreifen. Das hätte ich von Ihnen auch gerne einmal gehört. Das wäre eine Gemeinsamkeit von Demokraten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Anreize bietet natürlich das Steuersystem, aber wir haben noch andere Anreize, die wir bieten können, dass Menschen mehr leisten; denn klar ist auch: Wenn man nur sagt, Menschen müssen mehr arbeiten, sage ich, Zwangsarbeit ist im Grundgesetz ausgeschlossen. Man kann die Leute nicht zwingen, mehr zu arbeiten, das heißt, man

muss sie anreizen. Diese Möglichkeiten gibt es, indem man mehr Arbeit attraktiver und weniger Arbeit unattraktiver macht. Diese Möglichkeiten können und müssen wir diskutieren.

Ich sage Ihnen aber: Als politische Akteure müssen wir uns auch an den drei Punkten Arbeit, Effizienz und Risiko orientieren. Ich möchte einmal betonen, wenn ich in das Parlament schaue: Ich glaube, bei Arbeit haben wir uns nichts vorzuwerfen. Wir sollten auch einmal öffentlich machen, dass jeder von uns weit über 40 oder 50 Stunden hinaus wöchentlich tätig ist und keine 30 Tage Urlaub hat. Da muss man sich nicht selbst bemitleiden, aber man kann auch einmal sagen, dass wir das tun. Ich finde, das ist auch ein wichtiges Zeichen an die Gesellschaft, dass wir nicht nur mehr Leistung fordern, sondern diese auch selbst erbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Bei Effizienz ist Florian Herrmann unser Flaggschiff, was den Bürokratieabbau betrifft. Ich sage aber auch ganz deutlich: Das ist nicht nur Aufgabe der Staatsregierung, nicht nur Aufgabe des Parlaments, das ist Aufgabe aller politischen Ebenen bis in die Kommunen hinein. Überall kann man Bürokratie reduzieren, überall kann man Bürokratie abbauen, wenn man das will. Man kann es bleiben lassen, wenn man sagt: Es muss alles so bleiben, wie es immer war, und das ist alles gut. – Nein, wir müssen auch einmal selbstkritisch an Dinge, an Standards herangehen, die uns lieb geworden sind, die wir uns aber nicht mehr leisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch wir Politiker müssen ein Stück weit mehr ins Risiko gehen. Warum herrscht so eine Unzufriedenheit in diesem Land? – Aus meiner Sicht hat das zwei Gründe. Der eine Grund ist, dass die Unterschiede nicht ausreichend deutlich werden, weil wir, und das ist der zweite Punkt, nicht den Mut haben, auch einmal jemandem wehzutun und zu sagen: Das sehen wir anders. Ich habe es vorhin als Traumwelt bezeichnet. Die

Traumwelt der GRÜNEN ist eine andere als die Traumwelt der Regierungskoalition. Wir haben den Vorteil, wir können Träume Realität werden lassen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Bis 2028!)

Ich finde, das ist auch gut so; denn wenn man das, was der Ministerpräsident über die Zukunft gesagt hat, und zwar sehr konkret, mit dem vergleicht, was Sie sich mit Wind, Sonne und schönem Strand vorstellen, dann stellt man fest, das ist halt nicht realistisch, selbst in der Energiepolitik. Ja, erneuerbare Energien sind wichtig, Frau Kollegin, aber Sie sind im Groben nicht einmal grundlastfähig. Das heißt, wir brauchen noch andere Energieträger. Auch wenn Mini-AKW und Kernfusion nicht die Instrumente sind, die in dieser und der nächsten Legislaturperiode helfen, können wir aber doch nicht sagen: Wir fahren nur auf Sicht. – Wir müssen das Geld doch in Forschung und Innovation stecken.

Sie tragen den Klimaschutz immer vor sich her. Wissen Sie, was der effektivste Klimaschutz ist? – Der effektivste Klimaschutz ist nicht Verbot und Verzicht, wie Sie das propagieren.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das machen wir nicht!)

Der effektivste Klimaschutz ist Forschung an Lösungen, die weltweit helfen, die in Indien helfen, die in China helfen, die in Afrika helfen, die in Südamerika helfen, wo die Menschen mehr werden, wo wir die Probleme in der Zukunft haben werden. Als Hightechland haben wir die Chance, diese Probleme zu lösen. Das werden wir unter anderem mit der Hightech Agenda tun. In die Hightech Agenda, das Erfolgsmodell dieser Staatsregierung von Markus Söder, von Hubert Aiwanger, wurden 6 Milliarden Euro investiert. Das ist eine hervorragende, eine gute Investition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Sie haben Bildung angesprochen, Frau Kollegin Schulze. Ich würde Sie einladen, bei den nächsten Haushaltsberatungen in den Haushaltsausschuss zu kommen, wenn wir den Einzelplan Bildung verabschieden.

(Zuruf)

Das sind 18 Milliarden Euro von 84 Milliarden Euro. Da sind noch nicht einmal die Investitionshilfen für die Kommunen dabei, die nämlich für die Schulbauten zuständig sind. Da sind nicht einmal die Investitionshilfen nach Artikel 10 des BayFAG dabei. Sie werden sehen, dass der Haushalt der Kultusministerin so groß ist wie der Haushalt des Innenministers, des Wirtschaftsministers, des Umweltministers, des Justizministers und der Gesundheitsministerin zusammen. Das sind die Dimensionen, über die wir reden, Frau Kollegin Schulze. Deswegen bitte keine Nebelkerzen zünden, sondern sich an Fakten orientieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bauen ist – da stimme ich Ihnen jetzt wieder zu – die größte soziale Herausforderung der Gegenwart; der sind wir in Deutschland in der Vergangenheit nicht ausreichend nachgekommen. Wir kämpfen in Bayern, dass wir hier Versäumtes nachholen, weil der Freistaat Bayern das Land in Deutschland ist, das überproportional wächst, in den letzten 15 Jahren um eine Million Menschen. Ohne das Wachstum in Bayern wäre Deutschland sogar geschrumpft, das heißt, das Problem schlägt bei uns natürlich am meisten auf. Weil wir die sehr starke Metropole München haben, haben wir natürlich auch das Problem, das Wohnen bezahlbar zu gestalten, weil da natürlich die Preise weggaloppieren. Das kann man eben nicht durch sozialistische Modelle machen.

Jetzt komme ich auf das, was sich die FREIEN WÄHLER immer schon auf ihre Fahne geschrieben haben: Das kann man zum Beispiel durch gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern machen. Ich ebne Unterschiede ein, wenn die Menschen – das ist ein Erfolg dieser Koalition – eben doch in Oberfranken bleiben, nachdem dieser Regierungsbezirk lange Jahre ganz schlimm verloren hat. Beispielsweise die

Stadt Selb im Landkreis Wunsiedel hat vor zwanzig Jahren darüber nachgedacht, Häuser zurückzubauen und Flächen wieder zu begrünen. Das mag Ihnen gefallen, aber diese Dinge ohne eine Ersatzinvestition sind schädlich für unser Land. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg, auch weil wir in die Regionen investieren. Das ist eine Investition in die Zukunft, der sich diese Regierung und die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN erfolgreich verschrieben haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kommen wir zu den Kommunen. Von denen war bislang noch nicht sehr viel die Rede, aber die Kommunen sind die Transmissionsriemen. Das sind diejenigen, die unsere Gesetze vor Ort anwenden, vor Ort die Realität schaffen. Die Kommunen ächzen unter hohen Belastungen. Die haben nicht wir verursacht.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

In allererster Linie sind diese Überbelastungen der Kommunen zum einen auf stagnierende Steuereinnahmen und zum anderen aber auch auf überbordende Sozialausgaben zurückzuführen. Ich bin dem Bezirkstagspräsidenten von Schwaben Martin Sailer dankbar, dass er uns am letzten Montag zusammengerufen hat, um dieses Problem zu schildern. In Teilen kannten wir es schon,

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

aber er hat an Beispielen klargemacht, warum es so nicht weitergeht. Deswegen sage ich hier in diesem Hohen Haus: Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung, um dem Bund zu sagen, dass es beim Bundesteilhabegesetz wieder einen Schritt zurückgehen muss. So geht es nicht, so können wir uns das nicht mehr leisten. Natürlich müssen wir die Konnexität einfordern, das ist das eine. Wenn der Bund das schon so will, muss er es auch bezahlen. Die Wahrheit ist aber, dass es insgesamt so in der Form nicht mehr leistbar ist.

Das betrifft am Ende nicht diejenigen, die tatsächlich Nachteile in der Gesellschaft in Kauf nehmen müssen; denen müssen wir natürlich helfen. Da geht es um Effizienzsteigerung, da geht es um das Zurückschrauben individueller Ansprüche, und da geht es um das Orientieren am Machbaren. Es kann nicht sein, dass einzelne Fälle bei der Jugendhilfe 500.000 Euro pro Person kosten. Das muss man sich einmal überlegen! Deswegen müssen wir insgesamt in diesem Bereich natürlich mit Augenmaß und natürlich im Interesse der Betroffenen so arbeiten, dass das Niveau insgesamt gut bleibt, aber dass es bezahlbar wird.

Wenn wir das nicht machen, haben wir jedes Jahr, lieber Herr Finanzminister, bei den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden – du hast den Häwermann einmal zitiert – die Situation, dass sie sagen: Und es reicht immer noch nicht. – Momentan haben wir noch ein bisschen Rücklagen, aber irgendwann sind die auch aufgebraucht. Es kann nicht sein, dass wir Probleme in die Zukunft schieben, nur weil wir nicht den Mut haben, in der Gegenwart zu entscheiden. Das erwarten die Bürger aber von uns. Das ist es, was ich mit Risiko meinte. Auch die Politik, auch wir müssen wieder mehr Risiko eingehen und den Leuten sagen, was geht und was nicht geht, welche Schwerpunkte wir bereit sind zu setzen und wo wir nicht mitgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich noch zwei Bereiche nennen, die uns sehr wichtig sind. Der eine ist die Gesundheitsversorgung. Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen: Ja, es geht um die Spitzenmedizin, aber auch um die Medizin in der Fläche, die medizinische Versorgung in der Fläche. Da danke ich der Gesundheitsministerin, aber auch unserem Patienten- und Pflegebeauftragten Thomas Zöllner, der hier sehr engagierte Arbeit leistet. Auch Klaus Holetschek als ehemaliger Minister ist mit diesem Thema sehr intensiv befasst.

Hier werden wir Lösungen für den Freistaat, ein Flächenland, finden müssen. Die Lösungen können nicht eins zu eins wie die Lösungen in Nordrhein-Westfalen sein,

wo wir im Ruhrgebiet auf engstem Raum sieben Millionen Menschen haben. Wir müssen darauf Rücksicht nehmen, dass Bayern ein Flächenland ist. Bayern muss in der Fläche medizinisch gut versorgt werden. Darauf legen wir FREIE WÄHLER ein ganz besonderes Augenmerk. Der Mensch in München ist nicht mehr wert als der Mensch in Hof, in Miltenberg oder in Oberstdorf. Deswegen brauchen wir eine flächendeckende, gute Gesundheitsversorgung. Das ist der eine Punkt, den ich hier nennen möchte.

Der andere Punkt ist das Ehrenamt. Das Ehrenamt ist der Kitt der Gesellschaft. Ich danke unserer Ehrenamtsbeauftragten Gabi Schmidt, die hier auch sehr viel leistet, aber auch allen Mitgliedern der Staatsregierung und allen Abgeordneten. Ich sehe ganz viele Abgeordnete, die vor Ort ihre Wertschätzung gegenüber den vielen Ehrenamtlichen zum Ausdruck bringen. Wenn wir das nicht hätten, dann hätten wir im Sozialbereich Haushalte, die erst recht unbezahlbar wären, und eine Gesellschaft, die den Herausforderungen bei Integration, bei Willkommenskultur, aber auch bei der Lebensqualität, auf die wir in Bayern so stolz sind, nicht mehr gerecht würde.

Wir machen es anders. Deswegen ist Bayern lebenswert, deswegen ist Bayern krisenresilient, deswegen ist Bayern für die Zukunft gut aufgestellt.

Ich danke Ihnen für Ihre engagierte Arbeit, Herr Ministerpräsident, liebe Mitglieder der Staatsregierung, liebe Mitglieder des Hohen Hauses. Vielen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Pohl, als Passauer Abgeordneter möchte ich etwas klarstellen zu Eike Hallitzky und zum Pumpspeicherkraftwerk Riedl. Sowohl Eike als auch die Landtagsfraktion als Ganzes mit Ludwig Hartmann und auch ich haben uns immer klar für Riedl ausgesprochen. Aber wir haben auch die ökologischen

Probleme benannt. Das ist einfach pragmatische, fortschrittliche grüne Politik, nicht etwas schönzureden, nicht alles zu verteufeln, sondern auch einen pragmatischen Weg zu gehen. Weil Sie das bestreiten, kann ich das auch aus dem "Münchner Merkur" vom 18. Januar 2013 vorlesen:

"Die Gegend um den See, das wird ein totes Gebiet. Schönreden brauche man das Projekt nicht, auch für den Fluss sei es nicht gut. Immerhin sei die Planung so umgestaltet worden, dass sich der Schaden für Öko-System und Fische in Grenzen halte. Doch im Sinne der Energiewende ist das eben eine Abwägungssache, sagt Hallitzky."

– Zitat! –

"Wir werden in Bayern noch mehr Energiespeicher wie den in Riedl brauchen."

(Katharina Schulze (GRÜNE): Hört, hört!)

Genau das ist es, und Eike Hallitzky hat sich persönlich dafür eingesetzt und war dabei erfolgreich. Zum Beispiel wird das Wasser nicht unterhalb des Stauwerks bezogen, sondern aus dem Speicherbecken. Das ist ökologisch viel weniger ein Eingriff als vorher. Das ist mit sein Verdienst. Er hat sich für Riedl eingesetzt, und das bitte ich einfach zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schuberl, fürs Schönreden sind Sie wahrlich nicht bekannt.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ich nehme es selbstverständlich zur Kenntnis, sage Ihnen aber auch: Erstens bin ich gespannt darauf, ob er Mitglied bei den GRÜNEN bleibt. Zweitens, lieber Kollege Schuberl, entscheidet die Meinung des Herrn Hallitzky nicht über Bayerns Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Singer, bitte.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben die explodierenden Sozialkosten angesprochen, die unsere Bezirke belasten. Ich sage Ihnen: Die schlagen jetzt über die Bezirksumlage auch auf unsere Landkreise und letztlich auf die Kommunen durch. In der letzten Legislatur habe ich von diesem Rednerpult aus deutlich angesprochen, dass mit dem Bundesteilhabegesetz und mit den Landesteilhabegesetzen ein Bürokratiemonster geschaffen wird. Es wurden zusätzliche Personalstellen geschaffen. Hier sind Kosten entstanden, die einfach unfassbar sind. Davor hatte ich schon vor Jahren gewarnt.

Jetzt würde mich interessieren: Wieso hat Ihre Partei, die FREIEN WÄHLER, hier eine solche mehrjährige Reaktionszeit, um dieses Problem auch endlich zu erkennen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Singer, Sie werden verzeihen, dass ich nicht jeden Ihrer Redebeiträge aus der letzten Legislaturperiode auswendig kenne und abrufen kann. Immerhin haben Sie verstanden, wie das System von Belastungen der Bezirke, Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden funktioniert. Was Sie nicht verstanden haben, ist: Das Bundesteilhabegesetz wird im Deutschen Bundestag verabschiedet, und dort sind die FREIEN WÄHLER leider noch nicht vertreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Fraktionsvorsitzender Holger Gießhammer für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der SPD)

Holger Gießhammer (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Mi-

nisterpräsident, wer heute eine Regierungserklärung hält, der muss Antworten geben auf die großen Fragen unserer Zeit: Wie sichern wir Arbeitsplätze? Wie halten wir Bayern wirtschaftlich stark? Wie entlasten wir Familien, und wie gewinnen wir Vertrauen in unsere Demokratie zurück?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat er gesagt! Das war alles drin!)

Deshalb haben viele Menschen heute genau hingehört, nicht nur hier im Hohen Haus, sondern auch draußen an den Bildschirmen und im Land. Denn die Menschen merken doch längst, dass die Herausforderungen größer werden. Die Preise steigen, viele Betriebe stehen unter Druck. Familien überlegen sich zweimal, ob am Ende des Monats noch genügend übrig bleibt, und Beschäftigte sorgen sich um ihre Zukunft.

Viele Menschen fragen sich inzwischen ganz grundsätzlich, ob Politik ihre Lebensrealität überhaupt noch versteht. Aber, Herr Ministerpräsident, genau deshalb verwundert diese Regierungserklärung auch so sehr. Denn all das, worüber Sie heute gesprochen haben, hätten wir eigentlich auch schon bei den Haushaltsberatungen diskutieren können und müssen. Dort wurden die politischen Leitlinien für die kommenden Jahre beschlossen, dort hätte man Prioritäten setzen müssen, dort hätte man zeigen müssen, wie Bayern konkret zukunftsfähig gemacht wird.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Stattdessen erleben wir heute vor allem eines: eine große Söder'sche Inszenierung der Ernsthaftigkeit. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich begrüße das, und ich fand es gut, dass Sie auch auf uns zugegangen sind, auf die Fraktionen, und gesagt haben: Vielleicht habe ich an der einen oder anderen Stelle Fehler gemacht.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich hoffe, dass das keine Inszenierung bleibt, sondern dass diese neue Marschrichtung auch von Dauer ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den Dank, den wir von den Kollegen erhalten haben, zurückzugeben. Klaus Holetschek ist gerade hinausgegangen. An ihn, aber auch an Katharina Schulze, an die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN: Ja, wir arbeiten hier im Haus auch gerne zusammen, wenn es darum geht, für unsere Demokratie zu kämpfen, für unsere Demokratie einzustehen. Deshalb geht an der Stelle auch mein herzlicher Dank an Sie, an die demokratischen Fraktionen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Fraktion stimmen auch sehr oft Ihren Anträgen zu. Das ist mein Appell an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Legen Sie noch eine Schippe mehr drauf, stimmen Sie doch das eine oder andere Mal auch unseren Anträgen zu. Ich glaube, dann wird die Sache hier im Haus noch viel runder.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Rede ging es heute um Dialog. Es ging um Sozialpartnerschaft. Plötzlich ging es um einen neuen politischen Stil. Ja, Gespräche zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik wie am vergangenen Freitag sind wichtig. Natürlich ist es richtig, miteinander zu reden; aber die Menschen draußen erwarten inzwischen mehr als nur Gesprächsformate und neue Überschriften. Sie erwarten Ergebnisse, meine Damen und Herren. Trotzdem will ich eines ausdrücklich sagen: Dass Gewerkschaften und Arbeitgeber frühzeitig eingebunden werden sollen, ist richtig. Sozialpartnerschaft ist ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der SPD)

Gerade Bayern war immer dann stark, wenn wirtschaftliche Stärke und sozialer Zusammenhalt gemeinsam gedacht wurden; aber Sozialpartnerschaft bedeutet auch, Beschäftigte ernst zu nehmen. Gute Arbeit entsteht nicht allein durch schöne Worte auf Pressekonferenzen. Gute Arbeit entsteht durch faire Löhne, sichere Arbeitsplätze

und Investitionen in die Zukunft. Deshalb braucht Bayern jetzt keine Dauerinszenierung, sondern eine echte Investitionspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, genau deshalb reicht auch der jetzt angekündigte zusätzliche Transformationsfonds in Höhe von 500 Millionen Euro nicht aus. Ja, es ist richtig, dass die Staatsregierung endlich anerkennt, wie groß der Druck auf die Automobilindustrie und ihre Zulieferer inzwischen geworden ist; aber wir als SPD sagen auch: Diese Erkenntnis kommt spät. Wir haben bereits im Frühjahr 2025 mit unserer Bayern-Milliarde ganz konkrete Vorschläge vorgelegt, wie Bayern Elektroland Nummer eins werden kann und könnte: mit Investitionen in die Ladeinfrastruktur, mit Batterieforschung, autonomem Fahren, Weiterbildung und regionalen Transformationsnetzwerken; denn Transformation gelingt nicht mit Ankündigungen allein. Transformation braucht Tempo, Verlässlichkeit und den politischen Mut, frühzeitig zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Genau das hat die Staatsregierung zu lange vermissen lassen. Meine Damen und Herren, ja, Bayern ist wirtschaftlich stark, und wir können auch zu Recht stolz darauf sein; aber viele Menschen haben in der Zwischenzeit das Gefühl, dass diese Stärke in ihrem Alltag weniger ankommt. Sie arbeiten hart, sie übernehmen Verantwortung und halten dieses Land täglich am Laufen; aber gleichzeitig steigen die Belastungen: Wohnraum, das Wohnen wird teurer, Pflege wird teurer, der Alltag wird anstrengender. Genau deshalb stellen sich viele Menschen inzwischen eine einfache Frage: Für wen funktioniert dieses starke Bayern eigentlich noch? – 81 % der Bayerinnen und Bayern sagen in der Zwischenzeit, dass der Wohlstand in unserem Land ungerecht verteilt ist. Das ist ein deutliches Warnsignal. Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie immer mehr leisten müssen, während andere immer stärker profitieren, dann gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt, meine Damen und Herren. Deshalb

sagen wir als SPD klar: Starke Schultern müssen mehr Verantwortung tragen, damit die breite Bevölkerung entlastet werden kann.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, das sind die Unterschiede, ja!)

– Ja, Kollege Pohl, das ist so, und wir stehen auch dazu. Wir diskutieren jetzt in der Bundesregierung eine Einkommensteuerreform. Wir sind alle gespannt darauf. Wir hoffen, dass es ein großer Wurf wird. Wir müssen hier zwingend die kleinen und mittleren Einkommen entlasten, und die breiten Schultern sollten auch ein Stück weit mehr tragen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie beschreiben die Herausforderungen völlig richtig: Die internationale Konkurrenz wächst, China investiert massiv, die Industrie steht mitten im Wandel. Die Automobilbranche und ihre Zulieferer stehen unter enormem Druck; aber die Menschen erwarten von einem Ministerpräsidenten nicht nur Problembeschreibungen. Sie erwarten Lösungen, sie erwarten Führung, und sie erwarten Verlässlichkeit. Stattdessen erleben wir immer wieder und häufiger widersprüchliche Politik. Nehmen wir doch allein die Diskussion um die 1.000-Euro-Prämie für Beschäftigte. Erst unterstützen Sie die Prämie, dann wird sie im Bundesrat gestoppt und anschließend heißt es, man habe sie eigentlich nie gewollt.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Alle SPD-Länder haben abgelehnt!)

– Herr Ministerpräsident, so entsteht kein Vertrauen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: SPD-Länder!)

– So entsteht kein Vertrauen. Die Menschen wissen irgendwann nicht mehr, wofür Sie stehen.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Schwesig!)

Politik braucht Haltung und Klarheit, keine täglichen Rollenwechsel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Und noch etwas irritiert die Menschen: Sie sprechen über die Bundesregierung immer wieder beinahe so, als hätte die CSU mit all dem nichts zu tun; aber die CSU sitzt mit am Kabinetttisch in Berlin, sie trägt Verantwortung. Deshalb reicht es nicht, immer nur neue Forderungen zu formulieren. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer regiert, muss auch liefern, und das nehme ich auch für uns sehr gerne mit.

Wir als SPD sagen auch: Wer über Wettbewerbsfähigkeit spricht, muss auch über den Alltag der Menschen sprechen; denn was hilft die schönste Hightech-Strategie, wenn Familien keine bezahlbare Wohnung finden? Was hilft die nächste Zukunftsrede, wenn Krankenhäuser im ländlichen Raum unter Druck geraten?

(Michael Hofmann (CSU): Oh wei! – Petra Högl (CSU): Von Herrn Lauterbach vorgeschlagen!)

Was hilft das Gerede über Innovation, wenn Beschäftigte Angst um ihren Arbeitsplatz haben?

Liebe Kollegen, der Herr Lauterbach ist seit einiger Zeit nicht mehr Bundesgesundheitsminister.

(Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Sie haben dieses Ministerium jetzt in der Hand. Sie müssen sich jetzt irgendwann auch einmal wieder vom Kollegen Lauterbach verabschieden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn, dann müssen Sie das tun!)

Kollege Lauterbach ist Geschichte, und das Ministerium liegt jetzt in den Händen der CDU.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen wollen keinen politischen Dauerwerbespot. Sie wollen, dass ihr Leben besser wird. Ich möchte es noch einmal deutlich sagen: Nicht die Menschen da draußen sind das Problem, nicht die Beschäftigten in den Betrieben, nicht die Familien, die jeden Monat rechnen müssen, nicht die Handwerker, die Pflegerinnen, die Erzieher oder die Schichtarbeiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Menschen leisten jeden Tag ihren Beitrag, sie tragen Verantwortung, sie halten Bayern am Laufen.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist, dass notwendige Modernisierungen und Investitionen zu lange verschleppt wurden. Genau deshalb darf die Last des Wandels jetzt nicht einfach auf die Menschen abgewälzt werden.

Als SPD haben wir konkrete Vorschläge gemacht: Wir wollen Investitionen in Industrie, Handwerk und Zukunftstechnologien. Wir wollen die Transformation der Wirtschaft aktiv gestalten. Wir wollen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, und wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft ein starker Industriestandort bleibt; aber genauso wichtig ist doch: Die Menschen müssen spüren, dass Politik ihren Alltag erleichtert. Darum kämpfen wir für bezahlbares Wohnen, die kostenlose Kita und eine verlässliche Gesundheitsversorgung; denn wirtschaftliche Stärke allein reicht nicht. Bayern muss auch sozial stark bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern weiß ich, wo der Schuh drückt. Ich habe erst heute Morgen im Aufzug eine Reinigungskraft erlebt, die mir gesagt hat, sie müsse immer nachts arbeiten, weil sie diese Zuschläge so dringend braucht, ohne die sie hier sonst nicht mehr über die Runden kommt. Wir sollten diese Bedürfnisse

und diese Ängste der Menschen ernst nehmen. Politik darf diese Sorgen nicht nur analysieren, Politik muss handeln.

Deshalb reicht es auch nicht, immer neue historische Vergleiche zu ziehen oder vor Weimarer Verhältnissen zu warnen, wie Sie, Herr Ministerpräsident, das in Würzburg getan haben. Demokratie stärkt man nicht mit dramatischen Bildern. Demokratie stärkt man, indem Menschen wieder Vertrauen gewinnen, dass Politik ihr Leben konkret verbessert. Genau an diesem Punkt unterscheiden sich unsere politischen Vorstellungen stark. Sie sprechen immer wieder von der schwarzen Null und davon, dass Bayern das einzige Bundesland ohne neue Schulden sei. Natürlich ist solide Haushaltspolitik wichtig. Ich muss dem Finanzminister auch zugestehen, dass es ihn ein wenig ehrt, sich so für die schwarze Null und für die solide Finanzlage einzusetzen. Meine Damen und Herren, solide Haushaltspolitik bedeutet aber auch, notwendige Investitionen immer wieder voranzutreiben und nicht aufzuschieben. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Wandels muss ein starker Staat investieren, nicht irgendwann, sondern jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Brücken marode sind, Schulen saniert werden müssen und Wohnungen fehlen, dann kostet das Nichtstun am Ende deutlich mehr als mutiges Handeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen wollen keine tägliche Politikshow. Sie wollen sichere Arbeitsplätze, eine funktionierende Infrastruktur und einen Staat, auf den sie sich verlassen können. Dafür stehen wir als SPD.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein Bayern, das wirtschaftlich stark und sozial gerecht ist, ein Bayern, in dem sich Leistung lohnt, ein Bayern, in dem Familien entlastet werden, ein Bayern, in dem gute Arbeit Zukunft hat, und ein Bayern, in dem Politik nicht nur der eigenen Inszenierung dient, sondern Vertrauen schafft. – Vielen herzlichen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Kerstin Schreyer.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Grießhammer, ich fand Ihre Ausführungen schon spannend. Sie haben gesagt, die Drohung mit Weimarer Verhältnissen sei kein Beitrag für die Demokratie. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ihre Rede hat jetzt auch nicht dazu beigetragen, dass irgendjemand dieses demokratische System noch einmal für stärker hält.

(Volkmar Halbleib (SPD): Auf Ihre Rede bin ich gespannt!)

– Herr Halbleib, ich darf erst einmal anfangen, bevor Sie schon wissen, dass meine Rede schlecht ist. Geben Sie mir eine Chance, und lassen Sie mich erst einmal anfangen. Der Kollege ist schon fertig.

Sie beschreiben, es brauche Verlässlichkeit und Mut zum Handeln. Das finde ich genauso spannend. Ich dachte schon, Sie wollten unseren Ministerpräsidenten loben, weil er genau das dargestellt hat. Er hat in einer Tour dargestellt und analysiert, wo wir gerade stehen und wo wir hin wollen. Das war die Regierungserklärung. Ich verstehe nicht, warum Sie ihn nicht loben wollten. Als Beispiel nehme ich die 1.000-Euro-Prämie. Manuela Schwesig äußert sich deutlich dagegen. Sie sagt sehr deutlich, dass das nicht geht. Das ist nach meiner Kenntnis eine SPD-Ministerpräsidentin. Deswegen finde ich es schon etwas merkwürdig, wenn Sie das bei der CSU verorten wollen. Dennoch ist es so. Es war auch die SPD-Ministerpräsidentin, die sich sehr klar dagegen positioniert hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kollegin Schulze hat mehrere Punkte angesprochen. Frau Kollegin, uns eint sehr, dass wir beide für die Politik brennen. Ich möchte aber dennoch sagen, dass ich Ihr Bild von Bayern nicht so ganz verstanden habe. Ich weiß jetzt nicht, wie es den Kolle-

ginnen und Kollegen geht. Ich kenne nicht so viele Menschen, die 300 Wohnungen erben und dann ganz locker durchs Leben gehen. Ich kenne eher Leistungsträger in der Gesellschaft, die sich an unterschiedlichen Positionen durch das Leben kämpfen. Diejenigen Menschen, die 300 Wohnungen erben, kenne ich in der Menge nicht. Wenn es sie alle gäbe, dann wäre das wunderbar; dann hätten wir so manche Probleme, die wir in dem Land haben, nicht mehr. Wenn Sie sich um die Steuerfragen kümmern, wäre das auch ehrlich gesagt eine Bundesthematik. Steuerfragen sind an dieser Stelle nicht unsere Thematik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben aber auch Abhängigkeiten zu Diktatoren angesprochen. Ich erinnere an die Reise von Herrn Habeck nach Katar. Meines Wissens ist das nicht die rein gepflegte Demokratie. Offensichtlich scheinen das die GRÜNEN, wenn sie in den Ämtern sind, sehr wohl etwas differenzierter zu sehen. Als Ergebnis aus der Reise nach Katar ist nach meiner Kenntnis null herausgekommen, außer dass wir als Deutsche dort hingegangen sind und den Bückling gemacht haben. Das war grüne Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte gerne auf die Positionierungen eingehen und mich noch einmal beim Ministerpräsidenten dafür bedanken, dass Sie das Thema Wirtschaft heute so zentral in den Fokus gesetzt haben; denn Wirtschaft und Energie treiben uns miteinander um. Ich selber komme aus dem Sozialbereich. Ich möchte deutlich betonen: Für Soziales haben wir das Geld nur dann, wenn Wirtschaft funktioniert. Die Wirtschaft steht im Moment vor riesigen Herausforderungen. Angesichts dieser riesigen Herausforderungen können wir uns vom Bund nicht abkoppeln. Die Zahlen zeigen – der Herr Ministerpräsident hat es formuliert –, wo wir überall in der Wirtschaft ganz vorne mitspielen. Dennoch ist der Deutschlandtrend ein anderer. Wir können uns in Bayern nicht abkoppeln. Wir müssen uns überlegen, an welchen Rädchen und Schraubchen wir drehen können, damit wir unsere Wirtschaft entsprechend unterstützen. Hiobsbot-

schaften wie der Irankrieg machen natürlich etwas mit der Wirtschaft. Sie verändern Lieferketten, Situationen, Bürokratie und all diese Fragen. Deswegen wird es wichtig sein, der Wirtschaft klar zu vermitteln: Wir sind an eurer Seite. Auf der anderen Seite müssen wir überlegen, an welchen Schraubchen wir drehen können.

Liebe Frau Schulze, das ständige Schlechtreden liefert dazu keinen Beitrag. Stattdessen müssen wir in diesem Land Mut und Zuversicht verströmen. Wir müssen versuchen, die richtigen Weichen zu stellen. Ich glaube, wir sind in Bayern an vielen Stellen wirklich sehr gut unterwegs.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Laut Konjunkturbericht des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages ist der Stellenabbau da. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu reden. Schlagen wir die Zeitung auf, kriegen wir auch mit, dass es in der Industrie schwierig ist. Die Industrie ist für uns in Bayern sehr wichtig, weil sie 25 % der Bruttowertschöpfung in Bayern ausmacht. Deshalb müssen wir sehr aufpassen. Wenn es der Industrie schlecht geht, geht es uns allen miteinander schlecht. Zu den Themen Industrie und Mittelstand wird der Kollege nachher noch sprechen. Zum Industriebereich, auf den ich jetzt noch einmal eingehen möchte, sage ich deutlich: Da müssen wir hinschauen. Die Automobilindustrie ist angesprochen worden. Wer hat sich denn alles gekümmert? Wer war denn dort? – Liebe Martina Gießübel, lieber Alfred Grob, wir waren von parlamentarischer Seite immer vor Ort. Wir sind doch bei den Unternehmen. Wir versuchen, unseren Teil als einfache Abgeordnete beizutragen. Wir sind in den Gesprächen. Dankenswerterweise zeigt der Ministerpräsident dort auch maximale Unterstützung. Ich weiß jetzt nicht, wo die Unterstützung der GRÜNEN ist. Dort höre ich immer nur Genöle. Ich höre Sie nicht sagen: Wir gehen technologieoffen an die Dinge heran. Wir unterstützen die Unternehmen. Wir sind bereit, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite auszumitteln. Das wird zwar formuliert, aber es passiert doch eigentlich nur auf der Regierungsseite. An dieser Stelle möchte ich den zuständigen Ministern Aiwanger und

Scharf ganz herzlich danken. Es funktioniert nur, wenn man in einem Miteinander ist. Dieses Miteinander muss von Vertrauen geprägt sein. Es ist das Wesen dieser Staatsregierung und auch schon der vorhergehenden, dies in den Fokus zu stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Mittelstand ist unser Rückgrat. Das müssen wir immer sehen. Er braucht weniger Gängelung, mehr Spielraum und mehr Vertrauen. Wir müssen die Innovationskraft sehen, die in diesem Land vorhanden ist. Wir müssen die Unternehmerinnen und Unternehmer befähigen und entfesseln. Wir dürfen sie einfach nicht blockieren. Deswegen war es so wichtig, beim Bürokratieabbau so stark voranzugehen. Der Kollege Nussel und der Kollege Vogel sind beide intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Gerade in der Start-up-Szene ist es doch relevant, den Bürokratieabbau ernst zu nehmen. Ein Start-up kann nicht erst 37.000 Formulare ausfüllen; man muss einfach mal machen dürfen. Das ist doch das Wesen eines Start-ups. In Bayern scheint es offensichtlich besser zu laufen. Wir haben Berlin abgehängt. Wir sind deutschlandweit auf Platz eins. Platz eins ist sehr solide. Da hilft auch das Genöle, das wir vorhin gehört haben, nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn die anderen Fraktionen in den Fragen der Wettbewerbsfähigkeit, der Unternehmensbesteuerung und der Senkung der Produktionskosten helfen wollen, wäre ich durchaus sehr froh darüber. Dazu habe ich jedoch nichts gehört. Ich höre immer nur, was alles schlecht läuft und schief läuft, aber Lösungsvorschläge habe ich nicht gehört.

Wichtig ist natürlich auch die Frage der Energie: Ist sie zuverlässig vorhanden? Ist sie bezahlbar? – Das sind die Dinge, die die Wirtschaft umtreiben, genauso wie die Frage der flexiblen Arbeitszeiten. Das sind alles Stellschrauben, an denen wir drehen können. Aber das müssen wir als Gesellschaft entscheiden. Und ja, das bedeutet natürlich auch, dass es nicht jedem dadurch immer besser geht. Aber wenn es der

Wirtschaft gut geht, wird es uns allen miteinander besser gehen. Genau deswegen ist es wichtig.

Die Entbürokratisierung habe ich gerade schon angesprochen. Man kann es sich anschauen: Die Erhebung des Bundesverbandes der Freien Berufe sagt, dass Freiberufler 27 % ihrer Arbeitszeit für bürokratische Aufgaben aufwenden. 27 %! Das heißt, sie machen 27 % der Zeit nichts anderes, als unsere Bürokratie zu bearbeiten. Genau deswegen war es so wichtig, dass das Kabinett die Modernisierungsgesetze auf den Weg gebracht und gesagt hat: Wir schaffen Bürokratie ab. Wir probieren einmal etwas aus. Wir sind in der Lage, Modellregionen zu entwickeln. Wir wollen einfach einmal ausprobieren, ob es auch mit weniger Bürokratie geht.

Was war das Ergebnis, als wir den Gesetzentwurf im Wirtschaftsausschuss diskutiert haben? – 50 Änderungsanträge, und bei jedem Bericht wusste man, warum genau dieser eine so zentral für die Welt ist und wir ihn noch brauchen. Es war wirklich erschreckend. Wenn nicht die beiden Regierungsfaktionen gesagt hätten, sie verzichten darauf, hätten wir nichts gewonnen. Die Wirtschaft hat aber keine Zeit, darauf zu warten, dass wir Bürokratie abbauen. Die Wirtschaft hat verdient, dass wir jetzt und nicht irgendwann handeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich die Aussage des Kollegen Gießhammer ernst nehme, der vorhin sagte, Bayern solle Industriestandort bleiben, gehe ich davon aus, dass wir, wenn die nächste Runde der Modernisierungsgesetze kommt, flammend einstimmige Ergebnisse kriegen, um dieses Land wirklich voranbringen zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine technologieoffene Energiepolitik. Technologieoffen heißt, dass wir alles, was da ist, in irgendeiner Form nutzbar machen müssen. Es geht, ehrlich ge-

sagt, auch gar nicht anders, weil wir die Energie brauchen. Es nützt nichts, wenn wir dann sagen, dass uns das eine nicht gefällt und das andere auch nicht.

Frau Kollegin Schulze, Sie hatten vorhin so ein Battle mit dem Kollegen Hofmann zur Fragestellung der Wasserkraft. Ich erinnere mich noch an ziemlich viele Diskussionen, in denen immer wieder infrage gestellt wurde, ob wir denn den Fischen genügend Rechnung tragen. Ich kann Ihnen sagen: Ich liebe Tiere. Wir haben Fischtreppe und alles Mögliche, was geht. Ich kann Ihnen trotzdem bei der Wasserkraft nie abschließend zusichern, ob Fisch Karl-Otto die letzte Treppe noch gefunden hat oder ob er, falls nicht, dem eventuell leider Gottes zum Opfer fällt. Die Wasserkraft ist ein zentraler Bestandteil. Ich freue mich sehr darauf, wenn wir wieder die Debatte haben, wo wir Wasserkraft nutzen und Fisch Karl-Otto wieder einmal eine große Rolle spielen wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wichtig wird am Ende sein: Wir brauchen die Stromversorgung, wir brauchen die Sicherheit, wir brauchen die Netzstabilität, wir brauchen ein ausbalanciertes System, weil es natürlich um grundlastfähige Energien und die Speicher gehen muss. Insofern wollen wir die ideologiegetriebenen Geschichten nicht. Wir wollen entsprechend offen sein. Wir nehmen in Bayern die Herausforderungen an, und eine Herausforderung heißt: erneuerbare Energie nutzen, ohne die anderen Energieformen zu verteufeln, und alles so organisieren, dass die Netze das dann auch aufnehmen. Das wird eine der großen Herausforderungen der Zukunft sein: Wie schaffen wir es, dass die Netze so fit sind, dass sie wirklich alles entsprechend aufnehmen können?

Das ist eine riesige Herausforderung, nicht nur bei den Erneuerbaren, sondern generell, und natürlich auch die Speicherfähigkeit. Deswegen ist es so wichtig, dass im Haushalt Geld vorhanden ist und wir in der Wissenschaft immer weitergehen, damit wir besser speichern können. Es nützt nichts, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Wir müssen die Energie speichern können. Wir müssen es

schaffen, dass wir sie immer haben. Gerade die Wirtschaft kann es sich nicht leisten, dass die Energie irgendwann da ist. Ich kann dem Bäcker nicht sagen: Backe deine Brötchen bitte zu einer anderen Uhrzeit. – Er wird sie dann backen müssen, wenn er sie braucht. Genauso ist es bei der Industrie und allen anderen auch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Elektromobilität ist angesprochen worden. Die Elektromobilität ist Zukunft. Ich selbst gehöre auch zu denen, die ein E-Auto fahren. Ich möchte dazu sagen: Wir müssen nicht alles andere verteufeln; sondern wichtig ist, dass wir hier technologieoffen denken. Jedem doch bitte das Seine. Wenn man täglich sehr weite Strecken mit dem Auto fahren muss, überlegt man nun einmal anders und muss das anders planen. Wenn man im städtischen Bereich unterwegs ist, schaut es wieder anders aus. Ich bitte einfach darum, dass wir uns auf Technologieoffenheit verständigen. Der Markt wird auch regeln, was wir abgreifen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vorher wurde der Ausbau der Ladeinfrastruktur angesprochen. Genau, damit muss es weitergehen. Da haben Sie völlig recht, Herr Kollege. Deswegen bin ich auch sehr stolz, dass Bayern nach wie vor auf Platz zwei ist. Sie können mir jetzt vorwerfen, dass wir nicht wie immer auf Platz eins sind. Aber natürlich ist der Ausbau nicht nur eine politische Aufgabe; sondern es ist auch die Aufgabe, gemeinsam mit Unternehmen zu überlegen, wie man es löst. Das wird Politik nicht alleine lösen, sondern das geht nur miteinander. Dennoch wird die Energiefrage nach wie vor eine große Frage sein, weil wir die ganzen Dinge – Wärmewende, Großverbraucher, Rechenzentren – brauchen.

Ich würde gerne noch ansprechen, dass wir sehr stolz auf all das sein können, was im Hightechbereich passiert. Wenn wir uns den Hightechbereich anschauen – ich selber darf Stimmkreisabgeordnete in Taufkirchen und Ottobrunn sein –, sehen wir, dass es wirklich sensationell ist, was da alles in Luft- und Raumfahrt entsteht; nicht

nur dort, sondern Oberpfaffenhofen sei selbstverständlich ergänzt. Ich weiß noch, was wir hier für Debatten hatten. Aber wenn wir in diesem Bereich jetzt nicht so stark wären, würde es uns heute wirtschaftlich ganz, ganz anders gehen. Das haben wir, mit Verlaub, schon maßgeblich unserem Ministerpräsidenten zu verdanken, der dieses Thema ganz klar vorangetrieben hat, als manch anderer es noch nicht auf dem Schirm hatte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ebenso der Biotechbereich: Ich darf in meinem Stimmkreis auch für Martinsried zuständig sein und möchte einfach an der Stelle sagen, dass das genau das gelungene Beispiel ist mit LMU, IZB und BioM. Dort passiert genau das, womit wir auch weltweit operieren können. Genau das hat die Staatsregierung im Blick.

Ich fasse zusammen: Es geht nicht darum, immer zu jammern. Es geht darum, auch einen Blick nach vorne zu werfen. Genau das hat die Staatsregierung gemacht. Der Herr Ministerpräsident hat sehr klar dargestellt, wo wir stehen, wohin wir wollen und welche Maßnahmen dafür nötig sind. Ich danke der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER-Fraktion, dass wir den Kurs unbeirrt weitergehen – für Bayern und nicht für Nöler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen, Herr Ministerpräsident! Diese Regierungserklärung war kein besonderes Zeichen einer Stärke. Sie war kein großer Wurf. Vor allem enthielt sie nichts Neues. Sie kam wohl eher aus einer gewissen Nervosität. Es war eben keine Rede

für Bayern, sondern meines Erachtens eine Rechtfertigungsrede für eine scheiternde Koalition in Berlin, ein schlechter Versuch, die Situation in Berlin noch schönzureden.

Kanzler Merz kommt in aktuellen Umfragen auf Zufriedenheitswerte von um die 13 %, und die AfD wächst in Bundesumfragen Richtung 30 %. Das liegt auch daran, dass die Bürger in Deutschland einfach verstehen, dass es so nicht weitergehen kann. Die CSU in Bayern versucht gleichzeitig, die schwächelnde Koalition in Berlin zu stabilisieren. Aber der Bürger in Deutschland hat dieser Koalition längst gekündigt, und man kann von München aus nicht glaubwürdig konservativ daherreden und in Berlin gemeinsam mit den Genossen von der SPD sozialistische Politik mitbestimmen.

(Beifall bei der AfD)

Sie blinken in Bayern nach rechts, kopieren unsere Politik, und in Berlin wird dann wieder links abgebogen.

Das Problem der CSU und der Koalition in Berlin ist ja kein Kommunikationsproblem. Es ist inzwischen ein strukturelles Glaubwürdigkeitsproblem. Schauen wir uns doch bitte einfach einmal an: Wo waren Sie als CSU denn immer dabei? – Sie haben mitgemacht beim Atomausstieg, bei Merkels Migrationspolitik, bei der Energiewende, beim Druck auf den Verbrennermotor. Da waren doch Sie von der CSU immer ganz vorne dabei, und heute versuchen Sie, sich selbst als Korrektiv der eigenen Fehler zu verkaufen. Sie haben diese Krisen auf bayerischer Ebene und auf Bundesebene mit verursacht und versuchen jetzt, sich als Retter in der Not hinzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzter Herr Kollege Söder, das merkt doch der Bürger. Bei Ihnen weiß man oft nicht, ob Sie gerade eine politische Überzeugung darstellen oder Sie uns gerade den Zwischenstand einer aktuellen Meinungsumfrage mitteilen. Erst wettern Sie gegen Kernkraft, dann sind Sie auf einmal wieder dafür. Erst nehmen Sie die Klimarhetorik der GRÜNEN auf, hetzen gegen den bayerischen Verbrenner und wollen ihn abschaf-

fen, dann wollen Sie plötzlich den Verbrennungsmotor retten und fordern Reformen. Wenn sich die Windräder in Bayern nur halb so schnell, konsequent und gleichmäßig drehen würden wie Ihre Meinung, hätten wir unser Energieproblem längst gelöst.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen, Physik und Chemie halten sich nicht an Regierungserklärungen. Eine Industrienation braucht verlässliche, bezahlbare und vor allem grundlastfähige Energie. Es ist schön, dass das inzwischen auch bei der Regierung angekommen ist, wie Sie heute in der Regierungserklärung dargestellt haben. Trotzdem wurden die Kernkraftwerke abgeschaltet, ohne einen Ersatz dafür zu haben. Trotzdem hat man aus politischen und ideologischen Gründen auf günstiges russisches Gas verzichtet, ohne einen tragfähigen Ersatz dafür zu haben. Gleichzeitig wünschen Sie sich Elektromobilität, Wärmepumpen, Rechenzentren, Industrieproduktion und sagen, Sie wollen weiterhin in der ersten Reihe mitspielen. Aber dafür brauchen Sie Energie. Die Rechnung geht doch nicht auf. Sie können die Physik nicht überlisten und umgehen, die Chemie nicht verbieten und die Grundlast nicht einfach herbeireden. Ein Industrieland braucht günstige, grundlastfähige Energie und keine grüne Utopie.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, Sie haben BMW angesprochen: Es ist wirklich ein Vorzeigebispiel im Vergleich zu manch anderem Autobauer, wenn wir einmal Richtung Stuttgart und auf den dortigen Gewinneinbruch von über 90 % blicken. Bei BMW läuft es deutlich besser. Aber warum ist das so? – Es ist deshalb so, weil die Bayerischen Motorenwerke nicht auf Ihre Regierungserklärungen gehört haben, die Sie noch vor Jahren abgegeben haben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! So ist es!)

Die Bayerischen Motorenwerke haben industriepolitische Vernunft bewiesen und festgestellt, dass sie Autos bauen und verkaufen und keine Regierungserklärungen ver-

kaufen müssen. Sie haben deshalb entschieden, den Verbrenner weiterzuentwickeln, die Hybridtechnik weiter verbessert sowie das Elektrofahrzeug angeboten und in hoher Zahl verkauft. Das ist gelebte Technologieoffenheit und etwas ganz anderes, als Sie in den letzten Jahren von diesem Rednerpult aus gefordert haben. Das ist bayerische Stärke. Ich finde es toll, dass Sie nun nach Jahren diese Technologieoffenheit wiederentdeckt haben. Da schließt sich der Kreis. Es ist wie bei vielen Positionen von Ihnen: Sie drehen sich ein paar Jahre lang langsam im Kreis und kommen dann wieder bei der AfD-Position an. Das finden wir gut.

(Beifall bei der AfD)

Es ist gut, wenn man erkennt, dass Unternehmen besser als Politiker wissen, was sie produzieren können und wie und zu welchem Preis sie es verkaufen sollen. Unsere Hausbesitzer wissen ebenfalls am besten, welche Heizung zu ihrem Haus passt. Die Kunden wissen am besten, welches Auto zu ihnen passt. Sie wissen das besser als irgendwelche grünen Ideologen.

Trotzdem setzen Sie in diesem Hohen Haus immer wieder auf sozialistische Planwirtschaft mit grünem Anstrich und schwarzer Beteiligung. Wir können die bundesweite und bayerische wirtschaftliche Lage nicht nur schönreden. Wir verzeichnen inzwischen bundesweit wieder eine Inflation von knapp 3 %. Die Wirtschaft wächst nicht mehr. Sie kommt nicht vom Fleck.

Herr Markus Söder, Bayern unter Ihnen – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): prosperiert!)

– Wie bitte?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bayern prosperiert!)

– Nein. Frau Kollegin, wir hatten eine Arbeitslosigkeit von 2,8 %. Sie feiern nun gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten eine Quote von über 4 %.

(Beifall bei der AfD)

Wir stehen besser da als andere Bundesländer,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Absolut!)

aber wir prosperieren nicht. Sie sehen selbst, wie unsere Kommunen unter den Kosten und Sozialkosten ächzen. Frau Kollegin, Sie verkaufen uns Stagnation als Aufschwung und Erfolg. Aber die Bürger merken doch an der Supermarktkasse und spätestens bei der Miete, beim Tanken und beim Handwerker, dass die Realität ganz anders aussieht. Wo bleiben denn bitte die Entlastungen?

Herr Ministerpräsident Söder, Sie haben die ungesteuerte Migration, diese Massenmigration ebenfalls angesprochen. Sie freuen sich schon, dass diese reduziert wurde. Wir wollen sie ganz einfach beenden. Ich möchte es noch einmal klar sagen, damit die AfD nicht wieder absichtlich falsch verstanden wird: Wir haben nichts gegen legale Migration. Wir haben nichts gegen Menschen, die hier arbeiten, unsere Gesetze achten, Steuern zahlen und Teil unseres Gemeinwesens werden.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die Gesetze zu achten ist eher Ihr Problem!)

Das Problem ist die illegale, ungesteuerte Massenmigration in einen bereits überforderten Sozialstaat, der dabei zusieht, wie die eigenen Regeln nicht mehr konsequent vollzogen werden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Horst Seehofer sprach hier einst noch von einer "Herrschaft des Unrechts". Ich sage es Ihnen auch als Volljurist mit der Befähigung zum Richteramt:

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Abstrakte Befähigung!)

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, bei dem ich hier in München noch Vorlesungen gehört habe, hat damals die tiefe "Kluft

zwischen Recht und Wirklichkeit" angesprochen. Geschätzte Kollegen, das war keine rechte Polemik, sondern eine rechtsstaatliche Warnung von einer Koryphäe des Verfassungsrechts. Sie haben diese Warnungen in den Wind geschlagen.

Wir wollen eine Beendigung der illegalen Massenmigration und können uns nicht darüber freuen, wenn die Zahlen etwas besser geworden sind. Wir sehen schon heute überforderte Kommunen, belastete Schulen und den Druck auf den Wohnungsmarkt. Die Sozialkassen sind leer, und wir haben ein immer größer werdendes Sicherheitsproblem. Geschätzte Kollegen, ein Messerverbot an einem Bahnhof ersetzt keinen funktionierenden Rechtsstaat.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, ich muss auch Folgendes ansprechen: Sie haben uns vor Kurzem als "schlimmste rechte Organisation in Europa" bezeichnet, Gott sei Dank nicht heute hier im Hohen Haus, und fordern Veränderungen von uns. Aber gleichzeitig übernehmen Sie bei der Kernkraft, beim Verbrenner, bei der Migration und bei der inneren Sicherheit immer wieder unsere Positionen, für die Sie uns in den letzten Jahren immer wieder angefeindet haben.

(Beifall bei der AfD)

Sie bekämpfen die AfD rhetorisch, aber die Realität, die Naturgesetze und die Wirklichkeit zwingen Sie immer wieder zur Übernahme von AfD-Positionen, die Sie vorher diffamiert haben.

Geschätzte Kollegen, die CSU ist nicht auf dem absteigenden Ast, weil die Bürger konservative Politik ablehnen, sondern weil sie merken, dass die CSU das verspricht, was die AfD tatsächlich halten wird und die CSU immer seltener liefert.

(Lachen bei der CSU – Alexander Flierl (CSU): Hoho! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gelächter! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist Putin konservativ?)

Wir benennen die Fehler Ihrer Politik. Bayern braucht keine CSU, die rechts blinkt und dann links abbiegt, sondern eine AfD, die

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nach Moskau fährt!)

das tatsächlich umsetzt, was Sie versprechen.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl von den GRÜNEN vor. Bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Singer, Sie haben gesagt, Sie wollen gar nicht alle Ausländer aus Deutschland vertreiben,

(Unruhe bei der AfD)

sondern nur die Illegalen oder die Straftäter loswerden. Es gibt einen fast einstimmig gefassten Beschluss der AfD Bayern, wonach Sie zum Schutz der "autochthonen Völker" Europas Millionen von Ausländern aus Deutschland vertreiben wollen. Es gab in Deutschland 2024 jedoch nur 220.000 ausreisepflichtige Ausländer, wovon 80 % geduldet sind und nicht abgeschoben werden können. Selbst wenn man diese alle abschieben könnte, ist die Zahl 220.000 immer noch weit von den angekündigten Millionen entfernt. Wer sind denn diese Millionen, die Sie abschieben und vertreiben wollen? Oder distanzieren Sie sich von diesem Beschluss?

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Herr Schuberl, Sie versuchen uns immer wieder in eine Ecke zu stellen,

(Zuruf von der CSU: In der Sie stehen!)

in die wir nicht gehören. Ich hatte es Ihnen gerade erklärt, dass wir gegen die illegale Massenmigration sind.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Es geht darum: Schieben wir doch erst einmal diejenigen ab, bei denen Sie selber damit einverstanden wären; dann haben wir schon ein paar Zehntausend abgeschoben, Zehntausende auf die Weise.

(Beifall bei der AfD)

Dann müssen wir die Duldungstatbestände einmal auf den Prüfstand stellen und schauen, ob all diejenigen, die sagen, dass sie gar keine Papiere haben, nicht doch noch irgendwo Papiere haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wo sind die Millionen?)

Wir müssen an die Duldungstatbestände. Da haben wir dann schon einmal Hunderttausende beieinander.

Als Nächstes müssen Sie schauen: Wer ist gerade in unser Sozialsystem eingewandert? Irgendwann wird der Konflikt in der Ukraine vorbei sein. Dann haben wir die nächste Million. Dann sind wir also schon bei Millionen. Das ist überhaupt kein Problem in diesem Land.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh! – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie wollen die Ukrainer abschieben!)

– Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich bin jetzt schon bei über einer Million, Herr Kollege, wenn Sie mal nachgerechnet haben!

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Mit den Ukrainern ist es nur eine Million! Wer noch?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner: Kollege Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, bitte schön.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Herr Ministerpräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erstmal beim Ministerpräsidenten bedanken für den ganz klaren Plan, Bayern 2030 und auch in Zukunft noch besser aufzustellen, als es jetzt schon ist. Denn wir, die Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU, haben in den letzten Jahren gezeigt, dass wir Krisen meistern können, auf die Herausforderungen kluge Antworten haben und gemeinschaftlich daran arbeiten, unser wunderschönes Bayernland noch besser zu machen. Vielen lieben Dank für Ihre Visionen, für die Themen, die Sie heute angebracht haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, die aktuelle Zeit, wenn man die Nachrichten anschaut, ist nicht ganz einfach. Da gibt es vieles zu verdauen. Ich bin ein Kind der 1990er-Jahre, aufgewachsen in einem Bildungssystem, das seinesgleichen gesucht hat, in einem Gesundheitssystem, das robust dagestanden ist, mit einem Zukunftsversprechen meiner Eltern, der Babyboomer. Ja, diese Phasen, in denen wir jetzt sind, sind anders als in den 1990er-Jahren.

Dennoch sage ich ganz klar: Die jetzige Zeit ist die Zeit, in der ich meine Kinder aufwachsen sehen möchte. Die Herausforderungen sind zwar da, aber die Chancen und Möglichkeiten, die wir haben, sind doch viel größer, als sie je waren. Deswegen ein klares Bekenntnis zu unserem Freistaat und auch ein ganz klares Bekenntnis zu den Maßnahmen, die wir als Freistaat jetzt ergreifen werden.

Ich habe dieses ewige Schlechtreden vonseiten der Opposition langsam satt. Liebe Kollegin Schulze, lieber Kollege Gießhammer, es ist Ihr gutes Recht, als Opposition zu kritisieren. Das dürfen Sie. Aber wenn Sie Ihre komplette Redezeit eigentlich nur dahin gehend verschwenden, zu kritisieren, welche Pläne wir als Freistaat Bayern auflegen, wohin wir unser Geld dann gewinnbringend investieren, dann verstehe ich nicht: Warum nutzen Sie denn nicht auch die Möglichkeiten, hier am Rednerpult eigene Visionen zu bringen? Da ist nämlich Fehlanzeige. Warum bringen Sie denn nicht auch in den Haushaltsdebatten vernünftige Ideen und Ansätze an,

(Holger Grießhammer (SPD): Jede Menge! – Volkmar Halbleib (SPD): Zuhören!)

die auch refinanzierbar sind, anstatt in jedem Haushaltsposten eine Milliarde Euro on top zu fordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist keine solide Politik. Das ist Politik, die den Menschen vorgaukelt, man würde einfache Lösungen auf komplexe Probleme haben.

Das ist nicht der Ansatz der Bayernkoalition, denn wir zeigen, wie es geht. Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, wie es geht. Diese Regierung in Bayern ist eine Blaupause, die auch in anderen Bundesländern funktionieren würde. Diese Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN ist eine Regierung, die Deutschland guttun würde und auch Europa guttun würde und die, da können Sie mir glauben, auch in den Folgejahren nach 2028 Bayern und den Menschen guttun wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Klaus Holetschek hat es angesprochen: Wir brauchen eine Veränderung im Mindset. Wir müssen von dieser imminenten Finger-Pointing-Fehlerkultur, in der wir gerade leben, wegkommen. Wir brauchen wieder mehr Mut zur Eigenverantwortung, weniger Nanny-Staat. Wir müssen die Menschen wieder dazu bringen, dass man erst mal vor der eigenen Haustür kehrt, bevor man den Schuldigen bei anderen sucht. Das ist Entbürokratisierung, die die Menschen voranbringt, wenn wir uns in den Rathäusern, in den Landratsämtern, in den Behörden nicht immer wieder überlegen müssen, wie wir uns rechtssicher aufstellen, weil irgendeiner vielleicht klagen könnte, sondern den gesunden Menschenverstand walten lassen können.

Wenn bei einem Feuerwehrfest ein Kind auf ein Feuerwehrauto klettert, vielleicht runterfällt und sich den Fuß aufschürft, hat man früher gesagt: Da lernst du etwas fürs Leben. – Heutzutage sucht man beim Kommandanten die Schuld, weil vielleicht das

Feuerwehrfahrzeug nicht richtig abgesperrt war oder kein großes Schild "Eltern haften für ihre Kinder!" aufgestellt worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Da müssen wir ansetzen. Da können wir demokratischen Fraktionen weiterhin ansetzen und uns die Hände reichen.

Natürlich wollen wir die Transformation der Wirtschaft. Wir haben jetzt einen guten Weg skizziert. Natürlich wollen auch wir als FREIE WÄHLER den Boost in die erneuerbaren Energien bringen. Aber, und das ist der Denkfehler, den die Ampel gemacht hat und den jetzt die GRÜNEN hier im Bayerischen Landtag fortführen: Wir können nicht einseitig alles auf die Karte der Erneuerbaren setzen und gleichzeitig die Menschen und unsere Industrie verlieren.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das haben wir nicht gemacht!)

Damit sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen. Dann haben wir zwar grüne Energie, aber sind Entwicklungsland Nummer eins, meine Damen und Herren. Das ist keine Politik, die das Qualitätssiegel des Freistaats Bayern trägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist Politik, die auf Papier gut klingt und mit der man vielleicht auf Social Media die Fridays-for-Future-Bewegung für sich gewinnen kann, aber nicht einen Freistaat lenken kann und schon gar nicht die Herausforderungen unseres Sozialstaates bewältigen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind doch alles leere Worte!)

Wir investieren in unseren Freistaat mehr als jedes andere Land, und das ohne neue Schulden. 17 % Investitionsquote, 6 Milliarden Euro in die Hightech Agenda. Wir investieren in die Computerbranche und in die KI. Wir unterstützen die Universitäten

dabei, die Transformation auch in den neuen Technologien voranzutreiben. Unsere Universitäten in München sind weltweit Spitzenreiter.

Wir investieren aber auch in Luft- und Raumfahrt, denn Luft- und Raumfahrt gehören zu Bayern wie das Bier zum Oktoberfest. Nicht umsonst ist einer der Gründer und Pioniere der Raumfahrtindustrie, Hermann Oberth, Wahlfranke gewesen, Wahlbayer gewesen. Die Raumfahrt kommt aus Bayern. Dementsprechend ist es wichtig und richtig, dass wir hier in Bayern weiterhin in Luft- und Raumfahrt investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jedes fünfte neue Start-up kommt aus der Region hier. Bayern ist Gründerland Nummer eins geworden. Die ganze Welt und die Branche schauen auf das, was Bayern macht. Die Rahmenbedingungen, die wir haben, lieber Staatssekretär Tobias Gotthardt, sind exzellent. Das Start-up-Council des Ministerpräsidenten, unter der Federführung von Staatsminister Herrmann dann weitergeführt, sucht seinesgleichen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Welcher Herrmann?)

– Florian Herrmann. – Wir machen Bayern noch besser. Wir schaffen noch bessere Rahmenbedingungen für die 24-Stunden-Gründung. Wir schauen, dass Risikokapital in Bayern noch besser investiert werden kann. Wir erleichtern Bürokratie und unterstützen Start-ups in der Gründungsphase. Nicht umsonst kommen die namhaften Start-ups in Deutschland aus unserer Region, weil wir in Bayern erkannt haben, dass mit einer guten Förderung auch in den jungen Phasen eines Unternehmens nachhaltig Wertschöpfung generiert werden kann.

Aber es ist auch ganz wichtig, dass wir die Jüngsten nicht vergessen. Da danke ich unserem Ministerpräsidenten ganz deutlich für das klare Zeichen, dass jedes Kind, das hier in Bayern aufwächst, wertvoll ist und unterstützt wird. Das beginnt bei der frühkindlichen Bildung. Da erwarte ich von den GRÜNEN, die transparente

Politik und Handreichung der Demokraten fordern, dann auch mal hier am Rednerpult eine Klarstellung, wenn aus den eigenen Reihen Fake News verbreitet werden. Was der grüne Oberbürgermeister auf Social Media verkündet, ist einfach falsch. Bayern streicht nicht die 100 Euro Unterstützung. Bayern kürzt nicht bei der Unterstützung der Kindergarteneinrichtungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir unterstützen und fördern in den nächsten Jahren mit drei Milliarden Euro bis 2030. Auch die 100 Euro Zuschuss für jeden Haushalt werden nicht gestrichen. Die werden bloß unbürokratischer, anders verteilt. Natürlich ist unsere Erwartungshaltung auch als FREIE WÄHLER, dass bei den Eltern spürbar keine Erhöhung der Kindergartenbeiträge kommt, sondern dass das, was aktuell brutto vom Konto abgeht, auch so bleibt. Damit investieren wir in die Kinder.

Wir investieren auch in die Bildungswege. Wir haben hier vor ein paar Wochen unsere Aktuelle Stunde zur Mittelschuloffensive der Kultusministerin vorgestellt. Auch da kam wieder nur Kritik, anstatt auch mal anzuerkennen, dass wir hier in Bayern richtige Akzente setzen, jede Schulform unterstützen und die Schulformen nicht im Wettbewerb stehen. Wir unterstützen jedes Kind auf dem individuellen Bildungsweg und fördern die Stärken der Kinder; denn es braucht nicht nur Akademiker. Es braucht genauso Handwerker, Pflegekräfte und Facharbeiter in unserem Land, um die großen Pläne, die wir haben, die realistisch sind, fortzuführen.

Ganz wichtig zum Abschluss – das möchte ich noch sagen –: Bayern ist auch im Bereich der Digitalisierung Spitzenreiter. Wir sind die Nummer eins bei der Verwaltungsdigitalisierung. Wir haben mit der Fördermanagementplattform des Digitalministeriums jetzt wirklich eine Entbürokratisierungsoffensive für diesen Förderdschungel mit den verschiedensten Fördertöpfen auf den Weg gebracht. An dieser Stelle kann aber noch nicht Halt sein, sondern wir müssen dorthin kommen, dass die Menschen, die mit dem Staat in Berührung kommen, auch spüren, dass etwas vorangeht. Bei

einer Paketbestellung kann man 24 Stunden am Tag tracken, wo sich das Paket gerade befindet. Dass man aber bei Berührungspunkten mit dem Staat nicht weiß, ob die E-Mail oder der Brief angekommen ist, offenbart noch Handlungsbedarf. Wir haben diesen Handlungsbedarf aber erkannt. Wir sind auf dem Weg, dass wir richtige Rahmenbedingungen setzen und Akzente für die Jahre ab 2030 treffen können.

Wenn wir es damit ernst meinen, diesen Staat gemeinschaftlich voranzubringen – da appelliere ich an alle demokratischen Kräfte –, sollte man nicht um der Kritik willen alles schlechtreden, was in dieser Regierungserklärung vorgetragen worden ist, sondern man sollte akzeptieren, dass es gute Ideen sind, die den Freistaat noch besser machen. Wir sollten uns auf der persönlichen Ebene immer einig sein und als Demokraten zusammenhalten und gegen Feinde von rechts oder links, die gegen das System sind, klare Kante zeigen. Deswegen vielen Dank für die guten Akzente. Ich habe ein gutes Gefühl, dass wir Bayern nachhaltig gestalten können. Ich freue mich auf die kommenden Jahre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Toni Schuberl von den GRÜNEN gemeldet.

Toni Schuberl (GRÜNE): Lieber Kollege Locke, das Ziel der Klimaneutralität hat in Bayern Gesetzesrang. Sie wollten dieses Ziel zuerst bis zum Jahr 2040 erreichen, nunmehr wollen Sie dieses Ziel bis zum Jahr 2045 erreichen. Bis dahin sind es jetzt weniger als zwanzig Jahre, die wir noch haben. Wie wollen Sie in Bayern bis zum Jahr 2045 Klimaneutralität erreichen, wenn man weiterhin den Einbau von Gasheizungen erlaubt und wenn weiterhin Autos mit einem Verbrennungsmotor gefahren werden dürfen? Wahrscheinlich begrüßen Sie es, dass die Bundeswirtschaftsministerin Gaskraftwerke bauen lässt, die nicht wasserstofffähig sind. Wie sieht die Lage im Jahr 2045 aus? Fahren wir dann noch Autos mit einem Verbrennungsmotor? Können wir dann noch Gasheizungen benutzen? Gibt es dann noch Gaskraftwerke, die nicht wasser-

stofffähig sind, oder sind sie dann alle verboten? Wird dann das Ziel der Klimaneutralität noch einmal gekippt? Ihr könnt nicht Ziele festlegen, aber daraufhin Maßnahmen beschließen, die der Erreichung des Ziels zuwiderlaufen. Die Maßnahmen müssen doch zum Ziel passen.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Schuberl, ich glaube, Sie haben mir gerade nicht zugehört. Ich stelle Ihnen eine Gegenfrage: Wie wollen Sie den Sozialstaat mit allen Herausforderungen, mit allen Forderungen, die Sie auch haben – Unterstützung der Kommunen, Finanzierung von Krankenhäusern usw. –, wenn wir mit einer einseitig ideologisch geprägten Energiepolitik unsere Wirtschaft kaputtmachen? Das ist keine sachliche Politik, sondern der Sargnagel für unseren Staat.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Gegenruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Deswegen müssen wir das eine tun und dürfen das andere aber nicht lassen. Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Wollt ihr Klimaneutralität oder nicht? – Martin Böhm (AfD): Nein! – Gegenruf: Klimaleugner AfD!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Regierungserklärung heute Morgen und der darauffolgenden Debatte verfestigt sich bei mir und vielleicht auch bei manch anderen der Eindruck, dass der Ministerpräsident heute eine Chance vertan hat.

(Zuruf: Wieso "heute"? – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Darin sind Sie ja Experten!)

– Wir konzentrieren uns mal auf den heutigen Tag. Ich bedanke mich für alle Zwischenrufe; denn sie zeigen, dass Sie aufmerksamen zuhören.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das mache ich immer!)

Denn er hat selbst gesagt: Keine Zeit für Rituale! – Ich finde, das ist eine gute Message. Wir haben daraufhin aber ein fast einstündiges politisches Ritual erlebt. Das war eine 45-minütige Zusammenstellung all dessen, was wir schon zweimal in den letzten drei Monaten gehört haben, nämlich bei der Regierungserklärung vor dem Haushalt – darin wurden genau diese Punkte angesprochen – und bei der Generaldebatte im Rahmen der Haushaltsdebatte. Damals haben wir dieselben Punkte gehört, die Sie heute wieder vorgetragen haben. Ihre heutige Rede war ein 45-minütiger Aufguss all dessen, was wir schon gehört haben.

Warum dann gleichwohl diese Rede? – Vielleicht muss man auch mal eine Rede an die eigene Fraktion halten, zum Beispiel nach einer schwierigen Kommunalwahl oder nach einem schwierigen Parteitagsergebnis. Vielleicht muss man auch eine Rede an die Presse halten, die vielleicht zu wenig positiv berichtet. Vielleicht muss man auch eine Botschaft an ganz Deutschland senden, dass man es hier in Bayern einfach besser weiß und sich für gewisse Ämter, die noch zu besetzen sind, noch warmhalten.

(Martin Wagle (CSU): Das ist unterste Schublade! – Petra Högl (CSU): Also wirklich!)

Man muss es so sagen: Die eigentliche Aufgabe wäre gewesen, manches neu aufzustellen. Das war die Aussage des Ministerpräsidenten Söder. Was kam aber stattdessen? – Leerstellen. Es kam kein einziger neuer Vorschlag.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch! "Manches neu aufstellen", "Weichen stellen" – ich verweise auf das Protokoll. Lesen Sie es gerne nach. Es kamen aber dann keine neuen Vorschläge. Deswegen sage ich: Diese Chance hätte man besser nutzen können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die zweite Chance, die vertan wurde, ist die Chance zu ehrlicher und substanzieller Selbstkritik. Dazu besteht Anlass. Herr Ministerpräsident, Sie haben zwar diejenigen als intellektuell unredlich bezeichnet, die die Streichung familienpolitischer Leistungen kritisiert haben. Man muss aber zugeben: Das, was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, ist das Scheitern Ihrer Söder'schen Sozialpolitik auf ganzer Linie.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ja bodenlos! – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Ich rede von der kompletten Streichung des Familiengeldes, das der Ministerpräsident eingeführt hatte. Ich rede von der kompletten Streichung des Krippengeldes, das der Ministerpräsident eingeführt hatte, und der Halbierung des Pflegegeldes.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben es immer noch nicht verstanden! – Martin Wagle (CSU): Das ist eine bewusste Täuschung!)

Das ist doch ein Scheitern einer Sozialpolitik, bei der Leistungen erst eingeführt und dann zulasten der Familien und Pflegebedürftigen einfach wieder gestrichen wurden. Diese Fakten muss man anerkennen.

(Martin Wagle (CSU): Das ist eine unerhörte Behauptung!)

– Das ist keine unerhörte Behauptung, sondern die reine Wahrheit!

Und dann sagen Sie: Die Familien müssen die jahrelange Unterfinanzierung der Kitas mit der Streichung der familienpolitischen Leistungen selbst kompensieren. Das ist eine spezielle Politik, die Sie in den Mittelpunkt stellen wollen.

(Martin Wagle (CSU): Das ist eine Unverschämtheit! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich glaube, er braucht Nachhilfe!)

Das ist ein Scheitern!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das Gleiche geschieht bei den Pflegekosten. Kollege Holetschek versäumt kaum einen Tag zu sagen: Wir müssen die Pflegekosten senken. – Der Freistaat Bayern hätte bei der Infrastrukturfinanzierung die Möglichkeit, die Pflegekosten für alle im stationären Bereich in Bayern zu senken. Sie sollten durchaus demütig anerkennen, dass Sie das nicht geschafft haben.

Die Krise im Wohnungsbau in Bayern hat doch damit begonnen, dass die landeseigenen und später landesbankeigenen Wohnungen unter der Federführung des Ministerpräsidenten verkauft wurden. Das ist ein Fakt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt kommt dieses alte Gejammer schon wieder!
Die Wohnungen gibt es immer noch!)

Das trifft die Mieter. Das ist ein Topthema – da hat der Ministerpräsident durchaus recht –, aber Toplösungen haben wir hier in Bayern nicht. Der Bund erhöht, und Bayern streicht Mittel.

(Martin Wagle (CSU): Bei uns in Bayern werden Wohnungen gebaut!)

Natürlich kann man nach Berlin schauen. Der Kollege Locke hat es gerade gesagt: Vor der eigenen Haustür zu kehren, ist ein gutes politisches Rezept. Das sollten Sie selber mal machen.

(Beifall bei der SPD)

Dann spreche ich die Fehler – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn es die Wahrheit wäre!)

– Ich weiß, dass Sie die Wahrheit nicht hören wollen; Sie müssen sie aber im Rahmen einer parlamentarischen Debatte ertragen.

Es gibt Fehler bei der Energiepolitik. Ministerpräsident Söder spricht von der Benachteiligung des Südens. Ich frage Sie: Wer hat in Bayern die Windkraft heruntergefahren? – Das war doch die CSU in ihrer Regierungsverantwortung hier in Bayern! Wer hat denn die Trassen und die Netze infrage gestellt? Wer hat bei der Atompolitik einen Zickzackkurs hingelegt? Wer hat den Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht so vorangetrieben, wie es hätte sein müssen?

(Martin Wagle (CSU): Es wird nirgendwo so stark ausgebaut wie bei uns! Wir sind die Nummer eins! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben nicht zugehört!)

Das geschah alles in der Verantwortung der CSU und der FREIEN WÄHLER. Diese Verantwortlichkeit muss klar benannt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme auf die Krankenhausfinanzierung und die finanzielle Situation der Krankenhäuser zu sprechen. Erstens. Die Investitionskostenfinanzierung ist eine Aufgabe des Freistaats Bayern. Hier gibt es nach wie vor viel Luft nach oben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eine Milliarde Euro für Krankenhäuser! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der Freistaat Bayern stellt für Krankenhäuser über 900 Millionen Euro zur Verfügung!)

Wir haben einen Aufwuchs bekommen; aber es bleibt noch einiges zu tun.

Zweitens – das ist der entscheidende Punkt – haben die Länder die Krankenhausplanung. Dieser Aufgabe ist der Freistaat Bayern unter dieser Landesregierung nicht gerecht geworden. Das muss ich an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich muss auch fragen: Ist es denn ein bildungspolitischer Aufschlag, wenn man mahnt: Wir brauchen dringend mehr Lehrerinnen und Lehrer? Wir haben eine massive Lücke in der Lehrerversorgung. Wir schaffen aber die 2.750 Stellen, die jetzt in Aussicht

gestellt werden, nicht dieses Jahr, obwohl sie dringend notwendig wären, sondern wir verschieben das aufs nächste Jahr.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber Sie kommen!)

Dieser Verschiebeparkplatz in einem zentralen Bereich der Bildung ist ein falsches Signal für die Bildung in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde auch, Sie haben die Chance vertan, zusätzliche Investitionen auf den Weg zu bringen. Die Investitionsquote, die der Ministerpräsident nennt, ist natürlich ohne die Bundesmittel, die 7 Milliarden Euro in diesen Haushalt bringen. Darüber sollte man einmal nachdenken.

Wir haben beim Haushalt ein Investitionsprogramm vorgelegt. Die Haushaltsanträge sind nach wie vor nachlesbar. Ich glaube, da könnte die Regierung auch einfach einmal abschreiben, anschauen, was man in diesem Freistaat Bayern in dieser Lage noch an zusätzlichen Investitionen leisten müsste.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Dann würde diese Plenardebatte auch lohnenswert sein.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Reform des Bundesteilhabegesetzes wäre wirksamer!)

– Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Thomas Pirner. Bitte schön.

Thomas Pirner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Halbleib, Sie haben gerade davon gesprochen, wir hätten Chancen vertan. – Ich glaube, Sie haben eine Chance vertan, nämlich unserem Ministerpräsidenten ordentlich zuzuhören und ihn vielleicht auch zu verstehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Habe ich doch!)

Dann würden Sie nicht diese Dinge ausführen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Aber er hört Ihnen nicht mehr zu! Ist schon weg!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern steht wirtschaftlich stark da – nicht trotz der Herausforderungen unserer Zeit, sondern weil wir in den vergangenen Jahren konsequent auf Innovation, auf Investition und auf wirtschaftliche Vernunft gesetzt haben.

Ich bin unserem Ministerpräsidenten dankbar, dass er heute diese Richtung wirklich aufgezeigt hat. Er hat eine Replik dessen gezeigt, was wir schon auf den Weg gebracht haben. Er hat uns auch auf dem Kompass gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und diesen auch konsequent weiterverfolgen.

Das zeigt sich gerade dort, wo Wohlstand tatsächlich entsteht: im Handwerk, im Mittelstand, in der Landwirtschaft, in den Familienbetrieben, in den regionalen Unternehmen unseres Landes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Mittelstand in Bayern ist eine wirtschaftliche Macht, und insbesondere das Handwerk – so sagt es unser Werbeslogan – ist die Wirtschaftsmacht von nebenan. Der Mittelstand in Bayern mit – aufgemerkt – über 600.000 Unternehmerinnen und Un-

ternehmern, 4,3 Millionen Beschäftigten und rund 190.000 Auszubildenden zeigt eindrucksvoll, wie tragend diese Unternehmen für unseren Freistaat sind. Das ist keine Randgruppe, meine Damen und Herren. Das ist die Mitte unserer Wirtschaft. Genau diese Mitte verdient volle Unterstützung unserer Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Präsident der Handwerkskammer erlebe ich täglich, was Bayern von vielen anderen Bundesländern unterscheidet: eine starke handwerkliche wie auch industrielle Basis, leistungsfähige Mittelständler, eine enge Verbindung zwischen Forschung, Entwicklung, Innovation und Praxis. Hier zeigt sich eben, was geforscht, entwickelt und auch umgesetzt wird. Hier arbeiten eben die Forschung, die Wissenschaft und das Handwerk sehr eng zusammen. Vor allem sind das Menschen, die anpacken und auch Verantwortung übernehmen.

Der Freistaat Bayern hat in den vergangenen Jahren die richtigen Weichen für eine starke Zukunft gestellt. Wir investieren massiv in Infrastruktur, in Technologie, in Forschung wie natürlich auch in Bildung. Davon profitieren das Handwerk und der gesamte Mittelstand.

Ob Hightech Agenda, Ausbau der Hochschulen, erneuerbare Energien, Digitalisierung oder Investitionen in die doch so wichtige berufliche Bildung – Bayern setzt nicht auf Verwaltung von Problemen, sondern auf Zukunft für eine starke, stabile Wirtschaft.

Gerade die Hightech Agenda zeigt doch: Wir verbinden industrielle und handwerkliche Stärke mit technologischer Innovation. Alleine hier investieren wir 7 Milliarden Euro in KI, in Luft- und Raumfahrttechnik wie auch Robotik. Meine Damen und Herren, davon profitieren natürlich auch Handwerk, Landwirtschaft wie auch der gesamte Mittelstand.

Während andere über Deindustrialisierung sprechen, schaffen wir in Bayern die Voraussetzungen dafür, dass Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Know-how nicht auswan-

dern, sondern eben in unserem Land bleiben und dafür sorgen, dass der Mittelstand stark bleibt.

Dabei dürfen wir eines nie vergessen: Die Transformation gelingt nur – ich sage das hier bewusst und deutlich – und ausschließlich mit dem Handwerk.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich habe sehr genau zugehört: Von der Kollegin Katharina Schulze ist kein einziges Wort zu Handwerk und Mittelstand geäußert worden.

(Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Stimmt nicht! "Handwerk" hat sie gesagt!)

Meine Damen und Herren, das finde ich eigentlich schon ein starkes Stück, dass man einerseits über Technologie und Energiewende spricht und andererseits die Leute, die es umsetzen müssen, überhaupt nicht erwähnt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie sprach davon! Lesen Sie es nach!)

Denn diese Transformation gelingt ausschließlich mit dem Handwerk. Keine Energiewende ohne das Elektrohandwerk, keine Wärmewende ohne die Sanitär- und Heizungsbetriebe, keine Mobilitätswende ohne das Kfz-Handwerk, keine Digitalisierung ohne unsere technischen Gewerke und auch keine regionale Versorgung – das ist ein wichtiger Punkt – ohne das Lebensmittelhandwerk und insbesondere auch die Landwirtschaft! Von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zum Endverbraucher, meine Damen und Herren – dafür steht Handwerk, und dafür steht die Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Handwerk ist nicht nur Zuschauer bei der Transformation, das Handwerk setzt sie auch um. Deshalb ist es richtig, dass die Bayerische Staatsregierung den Meisterbonus stärkt und berufliche Weiterbildung gezielt unterstützt.

Meine Damen und Herren, der Meistertitel ist nicht einfach ein Titel, er ist ein Qualitätsversprechen. Er steht für Können, er steht für Verantwortung, und er steht auch für Führungsstärke. Wir stellen damit handwerkliche und berufliche Bildung auf Augenhöhe mit den akademischen Berufen und Ausbildungen; denn wir brauchen nicht nur Akademiker, wir brauchen mehr Macher, wir brauchen mehr Meister, wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, die Verantwortung übernehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin dem Ministerpräsidenten wirklich sehr dankbar, dass er die Dinge nicht nur im Blick hat, sondern auch intensiv mitträgt und zu seinem Wort steht. Der Tag des Handwerks als Beispiel – verpflichtend in allen Schulen zur besseren beruflichen Orientierung – trägt in Bayern auch dementsprechende Früchte. Der Tag des Handwerks ist verpflichtend und soll zeigen, dass berufliche Orientierung auch im Handwerk eine Chance bietet, sich später einmal unternehmerisch zu betätigen.

Die Kampagne "Macher gesucht!", die jungen Menschen eine duale Ausbildung näherbringen soll, wirkt, meine Damen und Herren. Die kostenfreie Meisterausbildung zeugt von Weitsicht und somit auch von Zuversicht für kommende Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land. Auch die Erhöhung der Mittel für Berufsbildungszentren ist ein Zeichen, dass hier in die richtige Richtung investiert wird. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich sage hier auch im Namen des gesamten Handwerks einmal recht herzlich Danke für Ihr Engagement.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber natürlich stehen unsere Betriebe auch unter Druck. Ich möchte das alles nicht durch eine rosarote Brille sehen. Hohe Energiekosten, die Bürokratie, der Fachkräftemangel, auch die internationale Unsicherheit und eine schwache Konjunktur belasten viele Unternehmen erheblich. Ich mache daraus keinen Hehl.

Da braucht es nun kluge Reformen und spürbare Entlastungen. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab 70.000 Euro ist der falsche Ansatz; denn das trifft auch Handwerk und Mittelständler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ebenso müssen auch Betriebsübergaben von kleinen und mittleren Betrieben unbürokratischer und steuerentlastender vollzogen werden.

Gerade deshalb braucht es jetzt politische Stabilität, wirtschaftspolitische Verlässlichkeit und Entscheidungen, die tatsächlich wirken. Die Unternehmer erwarten keine staatliche Rundumversorgung, keine sogenannte Vollkaskoversicherung für ihr Wirken. Sie erwarten vielmehr vernünftige Rahmenbedingungen und vor allem auch Vertrauen in ihr Tun und Wirken. Genau dafür steht der Freistaat Bayern: für Technologieoffenheit statt Ideologie, für Investitionen statt Verbote, für Leistung statt Misstrauen gegenüber Unternehmern.

Meine Damen und Herren, wenn Bayern heute wirtschaftlich stärker als viele andere Länder dasteht und das ökonomisch mit Abstand stärkste Bundesland in Deutschland ist, dann ist das kein Zufall. Das ist das Ergebnis einer Politik, die Wirtschaft nicht als Problem betrachtet, sondern als Grundlage unseres Wohlstands sieht. Das ist das Ergebnis einer Politik, die industrielle und handwerkliche Stärke nicht schwächt, sondern schätzt, fördert und auch stärkt.

Die CSU steht an der Seite des Handwerks und des Mittelstands. Die CSU steht an der Seite aller, die mit ihrer Leistung dieses Land tragen. Denn klar ist: Ohne Mittelstand kein Wohlstand, ohne Handwerk keine Ausbildung, und ohne unternehmerische Freiheit keine wirtschaftliche Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Darauf können wir stolz sein. Aber ausruhen dürfen wir uns darauf nicht, meine Damen und Herren. Wir müssen den Menschen das Vertrauen und die Zuversicht geben, dass es uns gemeinsam gelingt, die Dinge anzupacken.

In der medialen Welt darf nicht der abasierte Bart unseres Ministerpräsidenten die Schlagzeilen bestimmen, auch nicht der Wal Timmy, über den fast schon eine "Brennpunkt"-Sendung gemacht worden wäre. Im Vordergrund sollte vielmehr die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmerinnen und Unternehmer stehen. Das muss Gegenstand der medialen Berichterstattung sein. Nicht alles schlechtschreiben, sondern auch einmal etwas Gutes bringen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Bayern war immer dann erfolgreich, wenn wir Mut mit Maß verbunden haben, wenn wir Fortschritt ermöglicht haben, ohne unsere Wurzeln zu vergessen, und wenn wir den Menschen in unserem Land etwas zugetraut haben. Lasst uns also die Dinge nicht immer schlechtreden! Besinnen wir uns auf unsere wirtschaftliche Stärke, auf die Innovationskraft unseres Mittelstands, auf unser starkes Handwerk! Von uns kommt das Bekenntnis, dass die Politik, insbesondere die CSU und die regierungstragenden Fraktionen, an der Seite der Wirtschaft steht. Denn Bayern soll auch in Zukunft bleiben, was es heute ist: das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

(Zuruf von der AfD: Er fehlt! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder sitzt in den Reihen der CSU-Fraktion)

– Nein, er ist tatsächlich da.

(Heiterkeit bei der AfD)

Er sitzt nicht mehr auf der Regierungsbank, sondern hat sich vorsichtshalber schon einmal herübersetzt.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Augen auf, Herr Winhart!)

Das ist politische Perspektive mit Weitblick. 2028 ist es so weit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder begibt sich zu seinem Platz auf der Regierungsbank – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sie müssen mit mir überall rechnen!)

– Ja, so ist es. Es war für jeden offensichtlich.

Die Regierungserklärung war nicht besonders toll; das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich hatte mir deutlich mehr erwartet. Die Frage ist doch: Wohin geht die Reise? Wie begleitet die Politik das, was sich technologisch etabliert, was an technischen Neuerungen kommt, was in unserem Land erforscht wird? Wie geht die Politik damit um? Es ist ja eigentlich unser Job hier, das Ganze politisch zu begleiten. Dazu kam vom Ministerpräsidenten leider gar nichts. Das Gleiche gilt für die Beiträge der Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Sie haben sich sehr verhalten geäußert.

Dafür hat sich Herr Holetschek ausgetobt. Er behauptete, wir wollten das politische System ändern. Leider ist Herr Holetschek nicht mehr da. Dennoch sage ich es noch einmal ganz klar: Wenn die CSU nicht mehr auf der Regierungsbank sitzt, dann ist das nicht eine Änderung des politischen Systems, sondern es ist der Wille der Bevölkerung, meine Damen und Herren. Sie werden es 2028 sehen.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das wird nie passieren!)

Der Ministerpräsident hat gesagt: Seit Jahren sind wir im Dauerstress. – Das ist in gewisser Weise durchaus so zu sehen. Wir haben eine Energiekrise, die wir aber durch die Energiepolitik der letzten Jahre zu großen Teilen selbst zu verantworten haben. Wir verfügen kaum noch über die Möglichkeit der grundlastfähigen Energieerzeugung, sondern sind auf Strom aus Wind und Sonne angewiesen. Das haben nicht wir von der AfD zu verantworten; das geht auf die Rechnung der CSU.

Genauso war es mit den Corona-Maßnahmen. Meine Damen und Herren, es hatte Sie niemand gezwungen, derart rigide durchzugreifen. Aber darüber haben wir hier schon x-mal diskutiert.

Verlässlich, planbar und konsequent soll die Politik sein; so haben wir es gehört. Planbar? – Ja. Aber ich denke, es wird so weitergehen wie bisher.

Dann wurde gesagt, dass Start-ups hier wie Pilze aus dem Boden schießen. Diese Feststellung ist richtig. Man muss die Fakten anerkennen. Bayern ist Gründerland Nummer eins. Aber ich sage Ihnen ebenfalls ganz klar: Wir müssen diese Unternehmen auch im Land halten. Wenn bayerisches Steuergeld dafür verwendet wird, dass Start-ups hier leicht gegründet werden können, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass sie hier gute Voraussetzungen für ihr weiteres Prosperieren finden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir sind aber ein Land mit Spitzensteuersätzen, Herr Hofmann. Wir sind spitze bei den Abgaben. Das ist aber nicht spitze für junge Unternehmen; denn sie brauchen viel mehr wirtschaftliche Freiheit.

Wenn ich höre, dass ein Quantencomputer nach dem anderen bei uns gebaut werden soll, dann sage ich Ihnen: Schauen Sie sich einmal an – das erfordert nur eine ganz einfache Google-Recherche –, wie viel Strom ein solches Ding braucht. Kann man

solche Computer mit Photovoltaik und Windrädern betreiben? – Ganz klare Antwort:
Nein!

(Beifall bei der AfD)

Wir haben es schon mehrmals gesagt, und ich sage es heute wieder: Wir haben Start-ups – ja. Wir fördern Innovationen in diesem Land – ja. Aber es gelingt uns nicht, diese Innovationen im Land zu halten. Es kommt irgendein Multi aus den USA, aus Asien oder sonst irgendwoher und kauft unsere Start-ups auf. Das ist der grundlegende Fehler. Wir müssen schauen, dass diese Start-ups in Bayern bleiben.

(Michael Hofmann (CSU): Plattitüden sind keine Lösungen!)

Nur das ist nachhaltige Wirtschaftspolitik für unseren Standort. Es reicht nicht aus, sich mit Einweihungen zu brüsten oder schöne Fotos zu machen, wenn man draußen in Martinsried unterwegs ist. Nächste Woche kommt eben ein großer Multi aus den USA und kauft genau dieses Start-up auf. Das ist nicht nachhaltig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Was ist die Alternative? Keine Start-ups mehr? – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, weil Sie immer dazwischenquatschen, sage ich Ihnen auch ganz klar: Wenn Sie ein neues Pharmawerk in Bayern bauen wollen, wenn Sie die Hoffnung haben, dass sich Industrie ansiedelt, dann wird Ihnen das nicht mit Leuten gelingen, die auf jeden Igel und jeden Lurch achten, sondern das gelingt nur mit Leuten, die eine Zukunftsperspektive für dieses Land beschreiben können und wirtschaftliche Kompetenz haben. Das geht nur mit der AfD.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Jetzt sind Sie wieder komödiantisch unterwegs!)

Heute wurde auch viel über den Sozialstaat gesprochen. Damit sind wir wieder bei einem klassischen Thema. Sie behaupten allen Ernstes noch, den Sozialstaat in Bayern aufrechterhalten zu können. Konzentrieren Sie sich doch auf die Bereiche, für die der Freistaat zuständig ist! Das Familiengeld – weg. Das Landespflegegeld – massiv gekürzt.

Die BayernHeim kommt nicht wirklich in die Gänge; jetzt, nach sechs Jahren, geht es allmählich los.

Meine Damen und Herren, dann haben wir uns über das Thema Migration unterhalten. Es ist nicht von uns angesprochen worden; es kam von Ihrer Seite. Wenn Sie Bedenken haben oder sich anschauen wollen, wie es mit Remigration bzw. mit guter Migrationspolitik funktioniert, dann schauen Sie ab September oder Oktober nach Sachsen-Anhalt. Dort werden wir es Ihnen vormachen. Wir sind dort schon bei 42 %; es werden noch mehr. In Kürze werden wir Ihnen auch hier in Bayern zeigen, wie das funktionieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Sie können die AfD weiterhin kopieren. Um es Ihnen ein bisschen leichter zu machen – wir wollen ja Effizienz schaffen –, jetzt ein paar Punkte zum Mitnehmen:

Sie haben von neuronalen Chips und anderen technologischen Erweiterungen gesprochen. Eine solche Entwicklung braucht eine politische Begleitung. Diese gibt es von der AfD – auf der Grundlage eines christlich-abendländischen Wertebildes. Da fahren wir einen ganz klaren Kurs. Wir brauchen klare Regeln für KI. Wir brauchen also nicht nur die Ansiedlungen, sondern wir brauchen auch Regeln dafür.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Meinungsfreiheit, wenn wir darüber sprechen, wie es mit Meta, mit X, und wie diese ganzen Konzerne heißen, weitergehen soll.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit und den Willen zur Umsetzung. Es reicht nicht aus, von Technologieoffenheit zu sprechen; nein, wir brauchen

auch die konkrete Umsetzung in Gesetzen, Verordnungen usw. Das können Sie nicht mit Ihren grünen Freunden machen. Denn spätestens dann, wenn ein Schornstein raucht, ist es mit denen vorbei, meine Damen und Herren.

Und: Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Freiheit der Forschung. Maßnahmen zu deren Förderung müssen tatsächlich umgesetzt werden. Sie sprechen davon, dass Sie Forschung fördern wollen. Ich weiß aber, dass Sie die Kerntechnik nicht mehr fördern. Sie haben die Kerntechnikforschung sogar eingeschränkt; sie haben sie jedenfalls nicht mehr gefördert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Fake News!)

Heute sprechen Sie hier von entsprechender Förderung, die Sie jetzt wieder gewähren wollen. Wir hätten hier Spitzenreiter sein können – seit Jahrzehnten! –, wenn es um Dual-Fluid-Reaktoren geht.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch klare Regeln für Migration, für diejenigen, die unseren Sozialstaat nutzen und wenig einzahlen.

Zusammengefasst: Klarheit gibt es nur mit der AfD. Da wissen nämlich die Bürger, was sie bekommen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Zunächst einmal möchte ich dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung ausdrücklich danken. Sie war eine Standortbestimmung. Sie war klar, entschlossen und zugleich auch von einem Geist getragen, der in diesen Zeiten wichtiger ist denn je: dem festen Wil-

len, Verantwortung zu übernehmen und unser Land mit Zuversicht durch schwierige Zeiten zu führen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, mit Ihnen werden wir diesen stürmischen Zeiten trotzen; denn eines spüren die Menschen draußen sehr genau: Wir leben in einer Zeit großer Herausforderungen, wirtschaftlicher Unsicherheiten, internationaler Krisen und gesellschaftlicher Spannungen. Vieles verunsichert. Umso wichtiger ist politische Führung, die Orientierung gibt, Mut macht, Möglichkeiten und Perspektiven eröffnet. Genau diesen Weg hat der Ministerpräsident heute aufgezeigt. Er hat deutlich gemacht, dass sich Bayern von Problemen, Sorgen oder ständigem Gegeneinander nicht lähmen lassen darf, sondern wir müssen den Blick mit einem klaren Ziel nach vorne richten: Lösungen finden, Chancen nutzen und gemeinsam gestalten. Ich glaube, gerade darin liegt die entscheidende Aufgabe der Politik.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir Probleme benennen. Sie erwarten aber auch, dass wir sie lösen wollen, dass wir Verantwortung übernehmen, dass wir miteinander und nicht gegeneinander arbeiten.

Zum Thema Gerechtigkeit hätte ich Kollegin Katharina Schulze gerne gefragt, ob sie es gerecht findet, dass sie für ihre Kinder die Mütterrente bekommt, ihre Mutter jedoch nicht für sie und ihre Geschwister. Der Ministerpräsident und wir haben diese Ungerechtigkeit beseitigt.

(Beifall bei der CSU)

Nach den teilweise unsäglichen Ausführungen meiner Vorredner möchte ich heute ganz besonders einen Punkt hervorheben: den Umgang miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der auch ein wichtiges Thema des Ministerpräsidenten war. Wir erleben in der politischen Debatte oft eine zunehmende Schärfe. Schnell wird zugespitzt, diffamiert, mit Fake News gearbeitet, bewertet oder persönlich ange-

griffen; aber Demokratie lebt nicht von Dauerempörung. Demokratie lebt auch bei unterschiedlichen Meinungen vom Respekt voreinander. Mehr Wertschätzung und Anerkennung im politischen Miteinander wären deshalb kein Zeichen von Schwäche. Im Gegenteil wäre es ein Zeichen von Stärke und Reife unserer Demokratie. Was in Bayern gelingt und uns erfolgreich macht, das darf doch auch benannt werden.

Bayern geht mit gutem Beispiel voran und stellt – wie wir heute Morgen gehört haben – die richtigen Weichen; denn niemand allein hat für alles die richtigen Antworten. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir die Bereitschaft zuzuhören, Vertrauen aufzubauen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Heute hat der Ministerpräsident gerade diesen Geist angesprochen: Nicht Stillstand, sondern Gestaltungswille. Nicht Pessimismus und Genöle, sondern Zuversicht. Nicht Blockade und ewig dagegen sein, sondern Verantwortung und Anpacken. Das alles gilt auch und gerade in schwierigen Zeiten. Ich finde, diesen Mentalitätswechsel können wir alle gut gebrauchen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir sollten uns nicht zuerst fragen, warum etwas nicht geht und warum wir etwas nicht tun sollten, sondern wir sollten fragen, wie etwas gelingen kann. Wir sollten nicht ständig Misstrauen säen oder Pessimismus und Desinformation verbreiten wie die AfD, sondern mehr Vertrauen und Anpackwillen ermöglichen. Wir sollten den Menschen nicht nur Vergangenes und Krisen erklären, sondern auch Perspektiven geben. Das haben wir doch heute in der Regierungserklärung gehört, auch wenn wohl mancher wie Sie, Herr Kollege Halbleib, noch ein bisschen Nachhilfe braucht. Wir haben von Hightech, Bau-Turbo, den Veränderungen in der Kinderbetreuung und der Bedeutung des Ehrenamtes gehört und wie unverzichtbar unsere Pflegerinnen und Pfleger, die Feuerwehr, die Polizei, unsere Gesundheitsarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer usw. sind, die unser Land stark machen; denn Bayern ist stark, und Bayern ist und bleibt ein wunderbares Land, für das es sich zu arbeiten lohnt.

(Beifall bei der CSU)

Es ist immer der Mehrklang von einer starken Politik und von Entscheidungen, die wir hier im Hause treffen, aber auch von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, leistungsfähigem Handwerk, Unternehmerinnen und Unternehmern, die die Chancen sehen und nicht die Verhinderungen, von Ehrenamtlichen, von unseren Familien, Kommunen und vielen Menschen, die jeden Tag an vielen Stellen Verantwortung übernehmen, die anpacken, die unser Land und unsere Welt jeden Tag ein bisschen besser machen. Dieses Potenzial müssen wir stärken und nicht, wie so viele es heute hier getan haben, kleinreden.

(Beifall bei der CSU)

Gerade jetzt brauchen die Menschen das Gefühl, dass die Politik zusammenarbeitet. In den Ausschüssen klappt es ja richtig gut. Es klappt an vielen Stellen super. Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass die Politik zusammenarbeitet, Verantwortung übernimmt und mit Vernunft und Augenmaß, aber auch – wie es die Hightech Agenda zeigt – mit Weitsicht handelt. Zusammenhalt entsteht nicht durch Lautstärke. Zusammenhalt entsteht durch Vertrauen, Verlässlichkeit und gegenseitigen Respekt. Und um unseren Ministerpräsidenten von heute Morgen zu zitieren: Die Gemeinschaftsleistung bringt den Erfolg. Gelebte Sozialpartnerschaft zeigt den Fortschritt, und Einigkeit macht alles stark. – Deshalb ist es richtig, wenn die Staatsregierung auf Stabilität, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt setzt. Deshalb verdient unser Kurs Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie uns doch alle gemeinsam daran arbeiten, dass die Politik wieder stärker wahrgenommen wird als das, was sie am besten kann: Eine Kraft sein, die Menschen verbindet, Lösungen ermöglicht, Zuversicht schafft und Menschen – wie ganz viele hier im Raum – hervorbringt, die sich wie unser Ministerpräsident Tag und Nacht dafür einsetzen, dass etwas gut gelingen kann; denn gerade in schwierigen Zeiten gilt: Nicht

das Trennende darf im Mittelpunkt stehen, sondern das Gemeinsame, nicht Misstrauen, sondern Vertrauen, nicht Resignation, sondern der Wille, unser Land positiv zu gestalten. Packen wir es an!

(Beifall bei der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr gute Rede!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. – Wir gehen jetzt in die Mittagspause und nehmen die Sitzung um 13:30 Uhr wieder auf. Danke.

(Unterbrechung von 12:58 bis 13:30 Uhr)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich Folgendes bekannt geben:

Die SPD-Fraktion hat anstelle der Abgeordneten Christiane Feichtmeier die Abgeordnete Dr. Simone Strohmayer als neues Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung benannt.

Die AfD-Fraktion hat gestern zur Hälfte der Legislaturperiode turnusgemäß ihren neuen Fraktionsvorstand gewählt. Der Fraktionsvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Fraktionsvorsitzende sind die Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner und Ulrich Singer. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind die Abgeordneten Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes und Benjamin Nolte. Parlamentarischer Geschäftsführer ist der Abgeordnete Christoph Maier. Sein Stellvertreter ist der Abgeordnete Markus Walbrunn.